

14.03.2013

Beschlussempfehlung und Bericht

des Haushalts- und Finanzausschusses

zu dem Gesetzentwurf
der Landesregierung
- Drucksache 16/1400 -

in der Fassung nach der 2. Lesung
- Drucksachen 16/2100 bis 16/2107, 16/2109 bis 16/2115, 16/2117 und 16/2120 -

3. Lesung

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2013 (Haushaltsgesetz 2013)

Berichterstatter

Abgeordneter Christian Möbius

Beschlussempfehlung

Der Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 16/1400 - wird mit folgenden Änderungen angenommen:

Datum des Originals: 14.03.2013/Ausgegeben: 18.03.2013

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de
--

1. In § 1 wird die Zahl "60 026 575 000" Euro durch die Zahl "59 918 852 800" Euro ersetzt (*Haushaltsvolumen*).
2. In § 2 wird in Absatz 1 die Zahl "3 637 000 000" Euro ersetzt durch die Zahl "3 529 000 000" Euro (*Kreditermächtigung*).
3. Die Anlagen zum Haushaltsgesetz 2013 erhalten die aus den **Anlagen** und dem Anhang zu diesem Bericht ersichtlichen Fassungen.

Bericht

A Allgemeines

Der Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 16/1400 - wurde vom Landtag in 2. Lesung am 27. und 28. Februar 2013 behandelt und am 28. Februar 2013 entsprechend den Empfehlungen des Haushalts- und Finanzausschusses (16/2100 bis 16/2107, 16/2109 bis 16/2115, 16/2117 und 16/2120), unverändert angenommen und an den Haushalts- und Finanzausschuss zurücküberwiesen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat den Gesetzentwurf mit allen Übersichten und Anlagen in seiner Sitzung am 14. März 2013 abschließend beraten. Dabei stützte er sich bezüglich der Entwürfe der Einzelpläne und des Gesetzes auf seine vom Landtag angenommenen Beschlussempfehlungen zur 2. Lesung (16/2100 bis 16/2107, 16/2109 bis 16/2115, 16/2117 und 16/2120).

Im Zusammenhang mit dem Haushalt 2013 wird auch auf den Bericht zur 3. Lesung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2013 - Drucksache 16/2301 - verwiesen.

B Beratungsergebnisse

Der Ausschuss befasste sich insbesondere mit den folgenden Beratungsgegenständen:

1. Änderungsanträge der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der PIRATEN-Fraktion

Alle Änderungsanträge sind im Anhang mit den jeweiligen Abstimmungsergebnissen dargestellt. Während der Beratungen wurden dazu auf Grundlage eines als Tischvorlage vorliegenden Abstimmungskompendiums auch die jeweils antragstellenden Fraktionen in Einzelfällen ergänzt.

Die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellten nach Abschluss der einzelnen Abstimmungen zu den Schlusssummen einen zusammenfassenden Antrag zu

- dem Haushaltsvolumen, § 1 des Haushaltsgesetzentwurfs:

von	60 026 575 000 Euro
Reduzierung um	107 722 200 Euro
auf	59 918 852 800 Euro

- der Kreditermächtigung, § 2 Abs. 1 des Haushaltsgesetzentwurfs, Kapitel 20 650, Titel 325 00:

von	3 637 000 000 Euro
Reduzierung um	108 000 000 Euro
auf	3 529 000 000 Euro

- Ausgleichstitel, Kapitel 20 020, Titel 371 10:
von 376 700 Euro
Erhöhung um 172 000 Euro
auf 548 700 Euro

- Verpflichtungsermächtigungen, Haushaltsübersicht:
von 3 826 233 300 Euro
Erhöhung um 50 161 000 Euro
auf 3 876 394 300 Euro

Dieser Schlusssummenantrag wurde mehrheitlich angenommen, das Abstimmungsergebnis im Einzelnen ergibt sich ebenfalls aus dem Anhang.

Diese Änderungen führten zu Folgeänderungen im Haushaltsgesetzestext und in der Haushaltsübersicht. Die Folgeänderungen im Haushaltsgesetzestext sind in Ziffer 2 dargestellt. Darüber hinaus stellten die Fraktionen zum Haushaltsgesetzestext drei Anträge

- zu § 15 Abs. 2 des Haushaltsgesetzentwurfs (SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diesen Antrag hielt die CDU-Fraktion für nicht vereinbar mit dem Wirtschaftlichkeitsgebot.

- zu § 28 Abs. 3 Satz 3 (SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- zu § 28 Abs. 3, Breitbandversorgung

Dem Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN traten die Fraktionen von CDU und PIRATEN bei.

Auch die Abstimmungsergebnisse zu diesen Anträgen ergeben sich aus dem Anhang.

2. Folgeänderungen im Haushaltsgesetz (Text)

Durch die angenommenen Änderungsanträge ergeben sich Folgeänderungen in §§ 1 und 2 Abs. 1 des Haushaltsgesetzentwurfs, wie sie in der Beschlussempfehlung in den Ziffern 1 und 2 dargestellt sind.

3. Bereinigungsbeschluss

Der Haushalts- und Finanzausschuss fasste mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP sowie der PIRATEN-Fraktion einstimmig folgenden **Bereinigungsbeschluss**:

"Der Finanzminister wird ermächtigt, bei der Aufbereitung der Beschlüsse zum Haushalt offenbare Unstimmigkeiten im Zahlenwerk zu bereinigen und zum Ausgleich des Haushalts ggf. den Ansatz in Kapitel 20 020 Titel 371 10 'Globale Mehreinnahmen zum Ausgleich der Schlusssummen des Haushaltsplans' zu verändern."

4. Ausgleich des Haushalts

Durch die Annahme der im Anhang auch dargestellten Schlusssummenanträge war der Haushalt auf Vorschlag des Finanzministeriums auszugleichen.

C Abstimmungen, Ergebnis

Nach den jeweiligen Abstimmungen über die Änderungsanträge der Fraktionen wurden die jeweiligen Einzelpläne jeweils mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der PIRATEN-Fraktion, ggf. unter Berücksichtigung der zuvor beschlossenen Änderungen, angenommen. Abweichend hiervon wurden die Einzelpläne 01 Landtag und 13 Landesrechnungshof einstimmig, mit den Stimmen aller Fraktionen, unverändert angenommen. Änderungsanträge zu den Einzelplänen 01 und 13 wurden nicht gestellt.

In der abschließenden Gesamtabstimmung wurden der Gesetzentwurf und damit auch der Haushaltsplan in der Fassung der zuvor erfolgten Beschlüsse des Ausschusses mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der PIRATEN-Fraktion **angenommen**.

Christian Möbius
Vorsitzender

Anhang: Änderungsanträge der Fraktionen von SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und PIRATEN

Anlage: Veränderungsnachweis des Finanzministeriums mit
Änderungen in den Haushaltsansätzen (Haushaltsübersicht),
Finanzierungsübersicht

Anlage zum
Haushaltsgesetz

**Haushaltsplan
des Landes Nordrhein-Westfalen
für das Haushaltsjahr
2013**

Gesamtplan

Haushaltsübersicht (§ 13 Abs. 4 Nr. 1 LHO)

Finanzierungsübersicht (§ 13 Abs. 4 Nr. 2 LHO)

Kreditfinanzierungsplan (§ 13 Abs. 4 Nr. 3 LHO)

Haushaltsübersicht

Einzelplan	Einnahmen 2013 (TEUR)	Einnahmen 2012* (TEUR)	Ausgaben 2013 (TEUR)	Verpflichtungsermächtigungen 2013 (TEUR)	Ausgaben 2012* (TEUR)
01 Landtag	336,6	336,6	122.104,9	1.420,0	117.052,3
02 Ministerpräsidentin	802,6	1.042,5	119.299,5	22.260,0	118.926,7
03 Ministerium für Inneres und Kommunales	299.597,5	255.654,9	4.844.827,6	408.914,9	4.861.513,3
04 Justizministerium	1.056.590,9	1.076.310,9	3.664.066,1	40.019,9	3.626.031,0
05 Ministerium für Schule und Weiterbildung	197.889,2	198.659,2	15.125.975,3	245.219,1	14.923.926,7
06 Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung	1.024.510,1	730.905,1	7.411.591,0	329.902,0	6.645.763,1
07 Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport	163.552,0	183.408,3	2.640.605,1	129.681,0	2.659.823,6
09 Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr	1.886.787,3	1.881.433,9	3.110.609,1	1.223.355,0	3.089.746,8
10 Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz	271.946,0	270.040,5	917.970,2	577.421,9	921.039,9
11 Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales	2.331.799,3	2.007.865,5	3.176.536,8	121.865,5	2.883.964,5
12 Finanzministerium	742.877,6	739.172,2	1.988.706,0	16.250,0	1.988.653,6
13 Landesrechnungshof	248,1	258,2	39.970,6	0,0	39.777,0
14 Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk	292.580,5	288.479,7	796.800,2	338.618,0	838.077,5
15 Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter	229.084,7	228.603,4	973.274,9	131.215,0	936.544,8
20 Allgemeine Finanzverwaltung	51.420.250,5	51.039.802,9	14.986.514,5	290.252,0	15.251.133,0
Zusammen	59.918.852,8	58.901.973,8	59.918.852,8	3.876.394,3	58.901.973,8

* Stand: Haushaltsplan 2012 (ohne Umsetzungen im Vorzug)

Hinweis:

Die Abweichungen in den Summen ergeben sich durch kaufmännisches Runden.

FINANZIERUNGSÜBERSICHT

		(Mio EUR)
I.	HAUSHALTSVOLUMEN	59.918,9
II.	ERMITTLUNG DES FINANZIERUNGS\$ALDOS	
1.	Ausgaben (ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführungen an Rücklagen und für Fehlbeträge aus Vorjahren und haushaltstechnische Verrechnungen)	59.573,7
2.	Einnahmen (ohne Einnahmen aus Kreditmarktmitteln, Entnahmen aus Rücklagen und Überschüssen aus Vorjahren und haushaltstechnische Verrechnungen)	56.387,3
3.	Finanzierungssaldo	-3.186,5
III.	ZUSAMMENSETZUNG DES FINANZIERUNGS\$ALDOS	
4.	Nettoneuverschuldung am Kreditmarkt	
4.1	Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt (brutto)	22.035,2
4.2	abzüglich Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt	18.506,2
4.3	Nettoneuverschuldung am Kreditmarkt	3.529,0
5.	zuzüglich Entnahmen aus Rücklagen	0,0
6.	abzüglich Zuführung an Rücklagen	343,0
7.	zuzüglich Überschüsse aus Vorjahren	0,5
8.	abzüglich Fehlbeträge aus Vorjahren	0,0
9.	Finanzierungssaldo	-3.186,5
IV.	NACHRICHTLICH	
	ERMITTLUNG DER KREDITERMÄCHTIGUNG FÜR KREDITMARKTMITTEL	
	Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt (netto)	3.529,0
	zuzüglich Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt	18.506,2
	Kreditermächtigung (brutto)	22.035,2

KREDITFINANZIERUNGSPLAN

		(Mio EUR)
I.	EINNAHMEN AUS KREDITEN	
	bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw. vom Kreditmarkt (brutto)	0,0 22.035,2
	Zusammen	22.035,2
II.	TILGUNGS\$AUSGABEN FÜR KREDITE	
	bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw. am Kreditmarkt	141,7 18.506,2
	Zusammen	18.647,9
III.	NETTO-NEUVERSCHULDUNG insgesamt	
	bei Gebietskörperschaften, Sondervermögen usw. am Kreditmarkt	-141,7 3.529,0
	Zusammen	3.387,3

Abweichungen in den Summen durch Runden.

**Änderungsantrag zum Einzelplan 02
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																														
4	FDP	<p>Kapitel 02 040 Internationale Angelegenheiten und Eine Welt Titel 684 10 Zuschüsse zur entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;">2013</td> <td style="width: 20%;"></td> <td style="width: 20%;"></td> <td style="width: 20%; text-align: right;">2012</td> <td style="width: 20%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>50.000</td> <td>Euro</td> <td style="text-align: right;">200.000</td> <td>Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>10.000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>40.000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Diese Projekte werden überwiegend bereits durch die EU gefördert. Deshalb wird der Ansatz aus Gründen der Haushaltskonsolidierung reduziert.</p>	2013			2012		von	50.000	Euro	200.000	Euro	um	10.000	Euro			auf	40.000	Euro			<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	Enth.
2013			2012																														
von	50.000	Euro	200.000	Euro																													
um	10.000	Euro																															
auf	40.000	Euro																															
SPD	nein																																
CDU	nein																																
GRÜNE	nein																																
FDP	ja																																
PIRATEN	Enth.																																

**Änderungsantrag zum Einzelplan 02
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																														
6	FDP	<p>Kapitel 02 040 Internationale Angelegenheiten und Eine Welt Titel 684 20 Koordination der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit in Nordrhein-Westfalen</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;">2013</td> <td style="width: 35%;"></td> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 15%; text-align: right;">2012</td> <td style="width: 20%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>880.000</td> <td>Euro</td> <td style="text-align: right;">880.000</td> <td>Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>880.000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>0</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Wird aus Gründen der Haushaltskonsolidierung gestrichen.</p>	2013			2012		von	880.000	Euro	880.000	Euro	um	880.000	Euro			auf	0	Euro			<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	Enth.
2013			2012																														
von	880.000	Euro	880.000	Euro																													
um	880.000	Euro																															
auf	0	Euro																															
SPD	nein																																
CDU	nein																																
GRÜNE	nein																																
FDP	ja																																
PIRATEN	Enth.																																

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 02
im Haushalts- und Finanzausschuss
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungsergebnis
8	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 02 070 Landesplanung</p> <p>Titel 637 10 Zuweisungen an den Regionalverband Ruhr</p> <p>Erhöhung des Ansatzes 2013</p> <p style="text-align: right;">Ansatz lt. HH 2012</p> <p>von 559.500 Euro 559.500 Euro um 200.000 Euro auf 759.500 Euro</p> <p>Einfügung des folgenden Haushaltsvermerks: Minderausgaben in Höhe von bis zu 200.000 EUR dürfen nicht zur Erwirtschaftung der einzelplanspezifischen Globalen Minderausgaben herangezogen werden.</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Notwendige Haushaltsmittel für das Projekt/Konzept 'Einbindung der regional bedeutsamen ehemaligen Bergbauflächen in den neuen Regionalplan des Regionalverbands Ruhr (RVR)'.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU nein GRÜNE ja FDP nein PIRATEN Enth.</p>

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 02
im Haushalts- und Finanzausschuss
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Fraktion/ en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungs- ergebnis
9	SPD Grüne	<p>Kapitel 02 200 Medien Titelgruppe 61 - Förderung der Film- und Fernsehinfrastruktur Titel 546 61 Geschäftsbesorgungen durch die Film- und Medienstiftung NRW GmbH und die Internationale Film Schule Köln GmbH (IFS)</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <p style="text-align: right;">2013 Ansatz lt. HH 2012</p> <p>von 5.892.600 Euro 5.452.600 Euro um 858.800 Euro auf 6.751.400 Euro</p> <p>Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung</p> <p style="text-align: right;">2013 VE lt. HH 2012</p> <p>von 5.000.000 Euro um 560.000 Euro auf 5.560.000 Euro 5.000.000 Euro</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU nein GRÜNE ja FDP nein PIRATEN Enth.</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungsergebnis
		<p><u>Begründung:</u> Das Medienforum NRW soll inhaltlich-strategisch neu ausgerichtet werden. Diese Neuausrichtung ist mit einem organisatorischen Neuanfang verbunden. So wird das Medienforum 2013 in Abstimmung mit der Landesanstalt für Medien (LfM) und der Stadt Köln erstmals von der Film- und Medienstiftung NRW veranstaltet. Die Film- und Medienstiftung führt bereits heute erfolgreich Einzelveranstaltungen für Teilbranchen im Medienbereich durch. Mit der Durchführung des Medienforums wird das Tätigkeitsfeld der Film- und Medienstiftung um die zentrale medienpolitische Veranstaltung in NRW erweitert.</p> <p>Der Film und Medienstiftung NRW wird hierfür 2013 in Anwendung des bestehenden Treuhand- und Geschäftsbesorgungsvertrages ein zusätzlicher Betrag von bis zu 858.800 Euro zur Verfügung gestellt. Die notwendige Einsparung erfolgt durch Absenkung des Titels 685 10 -Zuschuss zur Durchführung des medienforum.nrw- im Kapitel 02 200 in gleicher Höhe.</p>	

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 02
im Haushalts- und Finanzausschuss
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Fraktion/ en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungs- ergebnis
10	SPD Grüne	<p>Kapitel 02 200 Medien</p> <p>Titel 685 10 Zuschuss zur Durchführung des medienforum.nrw</p> <p>Reduzierung des Ansatzes</p> <p style="text-align: center;">2013 Ansatz lt. HH 2012</p> <p>von 858.800 Euro 1.500.00 Euro</p> <p>um 858.800 Euro</p> <p>auf 0 Euro</p> <p>Reduzierung der Verpflichtungsermächtigung</p> <p style="text-align: center;">2013 VE lt. HH 2012</p> <p>von 1.500.000 Euro 1.500.00 Euro</p> <p>um 1.500.000 Euro</p> <p>auf 0 Euro</p> <p><u>Begründung:</u> Hinsichtlich der sachlichen Begründung wird auf die Begründung zum Änderungsantrag zu Titel 546 61 verwiesen. Die Verpflichtungsermächtigung bei dem Titel 685 10 ist nicht mehr notwendig und kann entfallen.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja</p> <p>CDU nein</p> <p>GRÜNE ja</p> <p>FDP Enth.</p> <p>PIRATEN Enth.</p>

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 03
im Haushalts- und Finanzausschuss
zum Haushaltsgesetz 2013**

Personalhaushalt

11	SPD GRÜNE	Kapitel 03 010 Ministerium Titel 427 01 Entgelte für Aushilfen Erhöhung des Ansatzes <div style="text-align: right;">2013</div> von 46.500 Euro um 330.000 Euro auf 376.500 Euro <u>Begründung:</u> Der Salafismus ist eine dynamisch wachsende Bewegung. NRW ist zu einem bundesweiten Schwerpunkt geworden. Fast alle terroristischen Netzwerke sind aus salafistischen Milieus erwachsen. Zugleich ist das Internet zu einer Plattform für salafistische Propaganda und Kommunikation geworden. Die Befassung mit diesem Problemfeld bindet bereits jetzt über die Maßen die begrenzten Ressourcen des Verfassungsschutzes. Es ist dringend erforderlich, der Entwicklung im Bereich des Salafismus durch eine personelle Verstärkung des Verfassungsschutzes entgegen zu treten.	angenommen SPD ja CDU ja GRÜNE ja FDP nein PIRATEN Enth.
		Ansatz lt. HH 2012	
		46 500 Euro	

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 03
im Haushalts- und Finanzausschuss
zum Haushaltsgesetz 2013**

Personalhaushalt

12	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 03 020 Allgemeine Bewilligungen Titel 428 01 Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer</p> <p>Neuer Haushaltsvermerk: Minderausgaben i.H.v. bis zu 146.800 Euro dürfen nicht zur Erwirtschaftung der einzelplanspezifischen Globalen Minderausgaben herangezogen</p> <p>Änderungen der Erläuterung wie folgt:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Die Zahl der Stellen des vergleichbar mittleren Dienstes wird von 40 um 3 auf 43 erhöht. - Die Stellen dienen der Einstellung von schwerbehinderten Menschen: 38, die von der Arbeitsverwaltung in einer Qualifizierungsmaßnahme zu Verwaltungsfachangestellten fortgebildet worden sind. 5, die an dem Programm "STAR" (Schule trifft Arbeitswelt) teilnehmen. - In der Laufbahn des vergleichbar mittleren Dienstes sind 16 (0) Stellen kw zum 31.12.2016 <table style="width: 100%; border: none;"> <thead> <tr> <th style="width: 20%;"></th> <th style="width: 40%; text-align: center;">2013</th> <th style="width: 40%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2012</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">1.812.600 Euro</td> <td style="text-align: right;">1.780.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">146.800 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">1.959.400 Euro</td> <td></td> </tr> </tbody> </table> <p>Begründung: Die Arbeitsgemeinschaft der Haupt-/Schwerbehindertenvertretungen der obersten Landesbehörden (AGSV) hat Frau Ministerpräsidentin Kraft vorgeschlagen, das Programm "STAR" (Schule trifft Arbeitswelt) im Rahmen der Initiative "Inklusion" durch die Schaffung von Übernahmemöglichkeiten für Teilnehmer/innen dieser Maßnahme in die Landesverwaltung zusätzlich zu fördern. Hierfür sollen drei Stellen eingerichtet werden, für zwei Stellen soll die kw-Befruchtung entfallen, so dass fünf unbefristete Stellen zur Verfügung stehen.</p>		2013	Ansatz lt. HH 2012	von	1.812.600 Euro	1.780.000 Euro	um	146.800 Euro		auf	1.959.400 Euro		<p>angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 70%;">SPD</td> <td style="width: 30%;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	nein	GRÜNE	ja	FDP	nein	PIRATEN	Enth.
	2013	Ansatz lt. HH 2012																							
von	1.812.600 Euro	1.780.000 Euro																							
um	146.800 Euro																								
auf	1.959.400 Euro																								
SPD	ja																								
CDU	nein																								
GRÜNE	ja																								
FDP	nein																								
PIRATEN	Enth.																								

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 03
im Haushalts- und Finanzausschuss
zum Haushaltsgesetz 2013**

Personalhaushalt

13	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 03 020 Allgemeine Bewilligungen Titel 452 10 Sonstige Zuweisungen an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesagentur für Arbeit</p> <p>Senkung des Ansatzes</p> <p style="text-align: right;">2013</p> <p>von 2.323.000 Euro um 476.800 Euro auf 1.846.200 Euro</p> <p><u>Begründung:</u> Die Ausgaben sind für Erstattungen an die Bundesagentur für Arbeit und Ausgleichszahlungen an Rentenversicherungsträger für die sog. 58er-Regelung vorgesehen. Weil die Regelung ausgelaufen ist und lediglich Zahlungen für Altfälle anfallen können, kann der Ansatz reduziert werden.</p> <p>Die Reduzierung dient der Gegenfinanzierung der Änderungsanträge zu Kapitel 03 010, Titel 427 01 (zusätzliche Aushilfsmittel für Verfassungsschutz) und zu Kapitel 03 020, Titel 428 01 (Stellen Landesprogramm "STAR").</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja GRÜNE ja FDP Enth. PIRATEN Enth.</p> <p style="text-align: right;">Ansatz lt. HH 2012 2.300.000 Euro</p>
----	--------------	---	---

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 03
im Haushalts- und Finanzausschuss
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

14	SPD GRÜNE PIRATEN	<p>Kapitel 03 030 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</p> <p>Titel 547 10 Ausgaben für die Betreuung von Bewohnern der Zentralen Unterbringungseinrichtungen (ZUE) des Landes</p> <p>Neuer Haushaltsvermerk: Minderausgaben i.H.v bis zu 11.000.000 Euro dürfen nicht zur Erwirtschaftung der einzelplanspezifischen Globalen Minderausgaben herangezogen werden.</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="text-align: center;">2013</td> <td style="text-align: right;">Ansatz lt. HH 2012</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">5.800.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">11.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">16.800.000 Euro</td> </tr> <tr> <td></td> <td style="text-align: right;">5.600.000 Euro</td> </tr> </table> <p><u>Begründung:</u> Die Länder sind verpflichtet, die für die Unterbringung Asylbegehrender erforderlichen Aufnahmeeinrichtungen zu schaffen und zu unterhalten. Sie haben entsprechend ihrer Aufnahmequote die im Hinblick auf den monatlichen Zugang in den Aufnahmeeinrichtungen notwendige Zahl von Unterbringungsplätzen bereitzustellen (§ 44 Abs. 1 Asylverfahrensgesetz - AsylVfG -). Die Aufnahmequote richtet sich nach dem sog. Königsteiner Schlüssel. Hiernach hat Nordrhein-Westfalen derzeit rund 21,2% der bundesweiten Asylbeantragsteller aufzunehmen. Im August ging das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) noch von einer Zugangszahl an Erstantragsstellern zwischen 54.000 und 64.800 pro Jahr aus. Im Oktober korrigiert das BAMF seine Mitteilung nach § 44 Abs. 2 AsylVfG auf eine Zugangszahl von monatlich 9.000, dies entspricht 108.000 Erstanträgen pro Jahr. Gegenüber den Erstantragszahlen des Jahres 2011 (45.741 Personen) beinhaltet dies eine Steigerung um rund 136%. Allein im Oktober 2012 wurden beim BAMF 9.950 Asylbeanträge gestellt. Die Zahl der Asylbewerber stieg im Vergleich zum Vormonat um 3.259 Personen (48,7%). Im Vergleich zum Oktober 2011 stieg die Zahl der Asylbewerber um 5.844 Personen (142,3%). Aus dem sprunghaften Anstieg der Zahl der Asylbewerberinnen und Asylbewerber ergibt sich für 2013 ein erheblicher Mehrbedarf an Haushaltsmitteln im Asylkapitel. Die Entwicklung und vor allem die finanziellen Folgen der sprunghaften Steigerung konnten erst später seriös quantifiziert und deswegen bei der Aufstellung und Einbringung des Haushaltsentwurfs 2013 nicht berücksichtigt werden.</p>	2013	Ansatz lt. HH 2012	von	5.800.000 Euro	um	11.000.000 Euro	auf	16.800.000 Euro		5.600.000 Euro	<p>einstimmig angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	Enth.	GRÜNE	ja	FDP	Enth.	PIRATEN	ja
2013	Ansatz lt. HH 2012																						
von	5.800.000 Euro																						
um	11.000.000 Euro																						
auf	16.800.000 Euro																						
	5.600.000 Euro																						
SPD	ja																						
CDU	Enth.																						
GRÜNE	ja																						
FDP	Enth.																						
PIRATEN	ja																						

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 03
im Haushalts- und Finanzausschuss
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

15	SPD GRÜNE PIRATEN	<p>Kapitel 03 030 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</p> <p>Titel 633 10 Erstattung der Kosten für die Zentralen Ausländerbehörden (ZAB)</p> <p>Neuer Haushaltsvermerk: Minderausgaben i.H.v. bis zu 1.700.000 Euro dürfen nicht zur Erwirtschaftung der einzelplanspezifischen Globalen Minderausgaben herangezogen werden.</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;"></td> <td style="text-align: center;">2013</td> <td style="text-align: center;">Ansatz lt. HH 2012</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">11.500.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">11.500.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">1.700.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">13.200.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><u>Begründung:</u> Siehe Begründung zu Kapitel 03 030, Titel 547 10</p>		2013	Ansatz lt. HH 2012	von	11.500.000 Euro	11.500.000 Euro	um	1.700.000 Euro		auf	13.200.000 Euro		<p>einstimmig angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 70%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	Enth.	GRÜNE	ja	FDP	Enth.	PIRATEN	ja
	2013	Ansatz lt. HH 2012																							
von	11.500.000 Euro	11.500.000 Euro																							
um	1.700.000 Euro																								
auf	13.200.000 Euro																								
SPD	ja																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	ja																								
FDP	Enth.																								
PIRATEN	ja																								

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 03
im Haushalts- und Finanzausschuss
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

16	SPD GRÜNE PIRATEN	<p>Kapitel 03 030 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</p> <p>Titel 633 22 Landeszuweisung an Gemeinden zur anteiligen Erstattung der Mehrausgaben aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 18. Juli 2012</p> <p>Haushaltsvermerk: Minderausgaben dürfen nicht zur Erwirtschaftung der einzelplanspezifischen Globalen Minderausgaben herangezogen werden.</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <thead> <tr> <th style="width: 60%;"></th> <th style="text-align: center;">2013</th> <th style="text-align: center;">Ansatz lt. HH 2012</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td style="text-align: right;">7.150.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">14.400.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">14.400.000 Euro</td> <td></td> </tr> </tbody> </table> <p><u>Begründung:</u> Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 18.Juli 2012 müssen die Kommunen seit dem 1. August 2012 deutlich höhere Leistungen nach dem AsylbLG entrichten. Die höheren Ausgaben können nicht bzw. nicht rechtzeitig im Wege einer Änderung des FlüAG und somit als erhöhte Zuweisung aus Kapitel 03 030, Titel 633 20 kompensiert werden. Deswegen ist für den Haushalt 2012 dieser Titel eingerichtet worden, um eine anteilige Sonderzahlung in Höhe von 7,15 Mio. EUR zu ermöglichen. Dies mit dem Ziel, im Lichte der Zielsetzung des Koalitionsvertrages auch in diesem Zusammenhang eine verlässliche und aufgabenadäquate Finanzausstattung der Kommunen zu erreichen. Aufgrund der Entwicklung bei der Novellierung des AsylbLG ist auch für 2013 eine Sonderzahlung notwendig. Die Höhe des Ansatzes ergibt sich aus der Hochrechnung des für 2012 zur Auszahlung gekommenen Betrages. Im Entwurf ist bisher kein Ansatz vorgesehen. Die in Aussicht genommene Änderung des FlüAG wird durch diese Sonderzahlung in keiner Weise präjudiziert.</p>		2013	Ansatz lt. HH 2012	von	0 Euro	7.150.000 Euro	um	14.400.000 Euro		auf	14.400.000 Euro		<p>einstimmig angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	Enth.	GRÜNE	ja	FDP	Enth.	PIRATEN	ja
	2013	Ansatz lt. HH 2012																							
von	0 Euro	7.150.000 Euro																							
um	14.400.000 Euro																								
auf	14.400.000 Euro																								
SPD	ja																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	ja																								
FDP	Enth.																								
PIRATEN	ja																								

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 03
im Haushalts- und Finanzausschuss
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

18	SPD GRÜNE PIRATEN	<p>Kapitel 03 030 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</p> <p>Titel 633 41 Kostenpauschale nach § 4a FlüAG und nach Artikel II Abs. 3 des Gesetzes zur Änderung des FlüAG vom 15.2.2005</p> <p>Senkung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;"></td> <td style="text-align: center;">2013</td> <td style="text-align: center;">Ansatz lt. HH 2012</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">1.600.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">500.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">1.100.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">500.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><u>Begründung:</u> Siehe Begründung zu Kapitel 03 030, Titel 547 10. Die Absenkung dient der teilweisen Gegenfinanzierung der Mehrkosten im Asylkapitel</p>		2013	Ansatz lt. HH 2012	von	1.600.000 Euro	500.000 Euro	um	1.100.000 Euro		auf	500.000 Euro		<p>einstimmig angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	Enth.	GRÜNE	ja	FDP	Enth.	PIRATEN	ja
	2013	Ansatz lt. HH 2012																							
von	1.600.000 Euro	500.000 Euro																							
um	1.100.000 Euro																								
auf	500.000 Euro																								
SPD	ja																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	ja																								
FDP	Enth.																								
PIRATEN	ja																								

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 03
im Haushalts- und Finanzausschuss
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

19	SPD GRÜNE PIRATEN	<p>Kapitel 03 030 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</p> <p>Titel 633 50 Erstattung der Aufwendungen an Gemeinden für die Unterhaltung der Unterbringungsplätze, die Betreuung sowie die Leistungen an ausländische Flüchtlinge bei den Zentralen Ausländerbehörden (ZAB)</p> <p>Neuer Haushaltsvermerk Nr.2 : Minderausgaben i.H.v. bis zu 5.658.200 Euro dürfen nicht zur Erwirtschaftung der einzelplanspezifischen Globalen Minderausgaben herangezogen werden.</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja CDU Enth. GRÜNE ja FDP Enth. PIRATEN ja</p>
		<p>2013</p> <p>von 8.341.800 Euro um 5.658.200 Euro auf 14.000.000 Euro</p>	<p>Ansatz lt. HH 2012</p> <p>8.341.800 Euro</p>
		<p><u>Begründung:</u> Siehe Begründung zu Kapitel 03 030, Titel 547 10.</p>	

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 03
im Haushalts- und Finanzausschuss
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

20	SPD GRÜNE PIRATEN	<p>Kapitel 03 030 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</p> <p>Titel 681 10 Aufwendungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz für Bewohner der Zentralen Unterbringungseinrichtungen (ZUE) des Landes</p> <p>Neuer Haushaltsvermerk: Minderausgaben i.H.v. bis zu 4.316.000 Euro dürfen nicht zur Erwirtschaftung der einzelplanspezifischen Globalen Minderausgaben herangezogen werden.</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <thead> <tr> <th style="width: 20%;"></th> <th style="width: 40%; text-align: center;">2013</th> <th style="width: 40%; text-align: center;">Ansatz lt. HH 2012</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">2.900.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">2.900.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">4.316.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">7.216.000 Euro</td> <td></td> </tr> </tbody> </table> <p><u>Begründung:</u> Siehe Begründung zu Kapitel 03 030, Titel 547 10.</p>		2013	Ansatz lt. HH 2012	von	2.900.000 Euro	2.900.000 Euro	um	4.316.000 Euro		auf	7.216.000 Euro		<p>einstimmig angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 70%;">SPD</td> <td style="width: 30%;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>ja</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	Enth.	GRÜNE	ja	FDP	Enth.	PIRATEN	ja
	2013	Ansatz lt. HH 2012																							
von	2.900.000 Euro	2.900.000 Euro																							
um	4.316.000 Euro																								
auf	7.216.000 Euro																								
SPD	ja																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	ja																								
FDP	Enth.																								
PIRATEN	ja																								

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 03
im Haushalts- und Finanzausschuss
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

21	SPD GRÜNE PIRATEN	<p>Kapitel 03 030 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge</p> <p>Titel 681 20 Beförderungskosten</p> <p>Neuer Haushaltsvermerk: Minderausgaben i.H.v. bis zu 199.300 Euro dürfen nicht zur Erwirtschaftung der einzelplanspezifischen Globalen Minderausgaben herangezogen werden.</p>	<p style="text-align: right;">einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja CDU Enth. GRÜNE ja FDP Enth. PIRATEN ja</p>
		<p>2013</p> <p>von 570.000 Euro</p> <p>um 199.300 Euro</p> <p>auf 769.300 Euro</p>	<p>Ansatz lt. HH 2012</p> <p>570.000 Euro</p>
		<p><u>Begründung:</u> Siehe Begründung zu Kapitel 03 030, Titel 547 10.</p>	

**Änderungsantrag zum Einzelplan 03
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
23	SPD GRÜNE PIRATEN	<p>Kapitel 03 030 Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge Titel 684 20 Soziale Beratung von Flüchtlingen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;">2013</td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 45%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2012</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>2 200 000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>400 000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>2 600 000 Euro</td> <td style="text-align: right;">2 200 000 Euro</td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Aufgrund der steigenden Flüchtlingszahlen ist eine Erhöhung des Ansatzes erforderlich um eine Grundversorgung in der Beratung sicherzustellen.</p>	2013		Ansatz lt. HH 2012	von	2 200 000 Euro		um	400 000 Euro		auf	2 600 000 Euro	2 200 000 Euro	<p>einstimmig angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>ja</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	Enth.	GRÜNE	ja	FDP	Enth.	PIRATEN	ja
2013		Ansatz lt. HH 2012																							
von	2 200 000 Euro																								
um	400 000 Euro																								
auf	2 600 000 Euro	2 200 000 Euro																							
SPD	ja																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	ja																								
FDP	Enth.																								
PIRATEN	ja																								

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 03
im Haushalts- und Finanzausschuss
zum Haushaltsgesetz 2013**

Personalhaushalt

24	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 03 110 Polizei Titel 422 02 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst</p>	<p style="text-align: center;">2013</p> <p>von 56.387.400 Euro um 0 Euro auf 56.387.400 Euro</p> <p style="text-align: right;">Ansatz lt. HH 2012</p> <p style="text-align: right;">52.315.100 Euro</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja GRÜNE ja FDP Enth. PIRATEN Enth.</p>
		<p>In den Erläuterungen zu Kapitel 03 110, Titel 422 02 wird die Anzahl der beabsichtigten Einstellungen einmalig von 1.400 um 77 auf 1.477 erhöht und folgende weitere Erläuterung eingefügt:</p> <p><i>"Einstellungsermächtigungen, die die Zahl 1.400 übersteigen, dürfen nur in dem Umfang in Anspruch genommen werden, in dem die Anwärterinnen und Anwärter aus dem Ausbildungsjahrgang drei Jahre zuvor ohne bestandene Laufbahnprüfung ausgeschieden sind. Angesichts der Altersstruktur in der Polizei wird es in den nächsten Jahren zu steigenden Pensionierungszahlen kommen. Um einer Reduzierung der Polizeistärke entgegenzuwirken, ist diese einmalige Erhöhung der Einstellungsermächtigungen notwendig. Darüber hinaus muss der innere wie der äußere Behördenaufbau auf Effizienzgewinne hin überprüft und der Prozess der Aufgabenkritik fortgesetzt werden".</i></p> <p><u>Begründung:</u> Aufgrund der besonderen Situation des doppelten Abiturjahrgangs werden die Einstellungsermächtigungen einmalig um die durchschnittliche Quote in Höhe von 7% der Ausbildungsabbrecher pro Ausbildungsjahrgang erhöht.</p>		

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 03
im Haushalts- und Finanzausschuss
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sach- und Personalhaushalt

26	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 03 350 Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen Einrichtung einer <u>neuen Titelgruppe 60</u> (Einnahmen- und Ausgabentitel mit Strichansätzen und Haushaltsvermerken) wie folgt:</p> <p><u>Einnahmen</u> zur Finanzierung des Masterstudiengangs "Master of Public Management,,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. (§ 17 Abs. 3 LHO) 2. Siehe Haushaltsvermerk Nr. 1 bei Titelgruppe 60 der Ausgaben. <p>111 60 Gebühren und tarifliche Entgelte 119 60 Vermischte Einnahmen</p> <p><u>Ausgaben</u> zur Finanzierung des Masterstudiengangs "Master of Public Management"</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Einnahmen in Titelgruppe 60 fließen den Ausgaben der Titelgruppe zu. 2. Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig. 3. Ausgaben dürfen vor Eingang der bei Titelgruppe 60 aufkommenden Einnahmen geleistet werden, soweit ihr Zufluss im laufenden Haushaltsjahr gesichert ist. <p>427 60 Entgelte für Aushilfen Zu Lasten dieser Ausgaben dürfen keine unbefristeten Arbeitsverhältnisse geschlossen werden.</p> <p>547 60 Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben 812 60 Erwerb von Geräten, Ausstattungsgegenständen, Maschinen und sonstigen beweglichen Sachen</p> <p><u>Begründung:</u> Die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung beabsichtigt, ab September 2013 einen Masterstudiengang "Master of Public Management" einzurichten (§ 3 Abs. 4 S.1 Nr. 3 FHGöD). Der in Trägerschaft der FHöV einzurichtende Studiengang wird vollständig durch Studiengebühren finanziert.</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja CDU Enth. GRÜNE ja FDP Enth. PIRATEN Enth.</p>
----	--------------	---	--

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 03
im Haushalts- und Finanzausschuss
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

27	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 03 710 Feuerschutz und Hilfeleistung</p> <p>Titel 511 01 Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte u. a.</p> <p>Ausbringung einer Verpflichtungsermächtigung über 1 Mio. Euro (mit Fälligkeit in den Haushaltsjahren 2014 bis 2018 mit jeweils 200.000 Euro pro Jahr. Ausbringung eines Haushaltsvermerks wie folgt: "Nach § 63 Abs. 3 und 4 LHO wird zugelassen, dass aus diesem Ansatz finanzierte Beschaffungen und Dienstleistungen den Kreisen und kreisfreien Städten unentgeltlich überlassen werden."</p> <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th style="width: 15%;"></th> <th style="width: 25%; text-align: center;">2013</th> <th style="width: 60%;"></th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td></td> <td></td> <td style="text-align: right;">Ansatz lt. HH 2012</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">380.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">380.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;">2013</td> <td style="text-align: right;">Ansatz lt. HH 2012</td> </tr> </tbody> </table> <p><u>VE</u></p> <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tbody> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">1.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">1.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </tbody> </table> <p><u>Begründung:</u> Es ist beabsichtigt, als Unterstützungsleistung für die Kommunen ein landeseinheitliches Warnsystem für die Gefahrenabwehr in NRW einzurichten. Dafür sind mit der Fa. Mecom 50 Dienstleistungsverträge zur Ausstattung von insgesamt 50 kommunalen Leitstellen u. a. mit Satellitentechnik und -übertragung, Hard- und Software für ein modulares Warnsystem auf die Dauer von fünf Jahren abzuschließen (2 der 52 Leitstellen in NRW wurden bereits auf Kosten des Bundes mit dem MoWaS-System ausgestattet). Pro Jahr und Leitstelle entstehen Kosten in Höhe von 20.000 Euro. Die Verträge beinhalten u. a. die komplette Installation, den Betrieb, die Überwachung und Wartung der Hard- und Software, Systemmodernisierung und Notfallservice. Die Nutzung soll den kommunalen Leitstellen unentgeltlich überlassen werden. Bereits im Haushaltsjahr 2013 ist angestrebt, bis zu 10 Leitstellen mit dem Komplettpaket auszustatten. Dafür ist ein Ansatz in Höhe von 200.000 Euro erforderlich.</p>		2013				Ansatz lt. HH 2012	von	0 Euro	0 Euro	um	380.000 Euro		auf	380.000 Euro			2013	Ansatz lt. HH 2012	von	0 Euro	0 Euro	um	1.000.000 Euro		auf	1.000.000 Euro		<p>einstimmig angenommen</p> <table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tbody> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%; text-align: center;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: center;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: center;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: center;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: center;">Enth.</td> </tr> </tbody> </table>	SPD	ja	CDU	ja	GRÜNE	ja	FDP	Enth.	PIRATEN	Enth.
	2013																																							
		Ansatz lt. HH 2012																																						
von	0 Euro	0 Euro																																						
um	380.000 Euro																																							
auf	380.000 Euro																																							
	2013	Ansatz lt. HH 2012																																						
von	0 Euro	0 Euro																																						
um	1.000.000 Euro																																							
auf	1.000.000 Euro																																							
SPD	ja																																							
CDU	ja																																							
GRÜNE	ja																																							
FDP	Enth.																																							
PIRATEN	Enth.																																							

		<p>Ergänzend dazu soll den in diesem Jahr auszustattenden Leitstellen das Warnsystem Katwarn des Fraunhofer Instituts zur Verfügung gestellt werden. Dazu soll mit dem Fraunhofer Institut ein Vertrag abgeschlossen werden, der eine einmalige Bereitstellungsgebühr von 15.000 Euro und einen Jahresbetrag von 3.000 Euro enthält. Dafür ist ein Ansatz in Höhe von 180.000 Euro erforderlich. Nach Ablauf des ersten Jahres können die Kommunen den Vertrag übernehmen und auf ihre Kosten weiterführen.</p>	
--	--	---	--

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 03
im Haushalts- und Finanzausschuss
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

28	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 03 710 Feuerschutz und Hilfeleistung</p> <p>Titel 684 00 (neu) Beiträge an Vereine, Verbände und dergleichen</p> <p>Einrichtung eines neuen Titels mit folgender Erläuterung:</p> <p><i>„Das Land beteiligt sich an einer gemeinnützigen Einrichtung zugunsten in Not geratener Feuerwehrleute.</i></p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: center;">2013</td> <td style="width: 45%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2012</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">1.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">1.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><u>Begründung:</u> Beteiligung des Landes an einer gemeinnützigen Einrichtung zugunsten in Not geratener Feuerwehrleute</p>		2013	Ansatz lt. HH 2012	von	0 Euro	0 Euro	um	1.000.000 Euro		auf	1.000.000 Euro		<p>angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 70%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	ja	GRÜNE	ja	FDP	nein	PIRATEN	Enth.
	2013	Ansatz lt. HH 2012																							
von	0 Euro	0 Euro																							
um	1.000.000 Euro																								
auf	1.000.000 Euro																								
SPD	ja																								
CDU	ja																								
GRÜNE	ja																								
FDP	nein																								
PIRATEN	Enth.																								

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 03
im Haushalts- und Finanzausschuss
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

29	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 03 710 Feuerschutz und Hilfeleistung</p> <p>Titel 883 10 Landeszuschüsse an Gemeinden zur Förderung des Feuerschutzes und der Hilfeleistung</p> <p>Senkung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <thead> <tr> <th style="width: 60%;"></th> <th style="text-align: center;">2013</th> <th style="text-align: center;">Ansatz lt. HH 2012</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">17.321.200 Euro</td> <td style="text-align: right;">30.190.500 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">- 1.380.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">15.941.200 Euro</td> <td></td> </tr> </tbody> </table> <p><u>Begründung:</u> Der Investitionszuschuss verringert sich um den Betrag, der für die Einrichtung eines landesweiten Warnsystems für die Großschadensabwehr notwendig ist (Gegenfinanzierung des Antrags zu Kapitel 03 710, Titel 511 01) sowie um den Betrag, der zur Einrichtung einer gemeinnützigen Einrichtung zugunsten in Not geratener Feuerwehrleute benötigt wird (Gegenfinanzierung des Antrages 03 710 684 00).</p> <p>Die Investitionspauschale wird aber unter Inanspruchnahme des Ausgaberesstes aus dem Haushaltsjahr 2012 in bisheriger Höhe gewährt.</p>		2013	Ansatz lt. HH 2012	von	17.321.200 Euro	30.190.500 Euro	um	- 1.380.000 Euro		auf	15.941.200 Euro		<p>einstimmig angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: center;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: center;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: center;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: center;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: center;">Enth.</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	ja	GRÜNE	ja	FDP	ja	PIRATEN	Enth.
	2013	Ansatz lt. HH 2012																							
von	17.321.200 Euro	30.190.500 Euro																							
um	- 1.380.000 Euro																								
auf	15.941.200 Euro																								
SPD	ja																								
CDU	ja																								
GRÜNE	ja																								
FDP	ja																								
PIRATEN	Enth.																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 03
zum Haushaltsgesetz 2013
im Haushalts- und Finanzausschuss**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
30	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 03 810 Geldrenten nach dem Bundesentschädigungsgesetz und sonstige Wiedergutmachungsleistungen</p> <p>Titel 681 10 Härtefonds zur Unterstützung von NS-Opfern aus Billigkeitsgründen</p> <p>Änderung der Zweckbestimmung des Baransatzes für Beratungsangebote für NS-Verfolgte</p> <p>Der Satz „Hieraus werden im Umfang von 220.000 EUR Beratungsangebote für NS-Verfolgte finanziert.“ wird wie folgt geändert: „Hieraus werden im Umfang von 220.000 EUR Beratungsangebote für NS-Verfolgte <i>und ihre Nachkommen</i> finanziert.“</p> <p>Begründung:</p> <p>Durch die bisherige Formulierung der Zweckbestimmung des Haushaltsansatzes erfolgt eine alleinige Fokussierung auf die direkt betroffene Generation der NS-Verfolgten, deren Anliegen und Bedarfe auch weiterhin im Fokus stehen sollen. Dennoch ist es sinnvoll, auch vor dem Hintergrund der rückläufigen Zahl der NS-Verfolgten, auch die Situation der Nachkommen der NS-Verfolgten stärker in den Blick zu</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja CDU Enth. GRÜNE ja FDP ja PIRATEN ja</p>

		nehmen, da auch sie mit psychologischen Folgen der NS-Verfolgung konfrontiert sind. So sieht zum Beispiel das <i>Gesetz zur Errichtung einer Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“</i> als Stiftungszweck ausdrücklich auch die Arbeit mit den nachfolgenden Generationen der NS-Verfolgten vor.	
--	--	---	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 04
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																																																																																																														
31	SPD Grüne	<p>Kapitel 04 210 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften Titel 547 20 (Kosten der Überführung von Daten nach § 9 Testamentsverzeichnis-Überführungsgesetz)</p> <p>Einrichtung einer neuen Haushaltsstelle mit Strichansatz</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> </tr> <tr> <td></td> <td>2013</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td>2012</td> <td></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>0</td> <td>Euro</td> <td></td> <td>0</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>0</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>0</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>sowie Ausbringung einer neuen Verpflichtungsermächtigung</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td>2013</td> <td></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td>0 EUR</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td>64.000 EUR</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td>64.000 EUR</td> <td></td> </tr> </table> <p><u>Erläuterung:</u> Davon fällig 32.000 EUR pro Jahr für die Jahre 2014 und 2015</p> <p><u>Begründung:</u> Nach § 9 Testamentsverzeichnis-Überführungsgesetz n.F. hat sich die Notwendigkeit des Abschlusses einer Verwaltungsvereinbarung mit der Bundesnotarkammer noch im Jahr 2013 ergeben. Zur Umsetzung wird die o.g. Haushaltsstelle incl. einer Verpflichtungsermächtigung benötigt. Die Ausgaben können in den Jahren 2013 bis 2015 im Rahmen bestehender Deckungsmöglichkeiten aus bereiten Mitteln gedeckt werden.</p>												2013							2012		von	0	Euro		0	Euro					um	0	Euro								auf	0	Euro																										2013		von								0 EUR		um								64.000 EUR		auf								64.000 EUR		<p>einstimmig angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	Enth.	GRÜNE	ja	FDP	Enth.	PIRATEN	Enth.
	2013							2012																																																																																																									
von	0	Euro		0	Euro																																																																																																												
um	0	Euro																																																																																																															
auf	0	Euro																																																																																																															
								2013																																																																																																									
von								0 EUR																																																																																																									
um								64.000 EUR																																																																																																									
auf								64.000 EUR																																																																																																									
SPD	ja																																																																																																																
CDU	Enth.																																																																																																																
GRÜNE	ja																																																																																																																
FDP	Enth.																																																																																																																
PIRATEN	Enth.																																																																																																																

**Änderungsantrag zum Einzelplan 04
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
33	FDP	<p>Kapitel 04 410 Justizvollzugseinrichtungen Titel 514 10 Verbrauchsmittel</p> <p>Schaffung eines neuen Titels „Verbrauchsmittel“ entsprechend 03 110 – 514 12 und 03 750 – 514 10 für Futter- und Arzneimittel für justizeigene Drogenspürhunde.</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;">2013</td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: right;">2012</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: center;">0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: center;">12.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: center;">12.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Obwohl die hohe Zahl drogenabhängiger Insassen und Drogenfunde belegt, dass der NRW-Justizvollzug immer noch ein gravierendes Drogenproblem hat, verfügt Nordrhein-Westfalen für seine 37 Justizvollzugsanstalten mit über 19.000 Haftplätzen und jährlich über 48.000 Gefangenen nur über vier eigene Drogenspürhunde in den Justizvollzugsanstalten Köln, Kleve, Hamm und Castrop-Rauxel.</p> <p>Speziell trainierte Drogenspürhunde haben sich insoweit als sehr wirksames und kosteneffizientes Mittel in einem Gesamtkonzept</p>	2013		2012	von	0 Euro	0 Euro	um	12.000 Euro		auf	12.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	Enth.
2013		2012																							
von	0 Euro	0 Euro																							
um	12.000 Euro																								
auf	12.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	Enth.																								

		<p>erwiesen, um den schwunghaften Drogenhandel und Drogenkonsum in Justizvollzugsanstalten effektiv einzudämmen. Es ist dringend geboten, den Justizvollzugsanstalten in Nordrhein-Westfalen im Kampf gegen den verbreiteten Drogenhandel und Drogenkonsum jeweils justizeigene Drogen-spürhunde dauerhaft für regelmäßige Kontrollen verfügbar zu machen.</p> <p>Entsprechend Drs. 16/1273 sollen fortlaufend jeweils vier justizeigene Drogenspürhunde in Kooperation mit der Polizeihundeschule der nordrhein-westfälischen Polizei mit dem Ziel ausgebildet werden, dass jede selbstständige Justizvollzugsanstalt des geschlossenen Vollzuges in Nordrhein-Westfalen mittelfristig über einen eigenen Drogenspürhund verfügt.</p>	
--	--	--	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 04
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																								
34	FDP	<p>Kapitel 04 410 Justizvollzugseinrichtungen Titel 514 20 Erwerb von Diensthunden (bislang Erwerb von Dienstfahrrädern)</p> <p>Umbenennung des Titels in „Erwerb von Diensthunden“ und Festschreibung eines neuen Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 33%;">2013</td> <td style="width: 33%;"></td> <td style="width: 33%; text-align: right;">2012</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: center;">-- Euro</td> <td style="text-align: right;">-- Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: center;">50.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: center;">50.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Obwohl die hohe Zahl drogenabhängiger Insassen und Drogenfunde belegt, dass der NRW-Justizvollzug immer noch ein gravierendes Drogenproblem hat, verfügt Nordrhein-Westfalen für seine 37 Justizvollzugsanstalten mit über 19.000 Haftplätzen und jährlich über 48.000 Gefangenen nur über vier eigene Drogenspürhunde in den Justizvollzugsanstalten Köln, Kleve, Hamm und Castrop-Rauxel.</p> <p>Speziell trainierte Drogenspürhunde haben sich insoweit als sehr wirksames und kosteneffizientes Mittel in einem Gesamtkonzept erwiesen, um den schwunghaften Drogenhandel und Drogenkonsum in Justizvollzugsanstalten effektiv einzudämmen. Es ist dringend geboten, den Justizvollzugsanstalten in Nordrhein-Westfalen im Kampf gegen den</p>	2013		2012	von	-- Euro	-- Euro	um	50.000 Euro		auf	50.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein (1x)</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Enth. (1x)</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein (1x)		Enth. (1x)
2013		2012																									
von	-- Euro	-- Euro																									
um	50.000 Euro																										
auf	50.000 Euro																										
SPD	nein																										
CDU	ja																										
GRÜNE	nein																										
FDP	ja																										
PIRATEN	nein (1x)																										
	Enth. (1x)																										

		<p>verbreiteten Drogenhandel und Drogenkonsum jeweils justizeigene Drogen-spürhunde dauerhaft für regelmäßige Kontrollen verfügbar zu machen.</p> <p>Entsprechend Drs. 16/1273 sollen fortlaufend jeweils vier justizeigene Drogenspürhunde in Kooperation mit der Polizeihundeschule der nordrhein-westfälischen Polizei mit dem Ziel ausgebildet werden, dass jede selbstständige Justizvollzugsanstalt des geschlossenen Vollzuges in Nordrhein-Westfalen mittelfristig über einen eigenen Drogenspürhund verfügt.</p>	
--	--	---	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 04
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
35	FDP	<p>Kapitel 04 410 Justizvollzugseinrichtungen Titel 525 01 Aus- und Fortbildung der Bediensteten</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;">2013</td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: right;">2012</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">142.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">142.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">28.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">170.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Obwohl die hohe Zahl drogenabhängiger Insassen und Drogenfunde belegt, dass der NRW-Justizvollzug immer noch ein gravierendes Drogenproblem hat, verfügt Nordrhein-Westfalen für seine 37 Justizvollzugsanstalten mit über 19.000 Haftplätzen und jährlich über 48.000 Gefangenen nur über vier eigene Drogenspürhunde in den Justizvollzugsanstalten Köln, Kleve, Hamm und Castrop-Rauxel.</p> <p>Speziell trainierte Drogenspürhunde haben sich insoweit als sehr wirksames und kosteneffizientes Mittel in einem Gesamtkonzept erwiesen, um den schwunghaften Drogenhandel und Drogenkonsum in Justizvollzugsanstalten effektiv einzudämmen. Es ist dringend geboten, den Justizvollzugsanstalten in Nordrhein-Westfalen im Kampf gegen den verbreiteten Drogenhandel und Drogenkonsum jeweils justizeigene Drogen-spürhunde dauerhaft für regelmäßige Kontrollen verfügbar zu</p>	2013		2012	von	142.000 Euro	142.000 Euro	um	28.000 Euro		auf	170.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	Enth.
2013		2012																							
von	142.000 Euro	142.000 Euro																							
um	28.000 Euro																								
auf	170.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	Enth.																								

		<p>machen.</p> <p>Im Frühjahr 2010 hatte das Land Nordrhein-Westfalen beschlossen, durch justizeigene Drogenspürhunde schärfer gegen illegale Drogen in seinen Gefängnissen vorgehen. Zuvor kamen nur Rauschgiftspürhunde der Polizei- bzw. Zollbehörden im Rahmen der Amtshilfe zum Einsatz. Diese sind indes nur bedingt verfügbar. Die viermonatige Ausbildung der vier Hunde „Gina“, „Maja“, „Anni“ und „Irma“ zum justizeigenen Drogenspürhund erfolgte in Kooperation mit dem Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei in der Fortbildungsstelle Diensthundewesen/Polizeihundeschule im Ausbildungszentrum Schloß Holte-Stukenbrock. Die dort zu Diensthundeführen ausgebildeten Bediensteten werden von den vier Anstalten gestellt. Sie haben sich freiwillig für die Aufgabe gemeldet. Hundeführer und Hunde wurden ab Ende April 2010 dauerhaft in den Justizvollzugsanstalten Köln, Kleve, Hamm und Castrop-Rauxel und benachbarten Gefängnissen eingesetzt.</p> <p>Entsprechend Drs. 16/1273 sollen fortlaufend jeweils vier justizeigene Drogenspürhunde sowie Hundeführer in Kooperation mit der Polizeihundeschule der nordrhein-westfälischen Polizei mit dem Ziel ausgebildet werden, dass jede selbstständige Justizvollzugsanstalt des geschlossenen Vollzuges in Nordrhein-Westfalen mittelfristig über einen eigenen Drogenspürhund und Hundeführer verfügt.</p>	
--	--	--	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 04
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
36	FDP	<p>Kapitel 04 410 Justizvollzugseinrichtungen TG 60 Versorgung und Betreuung der Gefangenen Titel 511 60 Gefangenenbücherei, Bekleidungs- und Ausstattungsgegenstände, etc.</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;">2013</td> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: right;">2012</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">4.784.300 Euro</td> <td style="text-align: right;">2.265.900 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">90.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">4.694.300 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Der Ansatz soll in 2013 um 2.518.400 erhöht und damit mehr als verdoppelt werden trotz eines Ist-Ergebnisses für das Jahr 2011 von 2.463.000 €. Insoweit ist eine Reduzierung des Baransatzes um 90.000 Euro zur Anschaffung, Unterhalt und Ausbildung neuer Drogenspürhunde sowie Aus- und Fortbildung von Hundeführern darstellbar.</p>	2013		2012	von	4.784.300 Euro	2.265.900 Euro	um	90.000 Euro		auf	4.694.300 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	Enth.
2013		2012																							
von	4.784.300 Euro	2.265.900 Euro																							
um	90.000 Euro																								
auf	4.694.300 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	Enth.																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 05
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sach- und Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
37	FDP	<p>Kapitel 05 077 Landesinstitut und Unterstützungsagentur für Schule des Landes Nordrhein-Westfalen (LIUNA NRW)</p> <p>Streichung des Kapitels</p> <p>Mit Gesamteinnahmen von 22.500 Euro Mit Gesamtausgaben von 2.498.500 Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Die Einrichtung eines neuen Landesinstituts „LIUNA“ ist nicht notwendig. Die Aufgabenwahrnehmung, die für das Institut angedacht ist, muss durch die bestehenden Strukturen geleistet werden. Daher werden die eingeplanten Mittel in dem Kapitel 05 077 gestrichen, die Mittel kommen der allgemeinen Haushaltskonsolidierung zugute.</p>	<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja GRÜNE nein FDP ja PIRATEN Enth.</p>

**Änderungsantrag zum Einzelplan 05
zum Haushaltsgesetz 2013**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
38	FDP	<p>Kapitel 05 300 Schulen gemeinsam Titel 422 01 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 10%;">2013</td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 10%; text-align: center;">2012</td> <td style="width: 40%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">396.716.400 Euro</td> <td></td> <td style="text-align: right;">409.467.100 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">104.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">396.612.400 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>In Kapitel 05 300 sollen 5 zusätzliche Stellen befristet für 3 Jahre bis 2015 für die Entwicklung der Schullandschaft, insbesondere für Inklusion und Sekundarschulen, bereitgestellt werden. Zu Recht sind in der Vergangenheit auch für Beratungstätigkeiten zusätzliche Stellen für die Inklusion zur Verfügung gestellt worden. Darüber hinaus betont die Landesregierung kontinuierlich, wie gut die Sekundarschulen angenommen würden. Daher bedarf es dieser 5 zusätzlichen Stellen nicht. Die Stellen werden anteilig mit 50.000 € valuiert abgesetzt und kommen der allgemeinen Haushaltskonsolidierung zugute.</p>	2013		2012		von	396.716.400 Euro		409.467.100 Euro	um	104.000 Euro			auf	396.612.400 Euro			<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	Enth.
2013		2012																											
von	396.716.400 Euro		409.467.100 Euro																										
um	104.000 Euro																												
auf	396.612.400 Euro																												
SPD	nein																												
CDU	nein																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	Enth.																												

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 05
im Haushalts- und Finanzausschuss
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller	Antrag	Abstimmungs- ergebnis																																						
40	SPD / BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	<p>Kapitel 05 300 Schulen gemeinsam</p> <p>Titel 527 30 Reisekostenvergütung für Schulwanderungen und Schulfahrten</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;">2013</td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: right;">2012</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">5 986 700 Euro</td> <td></td> <td style="text-align: right;">5.986.700 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">7 513 300 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">13 500 000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Erhöhung der Verpflichtungsermächtigung</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;">von</td> <td style="width: 40%; text-align: right;">0 Euro</td> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">6 750 000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">6 750 000 Euro (Fälligkeit: 2014)</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p><u>Neuer Haushaltsvermerk:</u> „Minderausgaben dürfen bis zu einer Höhe von 7.513.300 Euro nicht zur Erwirtschaftung der einzelplanspezifischen Globalen Minderausgaben herangezogen werden.“</p>	2013			2012	von	5 986 700 Euro		5.986.700 Euro	um	7 513 300 Euro			auf	13 500 000 Euro			von	0 Euro		0 Euro	um	6 750 000 Euro			auf	6 750 000 Euro (Fälligkeit: 2014)			<p>einstimmig angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 70%;">SPD</td> <td style="text-align: center;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: center;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: center;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: center;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: center;">Enth.</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	ja	GRÜNE	ja	FDP	ja	PIRATEN	Enth.
2013			2012																																						
von	5 986 700 Euro		5.986.700 Euro																																						
um	7 513 300 Euro																																								
auf	13 500 000 Euro																																								
von	0 Euro		0 Euro																																						
um	6 750 000 Euro																																								
auf	6 750 000 Euro (Fälligkeit: 2014)																																								
SPD	ja																																								
CDU	ja																																								
GRÜNE	ja																																								
FDP	ja																																								
PIRATEN	Enth.																																								

	<p><u>Begründung:</u></p> <p>Das Bundesarbeitsgericht (Urteil vom 16.10.2012) und das Oberverwaltungsgericht Münster (Urteil vom 14.11.2012) haben entschieden, dass Lehrkräfte Anspruch auf Erstattung der vollen Reisekosten haben, die ihnen anlässlich von Klassenfahrten entstehen.</p> <p>In Umsetzung der v.g. Urteile ist zur Erfüllung der reisekostenrechtlichen Ansprüche für das Jahr 2013 eine Ansatzserhöhung um 7.513.300 EUR sowie die Veranschlagung einer Verpflichtungsermächtigung in halber Höhe der Barmittel für das Jahr 2014 erforderlich, um die Schulfahrten für das Schuljahr 2013/2014 abzusichern. Den Schulen wird auf diese Weise für künftige Genehmigungen von Schulfahrten Planungssicherheit gegeben. Die Ansatzserhöhung erfolgt unter der Annahme, dass im Bereich der Primarstufe und der Sekundarstufe II jeweils eine und im Sekundarbereich I zwei mehrtägige Fahrten mit vertretbaren Kosten durchgeführt werden.</p>	
--	---	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 05
zum Haushaltsgesetz 2013**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
41	FDP	<p>Kapitel 05 300 Schulen gemeinsam Titelgruppe 63 Schulverwaltungsassistenten</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;">2013</td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 20%; text-align: right;">2012</td> <td style="width: 20%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>10.307.600 Euro</td> <td style="text-align: right;">9.939.000Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>6.250.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>16.557.600 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Schulverwaltungsassistenten werden Lehrerinnen und Lehrer bei der Erfüllung „nichtunterrichtlicher Aufgaben“ unterstützen. So können die Lehrerinnen und Lehrer sich stärker auf die Erteilung von Unterricht konzentrieren.</p> <p>Da Lehrkräfte ihrem höheren Bildungsabschluss entsprechend bezahlt werden, wird durch die Ausweitung der Schulverwaltungsassistenten ein Konsolidierungsbeitrag erbracht werden.</p>	2013		2012		von	10.307.600 Euro	9.939.000Euro		um	6.250.000 Euro			auf	16.557.600 Euro			<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	Enth.
2013		2012																											
von	10.307.600 Euro	9.939.000Euro																											
um	6.250.000 Euro																												
auf	16.557.600 Euro																												
SPD	nein																												
CDU	ja																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	Enth.																												

**Änderungsantrag zum Einzelplan 05
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
42	FDP	<p>Kapitel 05 300 Schulen gemeinsam TG 81 Bildungsforschung und Bildungsplanung – Titel 547 81 Evaluation des Schulversuchs „Abitur nach 12 oder 13 Jahren“</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: center;">2013</td> <td style="width: 40%; text-align: center;">2012</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">4.858.500 Euro</td> <td style="text-align: right;">4.858.500 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">120.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">4.738.500 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Für den Schulversuch „Abitur nach 12 oder 13 Jahren“ wurden nach Aussagen des Ministeriums bisher insgesamt 296.553,29 € bereitgestellt und wie folgt verausgabt: 01.09.-31.12.2011 50.000,00 €, 01.01.-31.12.2012 160.000,00 €, 01.01.-31.08.2013 86.553,29 €. Da in Nordrhein-Westfalen seit Jahrzehnten das Abitur nach 13 Jahren abgelegt wurde und der Doppelte Abiturjahrgang als Folge des verkürzten gymnasialen Bildungsgangs in diesem Jahr ansteht, bedarf es einer solchen Evaluation nicht. Es werden pauschal 120.000 € abgesetzt. Die Mittel kommen der allgemeinen Haushaltskonsolidierung zugute.</p>		2013	2012	von	4.858.500 Euro	4.858.500 Euro	um	120.000 Euro		auf	4.738.500 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	Enth.
	2013	2012																							
von	4.858.500 Euro	4.858.500 Euro																							
um	120.000 Euro																								
auf	4.738.500 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	Enth.																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 05
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
43	FDP	<p>Kapitel 05 300 Schulen gemeinsam TG 81 Bildungsforschung und Bildungsplanung – Titel Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben (Entwicklung des Referenzrahmens Schulqualität NRW und des Unterstützungsportals Innere Schulentwicklung)</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: center;">2013</td> <td style="width: 40%; text-align: center;">2012</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">4.858.500 Euro</td> <td style="text-align: right;">4.858.500 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">25.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">4.833.500 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Erfahrungen aus anderen Bundesländern zeigen, dass eine Implementierung eines „Referenzrahmes Schulqualität“ für Schulen überwiegend zu einem Bürokratieaufwuchs geführt hat. Zwar sind z.B. Maßnahmen wie das diesbezüglich geplante Online-Beteiligungsverfahren zu begrüßen, dennoch sollte aufgrund der schlechten Haushaltslage auf eine solche Maßnahme verzichtet werden. Die geplanten 25.000 € werden abgesetzt und kommen der allgemeinen Haushaltskonsolidierung zugute.</p>		2013	2012	von	4.858.500 Euro	4.858.500 Euro	um	25.000 Euro		auf	4.833.500 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	Enth.
	2013	2012																							
von	4.858.500 Euro	4.858.500 Euro																							
um	25.000 Euro																								
auf	4.833.500 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	Enth.																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 05
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
44	FDP	<p>Kapitel 05 300 Schulen gemeinsam Titel TG 83 Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 10%;">2013</td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 10%; text-align: center;">2012</td> <td style="width: 40%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">1.039.000 Euro</td> <td></td> <td style="text-align: right;">1.429.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">390.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">1.429.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Unter die Qualitätsentwicklung und die Qualitätssicherung fallen u.a. Maßnahmen wie Zentrale Prüfungen und Lernstandserhebungen. Durch die rot-grüne Bildungspolitik wird ein schrittweiser Abbau von Qualitäts- und Leistungsstandards umgesetzt. Umso wichtiger sind vergleichende Instrumente zur Qualitätssicherung. Darüber hinaus verweigerte das Ministerium für Schule und Weiterbildung auf Nachfrage eine Auskunft darüber, wo genau die Einsparungen zu erbringen sein sollen. Dies soll erst nach Verabschiedung des Haushalts beschlossen werden. Der Ansatz wird daher wieder auf die Höhe des Haushalts 2012 angehoben.</p>	2013		2012		von	1.039.000 Euro		1.429.000 Euro	um	390.000 Euro			auf	1.429.000 Euro			<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	Enth.
2013		2012																											
von	1.039.000 Euro		1.429.000 Euro																										
um	390.000 Euro																												
auf	1.429.000 Euro																												
SPD	nein																												
CDU	ja																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	Enth.																												

**Änderungsantrag zum Einzelplan 05
zum Haushaltsgesetz 2013**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
45	FDP	<p>Kapitel 05 340 Öffentliche Gymnasien Titel 422 01 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter</p> <p>Einrichtung von 513 Stellen der Besoldungsgruppe A13 Erhöhung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: center;">2013</td> <td style="width: 40%; text-align: center;">2012</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">1.545.799.400 Euro</td> <td style="text-align: right;">1.553.594.300 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">10.687.500 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">1.556.486.900 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Als Folge des Wegfalls des doppelten Abiturjahrgangs eröffnet sich eine Chance, die Gymnasien zu stärken und z.B. auch im Vergleich mit den strukturell begünstigten Sekundarschulen zu unterstützen. Über die von Rot-Grün geplanten Maßnahmen hinaus soll den Gymnasien durchschnittlich eine Stelle zusätzlich bereitgestellt werden. Die Zuweisung der Stellenanteile wird nach Schulgrößen gestaffelt erfolgen, wobei kleinen Gymnasien mindestens eine halbe Stelle zur Verfügung gestellt werden soll. Die Stellen sollen von den Schulen eigenverantwortlich z.B. zur Stärkung der individuellen Förderung genutzt werden können. Im laufenden Schuljahr 2012/2013 bestehen nach</p>		2013	2012	von	1.545.799.400 Euro	1.553.594.300 Euro	um	10.687.500 Euro		auf	1.556.486.900 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	Enth.
	2013	2012																							
von	1.545.799.400 Euro	1.553.594.300 Euro																							
um	10.687.500 Euro																								
auf	1.556.486.900 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	Enth.																								

		Auskunft des Ministeriums für Schule und Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen insgesamt 627 Gymnasien. Bei 513 dieser 627 Gymnasien handelt es sich um öffentliche Gymnasien.	
--	--	---	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 05
zum Haushaltsgesetz 2013**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
46	FDP	<p>Kapitel 05 350 Öffentliche Sekundarschulen TG 60 Modellversuch "Längeres gemeinsames Lernen/ Öffentliche Gemeinschaftsschule"</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;">2013</td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 45%; text-align: right;">2012</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">13.353.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">8.492.400 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">446.700 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">12.906.300 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Die Gemeinschaftsschulen erhalten umfängliche Privilegien. Hierzu zählen u.a. ein Versuchszuschlag von 6 Stellen, Stellen für einen Differenzierungszuschlag oder auch 2.500 € pro Schule für zusätzliche Fortbildung. Auch sind die Klassenfrequenzrichtwerte mit 23 niedriger als an Sekundarschulen mit 25, noch deutlicher im Vergleich zu Realschulen mit 28, aus denen die Schulen z.B. hervorgegangen sind. Da der Richtwert nur auf die Höhe der Sekundarschulen (11 Stellen) angehoben wird, kann auch der Differenzierungszuschlag (3 Stellen) entfallen. Die Stellen werden jeweils anteilig mit 50.000 € valuiert, die zusätzlichen Fortbildungsmittel ergeben für 12 Schulen 30.000 Euro.</p>	2013		2012	von	13.353.000 Euro	8.492.400 Euro	um	446.700 Euro		auf	12.906.300 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	Enth.
2013		2012																							
von	13.353.000 Euro	8.492.400 Euro																							
um	446.700 Euro																								
auf	12.906.300 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	Enth.																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 05
zum Haushaltsgesetz 2013**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
47	FDP	<p>Kapitel 05 350 Öffentliche Sekundarschulen TG 61 Modellversuch "PRIMUS"</p> <p>12 Stellen sind kw. 2 Stellen A 13 und 10 Stellen A 12.</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;">2013</td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: right;">2012</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">258.500 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">258.500 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Im Rahmen eines Schulversuchs „PRIMUS“ sollen bis zu 15 Schulen der Primarstufe und der Sekundarstufe I zu einer von Jahrgangsstufe 1 bis 10 durchgehenden Schule zusammengeschlossen werden. Der Unterricht soll ohne äußere Leistungsdifferenzierung, jahrgangsübergreifend und weitgehend ohne Ziffernnoten erteilt werden. Der Schulversuch Primus stellt einen weiteren Schritt zur Entwicklung einer leistungslosen Einheitsschule dar. Gleichzeitig soll der Modellversuch mit umfassenden Privilegien ausgestattet werden. Hierfür werden 12 Stellen bereitgestellt. Der Schulversuch wird gestrichen, die eingeplanten Ressourcen kommen der allgemeinen Haushaltskonsolidierung zugute.</p>	2013		2012	von	258.500 Euro	0 Euro	um	258.500 Euro		auf	0 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	Enth.
2013		2012																							
von	258.500 Euro	0 Euro																							
um	258.500 Euro																								
auf	0 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	Enth.																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 05
zum Haushaltsgesetz 2013**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
48	FDP	<p>Kapitel 05 380 – Öffentliche Gesamtschulen – Titel 422 01 Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: center;">2013</td> <td style="width: 40%; text-align: center;">2012</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">768.002.800 Euro</td> <td style="text-align: right;">717.406.100 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">83.500 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">767.919.300 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Bei der Laborschule Bielefeld handelt es sich um einen sehr langwierigen Modellversuch. Die – nicht unumstrittenen – Ergebnisse werden jedoch nicht auf der Basis eines Vergleichs der tatsächlichen durchschnittlichen Personalausstattung der Schulen erzielt. Die Laborschule erhält zum Ausgleich für Gruppenbildung, Entwicklungs- und Erprobungsaufgaben 16 zusätzliche Stellen. Um eine tatsächliche Vergleichbarkeit auf der Basis realistischer Schulbedingungen zu ermöglichen, sollen – um einen sinnvollen Übergang zu gestalten – in 4 Jahren jeweils 4 Stellen abgebaut werden und kommen der allgemeinen Haushaltskonsolidierung zugute. Jede Stelle wird hierbei anteilig mit 50.000 € valuiert.</p>		2013	2012	von	768.002.800 Euro	717.406.100 Euro	um	83.500 Euro		auf	767.919.300 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	Enth.
	2013	2012																							
von	768.002.800 Euro	717.406.100 Euro																							
um	83.500 Euro																								
auf	767.919.300 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	Enth.																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 05
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
49	FDP	<p>Kapitel 05 490 Ersatzschulen Titel 684 11 Zuschüsse für private Gymnasien</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;">2013</td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 45%; text-align: right;">2012</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">572.812.600 Euro</td> <td style="text-align: right;">556.652.400 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">2.375.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">575.187.600 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Als Folge des Wegfalls des doppelten Abiturjahrgangs eröffnet sich eine Chance, die Gymnasien zu stärken und z.B. auch im Vergleich mit den strukturell begünstigten Sekundarschulen zu unterstützen. Über die von Rot-Grün geplanten Maßnahmen hinaus soll den Gymnasien durchschnittlich eine Stelle zusätzlich bereitgestellt werden. Die Zuweisung der Stellenanteile wird nach Schulgrößen gestaffelt erfolgen, wobei kleinen Gymnasien mindestens eine halbe Stelle zur Verfügung gestellt werden soll. Die Stellen sollen von den Schulen eigenverantwortlich z.B. zur Stärkung der individuellen Förderung genutzt werden können. Im laufenden Schuljahr 2012/2013 bestehen nach Auskunft des Ministeriums für Schule und Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen insgesamt 627 Gymnasien. Bei 114 dieser 627 Gymnasien handelt es sich um private Gymnasien.</p>	2013		2012	von	572.812.600 Euro	556.652.400 Euro	um	2.375.000 Euro		auf	575.187.600 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	Enth.
2013		2012																							
von	572.812.600 Euro	556.652.400 Euro																							
um	2.375.000 Euro																								
auf	575.187.600 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	nein																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	Enth.																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 06
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
50	FDP	<p>Kapitel 06 026 Technologie- und Innovationsförderung des Landes Nordrhein-Westfalen TG 61 Förderung von Innovationen Titel 683 61 Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 10%;">2013</td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 10%; text-align: center;">2012</td> <td style="width: 40%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">5.086.200 Euro</td> <td></td> <td style="text-align: right;">12.077.200 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">6.991.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">12.077.200 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Die Erhöhung des Ansatzes kann durch eine Reduktion bei „Fortschritt NRW“ überkompensiert werden.</p>	2013		2012		von	5.086.200 Euro		12.077.200 Euro	um	6.991.000 Euro			auf	12.077.200 Euro			<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	Enth.
2013		2012																											
von	5.086.200 Euro		12.077.200 Euro																										
um	6.991.000 Euro																												
auf	12.077.200 Euro																												
SPD	nein																												
CDU	Enth.																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	Enth.																												

**Änderungsantrag zum Einzelplan 06
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
53	FDP	<p>Kapitel 06 100 Hochschulen Allgemein Titelgruppe 72 Maßnahmen zur Verbesserung der Lehr- und Studienqualität an den Hochschulen</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;">2013</td> <td style="width: 45%;"></td> <td style="width: 15%; text-align: right;">2012</td> <td style="width: 25%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>249.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">249.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>249.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>0 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Der Verzicht auf Studienbeiträge, die ohnehin nur einen Bruchteil der Kosten eines Studiums gedeckt haben, wird von der rot-grünen Landesregierung ausschließlich mit höheren Schulden bezahlt und überdies nicht umfassend kompensiert, was schon jetzt zu Qualitätseinbußen an den Hochschulen führt, da die Summe der „Kompensationsmittel“ statisch 249 Millionen Euro beträgt – eine Anpassung an den neuen Rekordstand bei den Studienanfängern erfolgt nicht. Diese Summe reicht bei weitem nicht, um die erreichten Verbesserungen der Studienbedingungen zu erhalten. Die Zahlen machen deutlich, welche finanzielle Lücke bereits jetzt bei den</p>	2013		2012		von	249.000.000 Euro	249.000.000 Euro		um	249.000.000 Euro			auf	0 Euro			<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
2013		2012																											
von	249.000.000 Euro	249.000.000 Euro																											
um	249.000.000 Euro																												
auf	0 Euro																												
SPD	nein																												
CDU	ja																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	nein																												

		<p>Hochschulen klafft: Im Wintersemester 2009/2010 als Basisjahr der „Ausgleichsmittel“ studierten rund 500.000 junge Menschen in Nordrhein-Westfalen. Im Wintersemester 2011/2012 sind es bereits über 634.000. Nach Einschätzung der Vorsitzenden der Landesrektorenkonferenz der Universitäten, Prof. Dr. Ursula Gather, könnte diese Finanzierungslücke im Jahr 2013 auf 50 Millionen Euro anwachsen. Bei den wegen des doppelten Abiturjahrgangs weiter zu erwartenden ansteigenden Studierendenzahlen werden sich die derzeit absehbaren Qualitätseinbußen daher weiter verfestigen und die Planungssicherheit für die Hochschulen wird weiter abnehmen. Das ist nicht hinnehmbar.</p> <p>Wenn das akademische Niveau unserer Hochschulen daher erhalten und verbessert werden soll, müssen in Zeiten begrenzter Haushaltsmittel auch Hochschulabsolventen einen verantwortungsvollen finanziellen Beitrag leisten. Diese Studienbeiträge sollen künftig nachgelagert einkommensabhängig mit Eintritt ins Berufsleben fällig werden. Das ist fair, auch gegenüber dem Handwerksmeister, der für seine Ausbildung selbst aufkommen muss. Dabei muss sichergestellt sein, dass die Beiträge den Hochschulen als zusätzliche Mittel ausschließlich für die Verbesserung der Bedingungen von Studium und Lehre zur Verfügung gestellt werden, und damit unmittelbar den Studierenden zugutekommen sowie die Studierenden bei der Mittelverwendung ein Mitspracherecht haben.</p>	
--	--	--	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 06
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
54	FDP	<p>Kapitel 06 100 Hochschulen Allgemein TG 75 Fortschritt NRW</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;">2013</td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 20%; text-align: right;">2012</td> <td style="width: 20%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">10.000.000 Euro</td> <td></td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">-10.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Der Ansatz wird aus Gründen der Haushaltskonsolidierung reduziert.</p>	2013		2012		von	10.000.000 Euro		0 Euro	um	-10.000.000 Euro			auf	0 Euro			<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	Enth.
2013		2012																											
von	10.000.000 Euro		0 Euro																										
um	-10.000.000 Euro																												
auf	0 Euro																												
SPD	nein																												
CDU	ja																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	Enth.																												

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
im Haushalts- und Finanzausschuss
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
55	SPD CDU Grüne FDP PIRATEN	<p>Kapitel 07 040 Kinder- und Jugendhilfe Titel 633 10 Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <p>2013 von 163 720 400 Euro um 74 542 400 Euro auf 89 178 000 Euro</p> <p>Begründung: Der Betrag zur Reduzierung des Ansatzes wurde bereits im Rahmen des Haushaltsgesetzes 2012 und des Belastungsausgleichsgesetzes Jugendhilfe zu Beschleunigung des U3-Ausbaus in 2012 vorgezogen ausbezahlt.</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja GRÜNE ja FDP ja PIRATEN ja</p>

**Änderungsantrag zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																																								
56	FDP	<p>Kapitel 07 040 Kinder- und Jugendhilfe Titel 883 20 Zuweisungen an Gemeinden zur den Investitionen für Tageseinrichtungen für Kinder (Kita- Sanierungsmaßnahmen allgemein)</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 15%;"></td> </tr> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;">2013</td> <td></td> <td></td> <td style="text-align: center;">2012</td> <td></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: center;">0</td> <td style="text-align: center;">Euro</td> <td></td> <td style="text-align: center;">8.013.600</td> <td style="text-align: center;">Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: center;">2.000.000</td> <td style="text-align: center;">Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: center;">2.000.000</td> <td style="text-align: center;">Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Substanzerhaltende Maßnahmen in Kindertageseinrichtungen wurden bislang weitestgehend aus Konjunkturpaket-II-Mitteln finanziert. Daher dieses Programm aber bereits ausgelaufen ist und die Mittel zu einem Großteil verausgabt wurden, erscheint es angesichts der großen Zahl an öffentlich-geförderten Kindertageseinrichtungen in NRW sinnvoll, für den Bedarf an substanzerhaltenden Maßnahmen in Kindertageseinrichtungen unabhängig von dem U3-Ausbau einen Grundstock an Landesmitteln vorzuhalten.</p>								2013			2012		von	0	Euro		8.013.600	Euro	um	2.000.000	Euro				auf	2.000.000	Euro				<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	Enth.
	2013			2012																																							
von	0	Euro		8.013.600	Euro																																						
um	2.000.000	Euro																																									
auf	2.000.000	Euro																																									
SPD	nein																																										
CDU	Enth.																																										
GRÜNE	nein																																										
FDP	ja																																										
PIRATEN	Enth.																																										

**Änderungsantrag zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																
57	FDP	<p>Kapitel 07 040 Kinder- und Jugendhilfe TG 98 Titel 633 98 Kostenerstattung Elternbeitragsfreiheit Zuweisungen an Träger der öffentlichen Jugendhilfe</p> <p>Reduzierung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;">2013</td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 20%; text-align: right;">2012</td> <td style="width: 20%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>148.241.200 Euro</td> <td style="text-align: right;">142.045.800</td> <td>Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>148.241.200 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>0 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Zwar ist die Beitragsfreiheit von Kindergartenjahren wünschenswert und grundsätzlich auch als mittelfristiges Ziel erstrebenswert, jedoch ist es im höchsten Maße unverantwortlich, die Frage der Gegenfinanzierung komplett auszublenden. In Zeiten enger werdender finanzieller Spielräume ist eine politische Priorisierung wünschenswerter Vorhaben notwendig. Insofern muss sich das Land zuerst dem weiter dringend erforderlichen Angebots- und Qualitätsausbau in der frühkindlichen Bildung sowie der Elternbeitragsgerechtigkeit widmen und kann erst dann unter Berücksichtigung des Aspekts der Gegenfinanzierung eine Beitragsfreiheit in Angriff nehmen. Hinzu kommt, dass die erfolgte</p>	2013		2012		von	148.241.200 Euro	142.045.800	Euro	um	148.241.200 Euro			auf	0 Euro			<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja GRÜNE nein FDP ja PIRATEN Enth.</p>
2013		2012																	
von	148.241.200 Euro	142.045.800	Euro																
um	148.241.200 Euro																		
auf	0 Euro																		

		Beitragsfreistellung im letzten Kindergartenjahr vor der Einschulung keinen nennenswerten bildungspolitischen Vorteil bzw. Anreizsetzung nach sich zieht, da in diesem Kindergartenjahr ohnehin weit über 90 Prozent aller Kinder die frühkindlichen Bildungsangebote nutzen. Zudem benachteiligt die derzeitige Regelung Eltern von sogenannten „Kann-Kindern“ in nicht zu rechtfertigender Weise.	
--	--	---	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
59	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 07 050 Kulturförderung</p> <p>Titelgruppe 64 Kunst und Kultur für Kinder und Jugendliche</p> <p>Titel 633 64 Sonstige Zuweisungen an Gemeinden</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 35%; text-align: center;">2013</td> <td style="width: 35%; text-align: center;">Ansatz laut HH 2012</td> <td style="width: 15%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>7 400 000 Euro</td> <td></td> <td>7 900 000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>500 000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>7 900 000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p>		2013	Ansatz laut HH 2012		von	7 400 000 Euro		7 900 000 Euro	um	500 000 Euro			auf	7 900 000 Euro			<p>angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	Enth.	GRÜNE	ja	FDP	nein	PIRATEN	Enth.
	2013	Ansatz laut HH 2012																											
von	7 400 000 Euro		7 900 000 Euro																										
um	500 000 Euro																												
auf	7 900 000 Euro																												
SPD	ja																												
CDU	Enth.																												
GRÜNE	ja																												
FDP	nein																												
PIRATEN	Enth.																												

**Änderungsantrag zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2013
im Haushalts- und Finanzausschuss**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
60	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 07 050 Kulturförderung</p> <p>Titelgruppe 90 Allgemeine Kulturförderung und internationaler Kulturaustausch</p> <p>Titel 633 90 Sonstige Zuweisungen an Gemeinden</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: center;">2013</td> <td style="width: 30%; text-align: center;">Ansatz laut HH 2012</td> <td style="width: 20%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">923 200 Euro</td> <td style="text-align: right;">1 448 000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">469 800 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">1 393 000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p>		2013	Ansatz laut HH 2012		von	923 200 Euro	1 448 000 Euro		um	469 800 Euro			auf	1 393 000 Euro			<p>angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	Enth.	GRÜNE	ja	FDP	nein	PIRATEN	Enth.
	2013	Ansatz laut HH 2012																											
von	923 200 Euro	1 448 000 Euro																											
um	469 800 Euro																												
auf	1 393 000 Euro																												
SPD	ja																												
CDU	Enth.																												
GRÜNE	ja																												
FDP	nein																												
PIRATEN	Enth.																												

**Änderungsantrag zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2013
im Haushalts- und Finanzausschuss**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																														
61	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 07 050 Kulturförderung Titelgruppe 61 Filmförderung Titel 685 61 Zuschüsse zur Förderung des Films in Nordrhein-Westfalen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 15%; text-align: center;">2013</td> <td style="width: 15%;"></td> <td style="width: 15%; text-align: center;">Ansatz laut HH 2012</td> <td style="width: 40%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">655 000</td> <td>Euro</td> <td style="text-align: right;">680 000</td> <td>Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">25 000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">680 000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p>		2013		Ansatz laut HH 2012		von	655 000	Euro	680 000	Euro	um	25 000	Euro			auf	680 000	Euro			<p>angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	Enth.	GRÜNE	ja	FDP	nein	PIRATEN	Enth.
	2013		Ansatz laut HH 2012																														
von	655 000	Euro	680 000	Euro																													
um	25 000	Euro																															
auf	680 000	Euro																															
SPD	ja																																
CDU	Enth.																																
GRÜNE	ja																																
FDP	nein																																
PIRATEN	Enth.																																

**Änderungsantrag zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2013
im Haushalts- und Finanzausschuss**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																						
62	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 07 050 Kulturförderung TG 97 Regionale Kulturförderung Titel 685 97 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland.</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;">2013</td> <td style="text-align: center;">Ansatz laut HH 2012</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">4 240 000 Euro</td> <td style="text-align: right;">4 850 000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">675 300 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">4 915 300 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p>		2013	Ansatz laut HH 2012	von	4 240 000 Euro	4 850 000 Euro	um	675 300 Euro		auf	4 915 300 Euro		<p>angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	Enth.	GRÜNE	ja	FDP	nein	PIRATEN	Enth.
	2013	Ansatz laut HH 2012																							
von	4 240 000 Euro	4 850 000 Euro																							
um	675 300 Euro																								
auf	4 915 300 Euro																								
SPD	ja																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	ja																								
FDP	nein																								
PIRATEN	Enth.																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2013
im Haushalts- und Finanzausschuss**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
63	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 07 050 Kulturförderung Titelgruppe 80 Förderung literarischer Zwecke Titel 685 80 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 15%; text-align: center;">2013</td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 35%; text-align: right;">Ansatz laut HH 2012</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">940 600</td> <td style="text-align: right;">Euro</td> <td style="text-align: right;">945 000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">15 400</td> <td style="text-align: right;">Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">956 000</td> <td style="text-align: right;">Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p>		2013		Ansatz laut HH 2012	von	940 600	Euro	945 000 Euro	um	15 400	Euro		auf	956 000	Euro		<p>angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	Enth.	GRÜNE	ja	FDP	nein	PIRATEN	Enth.
	2013		Ansatz laut HH 2012																										
von	940 600	Euro	945 000 Euro																										
um	15 400	Euro																											
auf	956 000	Euro																											
SPD	ja																												
CDU	Enth.																												
GRÜNE	ja																												
FDP	nein																												
PIRATEN	Enth.																												

**Änderungsantrag zum Einzelplan 07
im Haushalts- und Finanzausschuss
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
64	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 07 050 Kulturförderung Titelgruppe66 Interkulturelle Kulturarbeit Titel 686 66 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;">2013</td> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;">Ansatz laut HH 2012</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">455 000 Euro</td> <td></td> <td style="text-align: right;">480 000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">145 000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">600 000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p>		2013		Ansatz laut HH 2012	von	455 000 Euro		480 000 Euro	um	145 000 Euro			auf	600 000 Euro			<p>angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	Enth.	GRÜNE	ja	FDP	nein	PIRATEN	Enth.
	2013		Ansatz laut HH 2012																										
von	455 000 Euro		480 000 Euro																										
um	145 000 Euro																												
auf	600 000 Euro																												
SPD	ja																												
CDU	Enth.																												
GRÜNE	ja																												
FDP	nein																												
PIRATEN	Enth.																												

**Änderungsantrag zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2013
im Haushalts- und Finanzausschuss**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
65	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 07 050 Kulturförderung Titelgruppe74 Kultur und Kreative Ökonomie/Wandel durch Kultur Titel 686 74 Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;">2013</td> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;">Ansatz laut HH 2012</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">800 000</td> <td>Euro</td> <td style="text-align: right;">1 250 000</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">30 000</td> <td>Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">830 000</td> <td>Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p>		2013		Ansatz laut HH 2012	von	800 000	Euro	1 250 000	um	30 000	Euro		auf	830 000	Euro		<p>angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	Enth.	GRÜNE	ja	FDP	nein	PIRATEN	Enth.
	2013		Ansatz laut HH 2012																										
von	800 000	Euro	1 250 000																										
um	30 000	Euro																											
auf	830 000	Euro																											
SPD	ja																												
CDU	Enth.																												
GRÜNE	ja																												
FDP	nein																												
PIRATEN	Enth.																												

**Änderungsantrag zum Einzelplan 07
zum Haushaltsgesetz 2013
im Haushalts- und Finanzausschuss**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
66	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 07 050 Kulturförderung</p> <p>Titelgruppe 67 Zur Förderung des Bibliothekswesens sowie zur Förderung innovativer Entwicklungen der Kultur, der Kunst und der kulturellen Bildung</p> <p>Titel 883 67 Zuweisungen an Gemeinden für die Einrichtung von öffentlichen Bibliotheken</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;">2013</td> <td style="text-align: center;">Ansatz laut HH 2012</td> <td></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">2 070 000 Euro</td> <td style="text-align: right;">4 570 000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">789 500 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">2 859 500 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p>		2013	Ansatz laut HH 2012		von	2 070 000 Euro	4 570 000 Euro		um	789 500 Euro			auf	2 859 500 Euro			<p>angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	Enth.	GRÜNE	ja	FDP	nein	PIRATEN	Enth.
	2013	Ansatz laut HH 2012																											
von	2 070 000 Euro	4 570 000 Euro																											
um	789 500 Euro																												
auf	2 859 500 Euro																												
SPD	ja																												
CDU	Enth.																												
GRÜNE	ja																												
FDP	nein																												
PIRATEN	Enth.																												

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 07
im Haushalts- und Finanzausschuss
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
68	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 07 070 Landeszentrale für politische Bildung</p> <p>Titelgruppe 80 Förderung von Projekten der Gedenkstättenarbeit und Aufarbeitung der deutschen Geschichte, Erinnerungskultur</p> <p>Titel 684 80 Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;">2013</td> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;">Ansatz laut HH 2012</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">793 200</td> <td>Euro</td> <td style="text-align: right;">893 200</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">190 000</td> <td>Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">983 200</td> <td>Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Förderung u. a. des jüdischen Museums Dorsten.</p>		2013		Ansatz laut HH 2012	von	793 200	Euro	893 200	um	190 000	Euro		auf	983 200	Euro		<p>einstimmig angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	ja	GRÜNE	ja	FDP	Enth.	PIRATEN	Enth.
	2013		Ansatz laut HH 2012																										
von	793 200	Euro	893 200																										
um	190 000	Euro																											
auf	983 200	Euro																											
SPD	ja																												
CDU	ja																												
GRÜNE	ja																												
FDP	Enth.																												
PIRATEN	Enth.																												

**Änderungsantrag zum Einzelplan 09
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
69	FDP	<p>Kapitel 09 110 Förderung der Eisenbahnen und des öffentlichen Nahverkehrs</p> <p>Titelgruppe 60 Sozialticket</p> <p>Titel 633 60 Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2013</td> <td style="width: 50%;">2012</td> </tr> <tr> <td>von 30.000.000 Euro</td> <td>30.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 30.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 0 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Das Sozialticket ist eine freiwillige Sozialleistung der Kommunen zur Verbesserung der örtlichen Mobilität einkommensschwacher Bürgerinnen und Bürger. Das Land hat weder die Aufgabe noch die finanziellen Möglichkeiten, das Sozialticket aus Haushaltsmitteln zu unterstützen. Die hier eingesparten konsumtiven Ausgaben werden je zur Hälfte in den notwendigen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur investiert und zum Abbau der Nettokreditaufnahme des Landes verwendet.</p>	2013	2012	von 30.000.000 Euro	30.000.000 Euro	um 30.000.000 Euro		auf 0 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
2013	2012																				
von 30.000.000 Euro	30.000.000 Euro																				
um 30.000.000 Euro																					
auf 0 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	ja																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	nein																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 09
im Haushalts- und Finanzausschuss
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis																				
70	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 09 150 Straßen- und Brückenbau (Landesbetrieb Straßen NRW) Titel 777 11 Erhaltungsinvestitionen an Landesstraßen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;"></td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2012</td> </tr> <tr> <td style="text-align: center;">2013</td> <td style="text-align: right;">80.450.500,- Euro</td> </tr> <tr> <td>von 80.555.500,- Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um 4.500.000,- Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 85.055.500,- Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Der Zustand der Landesstraßen und Brücken ist Besorgnis erregend. Dem Erhalt der Substanz der Straßen und Brücken ist Vorrang vor dem Neubau eingeräumt. Die Erhaltungsinvestitionen wirken präventiv, da verspätete Reparaturen deutlich kostenträchtiger sind, als frühzeitige Instandhaltungsmaßnahmen.</p>		Ansatz lt. HH 2012	2013	80.450.500,- Euro	von 80.555.500,- Euro		um 4.500.000,- Euro		auf 85.055.500,- Euro		<p>angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	nein	GRÜNE	ja	FDP	ja	PIRATEN	Enth.
	Ansatz lt. HH 2012																						
2013	80.450.500,- Euro																						
von 80.555.500,- Euro																							
um 4.500.000,- Euro																							
auf 85.055.500,- Euro																							
SPD	ja																						
CDU	nein																						
GRÜNE	ja																						
FDP	ja																						
PIRATEN	Enth.																						

**Änderungsantrag zum Einzelplan 09
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
71	FDP	<p>Kapitel 09 150 Straßen- und Brückenbau (Landesbetrieb Straßen NRW)</p> <p>Titel 777 12 Um- und Ausbau von Landesstraßen bis 3 Mio. EUR Gesamtkosten je Maßnahme</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2013</td> <td style="width: 50%;">2012</td> </tr> <tr> <td>von 7.000.000 Euro</td> <td>15.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 8.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 15.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Eine gute Verkehrsinfrastruktur ist Voraussetzung für Mobilität, Arbeitsplätze und Wohlstand in Nordrhein-Westfalen. Dennoch bleiben die Investitionen in das Landesstraßennetz seit vielen Jahren hinter dem tatsächlichen Bedarf zurück. Die von der rot-grünen Landesregierung vorgenommenen weiteren Kürzungen führen dazu, dass dringend notwendige Maßnahmen im Bereich des Landesstraßenbaus, die ein hohes volkswirtschaftliches Nutzen-Kosten-Verhältnis aufweisen, nicht realisiert werden können. Um die damit einhergehende Schwächung des Wirtschaftsstandorts NRW abzuwenden, werden die Mittel für Um- und Ausbaumaßnahmen bis 3 Mio. Euro wieder auf das Vorjahresniveau angehoben.</p>	2013	2012	von 7.000.000 Euro	15.000.000 Euro	um 8.000.000 Euro		auf 15.000.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	Enth.
2013	2012																				
von 7.000.000 Euro	15.000.000 Euro																				
um 8.000.000 Euro																					
auf 15.000.000 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	ja																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	Enth.																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 09
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
72	FDP	<p>Kapitel 09 150 Straßen- und Brückenbau (Landesbetrieb Straßen NRW)</p> <p>Titel 777 13 Baumaßnahmen des Landesstraßenausbauplans</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2013</td> <td style="width: 50%;">2012</td> </tr> <tr> <td>von 44.000.000 Euro</td> <td>53.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 9.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 53.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Eine gute Verkehrsinfrastruktur ist Voraussetzung für Mobilität, Arbeitsplätze und Wohlstand in Nordrhein-Westfalen. Dennoch bleiben die Investitionen in das Landesstraßennetz seit vielen Jahren hinter dem tatsächlichen Bedarf zurück. Die von der rot-grünen Landesregierung vorgenommenen weiteren Kürzungen führen dazu, dass dringend notwendige Maßnahmen im Bereich des Landesstraßenbaus, die ein hohes volkswirtschaftliches Nutzen-Kosten-Verhältnis aufweisen und deren Bedarf im Landesstraßenbedarfsplan gesetzlich festgelegt wurde, nicht realisiert werden können. Um die damit einhergehende Schwächung des Wirtschaftsstandorts NRW abzuwenden, werden die Mittel für das Landesstraßenbauprogramm zumindest wieder auf das Vorjahresniveau angehoben.</p>	2013	2012	von 44.000.000 Euro	53.000.000 Euro	um 9.000.000 Euro		auf 53.000.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	Enth.
2013	2012																				
von 44.000.000 Euro	53.000.000 Euro																				
um 9.000.000 Euro																					
auf 53.000.000 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	ja																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	Enth.																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 09
im Haushalts- und Finanzausschuss
zum Haushaltsgesetz 2013
Sachhaushalt**

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Fraktion/ en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungs- ergebnis																						
74	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 09 500 <u>Angelegenheiten der Stadtentwicklung und Freizeit</u> Titel 883 11 <u>Zuweisungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände für die Förderung</u> <u>von Maßnahmen zur Stadterneuerung</u></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 40%;"></td> <td style="text-align: center;">2013</td> <td style="text-align: center;">Ansatz lt. HH 2012</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">101.947.000,- Euro</td> <td style="text-align: right;">120.438.000,- Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">4.200.000,- Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">106.147.000,- Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><u>neuer Haushaltsvermerk:</u></p> <p>9. Die Ausgaben sind gem. § 22 LHO Satz 2 i.H.v. 4.200.000 Euro gesperrt. Die Inanspruchnahme bedarf der Einwilligung des Haushalts- und Finanzausschusses.</p> <p><u>Begründung:</u> Zur Konsolidierung des Landeshaushaltes wurden 18,5 Mio. € vom Ansatz des Jahres 2012 abgesetzt. Da es sich bei den Maßnahmen der Stadterneuerung um Komplementärfinanzierungen mit Bund und Gemeinden handelt, stünden bei zu erwartenden Erhöhung der Bundesmittel von 72 Mio. € auf 75 Mio. € für NRW nicht ausreichende Komplementärmittel des Landes NRW zur Verfügung. Bundesmittel könnten nicht in voller Höhe abgerufen werden. Daher sollen 4,2 Mio. € (gemäß dem Bund-Land-Kommunen-Finanzierungsverhältnis der Stadtentwicklungsmittel in NRW von 1 : 1,4 : 1 €) an zusätzlichen Komplementärmitteln für den Fall eingeplant werden, dass der Bund seine Mittel erhöht.</p>		2013	Ansatz lt. HH 2012	von	101.947.000,- Euro	120.438.000,- Euro	um	4.200.000,- Euro		auf	106.147.000,- Euro		<p>angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: center;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: center;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: center;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: center;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: center;">Enth.</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	Enth.	GRÜNE	ja	FDP	ja	PIRATEN	Enth.
	2013	Ansatz lt. HH 2012																							
von	101.947.000,- Euro	120.438.000,- Euro																							
um	4.200.000,- Euro																								
auf	106.147.000,- Euro																								
SPD	ja																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	ja																								
FDP	ja																								
PIRATEN	Enth.																								

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 10
im Haushalts- und Finanzausschuss
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Fraktion/ en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungs- ergebnis
75	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 10 010 Ministerium Titel 518 01 Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume</p> <p>Ausbringung einer neuen Verpflichtungsermächtigung</p> <p style="text-align: center;">2013</p> <p>von 0 EUR um 3 840 000 EUR auf 3 840 000 EUR</p> <p><u>Erläuterung:</u> Davon fällig 480.000 EUR pro Jahr für die Jahre 2014 bis 2021</p> <p><u>Begründung:</u> Um die Anmietung dringend benötigter Räumlichkeiten für das MKULNV zu ermöglichen ist im Entwurf des Haushaltes 2013 der Ansatz für Mieten gegenüber dem Vorjahr um 480.000 EUR erhöht worden. Um in diesem Jahr einen Mietvertrag für die Jahre bis 2021 abschließen zu können, ist eine Verpflichtungsermächtigung dringend erforderlich.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU nein GRÜNE ja FDP nein PIRATEN Enth.</p>

**Änderungsantrag zum Einzelplan 10
zum Haushaltsgesetz 2013**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
76	FDP	<p>Kapitel 10 020 Allgemeine Bewilligungen Titel 462 00 Minderausgaben für Personalausgaben im Einzelplan 10</p> <p>200 Stellen sind kw.</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2013</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">2012</td> </tr> <tr> <td>von 0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um - 15.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf - 15.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Die Landesregierung hat dem Landtag bisher keine stellenscharfe Bedarfsanalyse vorgelegt, die die Notwendigkeit des Stellenaufwuchses von 300 Stellen im Geschäftsbereich des Umweltministeriums rechtfertigt bzw. eine sinnvolle Verwendung der Stellenexpansion aufzeigt. Diese einseitige Privilegierung des Umweltressorts muss beendet werden.</p>	2013	2012	von 0 Euro	0 Euro	um - 15.000.000 Euro		auf - 15.000.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	Enth.
2013	2012																				
von 0 Euro	0 Euro																				
um - 15.000.000 Euro																					
auf - 15.000.000 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	Enth.																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	Enth.																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 10
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																																										
77	FDP	<p>Kapitel 10 020 Allgemeine Bewilligungen Titel 685 62 Zuschüsse an die Rennvereine</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 10%; text-align: center;">2013</td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 10%; text-align: center;">2012</td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: center;">0</td> <td style="text-align: center;">Euro</td> <td></td> <td></td> <td style="text-align: center;">1.262.200</td> <td style="text-align: center;">Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: center;">1.150.200</td> <td style="text-align: center;">Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: center;">1.150.200</td> <td style="text-align: center;">Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Gleichzeitig werden die Ansätze der übrigen Destinatäre um 1,355% gesenkt (insgesamt 1.150.200 Euro).</p> <p>Begründung: Als einziger der 15 Destinatäre wurden die Rennvereine aus dem Kreis der durch die Glücksspieleinnahmen Begünstigten ausgeschlossen. Insgesamt standen den Rennvereinen in den letzten Jahren 1,355% dieser Einnahmen zu. Um dennoch den Konsolidierungsbeitrag i.H.v. 1,166 Mio. € erbringen zu können, werden die Zuschüsse an alle 15 Destinatäre um 1,355% gekürzt. Die Lasten der notwendigen Haushaltskonsolidierung werden dadurch in einem für alle Destinatäre tragbaren Umfang verteilt. Die Erläuterungen im Einzelplan 20 sind dementsprechend anzupassen.</p>		2013				2012			von	0	Euro			1.262.200	Euro		um	1.150.200	Euro						auf	1.150.200	Euro						<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: center;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: center;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: center;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: center;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: center;">nein</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	nein
	2013				2012																																								
von	0	Euro			1.262.200	Euro																																							
um	1.150.200	Euro																																											
auf	1.150.200	Euro																																											
SPD	nein																																												
CDU	nein																																												
GRÜNE	nein																																												
FDP	ja																																												
PIRATEN	nein																																												

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 10
im Haushalts- und Finanzausschuss
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
79	SPD Grüne	<p>Kapitel 10 020 Allgemeine Bewilligungen Titelgruppe 62 Pferdezucht und Pferdesport Titel 685 62 Zuschüsse an Rennvereine</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;">2013</td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 20%; text-align: right;">2012</td> <td style="width: 20%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">0Euro</td> <td style="text-align: right;">1.262.200Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">900.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">900.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Am 5. Dezember 2012 wurde den Rennvereinen mitgeteilt, dass sie zum Jahreswechsel aus dem Kreis der Destinatäre aus den Erträgen des Glücksspiels (siehe Einzelplan 20 zum Haushaltsgesetz 2013, Kapitel 20 020 - 122 52) herausfallen. Da die Investitionsplanungen für 2013 bereits zu diesem Zeitpunkt weitestgehend abgeschlossen waren, stehen die Rennvereine vor unlösbaren Problemen. Bei den Rennvereinen, die alle gemeinnützig sind und ohne Überschüsse wirtschaften, sind diese Kürzungen nicht zu kompensieren und führen kurzfristig zu existenziellen Problemen. Aufgrund der dargestellten Situation erhalten die Rennvereine im Jahr 2013 einmalig zu Lasten des allgemeinen Landeshaushalts einen Betrag von 900.000 Euro. Damit ist keine Wiederaufnahme der Rennvereine in den Kreis der aus den Erträgen des Glücksspiels begünstigten Destinatäre verbunden.</p>	2013		2012		von	0Euro	1.262.200Euro		um	900.000 Euro			auf	900.000 Euro			<p>angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>nein</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	ja	GRÜNE	ja	FDP	Enth.	PIRATEN	nein
2013		2012																											
von	0Euro	1.262.200Euro																											
um	900.000 Euro																												
auf	900.000 Euro																												
SPD	ja																												
CDU	ja																												
GRÜNE	ja																												
FDP	Enth.																												
PIRATEN	nein																												

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 10
im Haushalts- und Finanzausschuss
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Fraktion/ en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungs- ergebnis																						
80	SPD Grüne	<p>Kapitel 10 020 Allgemeine Bewilligungen Titelgruppe 65 Kleingartenwesen Titel 893 65 Zuschüsse (an Sonstige)</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 40%;"></td> <td style="text-align: center;">2013</td> <td style="text-align: center;">Ansatz lt. HH 2012</td> </tr> <tr> <td>von 100 000 Euro</td> <td></td> <td style="text-align: right;">100 000- Euro</td> </tr> <tr> <td>um 80 000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 180 000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p><u>Neu</u> Verbindliche Erläuterungen: Aus diesem Titel werden einmalig 80.000 € als Zuweisung an die Landesverbände der Kleingärtner zur Schaffung eines Sozialfonds zum Erwerb von Kleingärten geleistet. Begründung: Mit der Schaffung eines Sozialfonds wird finanzschwachen Familien geholfen, sich einen Kleingarten zu erwerben. Von diesen aus diesem Fonds ausgegeben Darlehen, sollen vor allem Kleingärtner partizipieren, deren Einkommen geringfügig über der Hartz IV Einkommensgrenze liegt. Geplant ist eine zinslose Darlehensgewährung pro Einzelfall bis maximal 1.500,00 €. Sofern der Fonds mit 80.000 € ausgestattet wird, kämen pro Jahr rund 50 Familien zu dieser Darlehensmöglichkeit. In fünf Jahren circa 250 Familien. Dieser Sozialfonds sollte über die Landesverbände der Kleingärtner organisiert werden.</p>		2013	Ansatz lt. HH 2012	von 100 000 Euro		100 000- Euro	um 80 000 Euro			auf 180 000 Euro			<p>angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: center;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: center;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: center;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: center;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: center;">Enth.</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	Enth.	GRÜNE	ja	FDP	nein	PIRATEN	Enth.
	2013	Ansatz lt. HH 2012																							
von 100 000 Euro		100 000- Euro																							
um 80 000 Euro																									
auf 180 000 Euro																									
SPD	ja																								
CDU	Enth.																								
GRÜNE	ja																								
FDP	nein																								
PIRATEN	Enth.																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 20
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
81	FDP	<p>Kapitel 10 020 Allgemeine Bewilligungen Titel 972 00 Globale Minderausgaben im Einzelplan 10</p> <p>Reduzierung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2013</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">2012</td> </tr> <tr> <td>Von 0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um - 50.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf - 50.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Seit dem Jahr 2010 ist der Apparat Remmel um 140 Mio. € gewachsen. Pauschal sind in einem ersten Schritt 35% dieses Aufwuchs einzusparen.</p>	2013	2012	Von 0 Euro	0 Euro	um - 50.000.000 Euro		auf - 50.000.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	Enth.
2013	2012																				
Von 0 Euro	0 Euro																				
um - 50.000.000 Euro																					
auf - 50.000.000 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	Enth.																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	Enth.																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 10
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
82	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 10 400 Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz</p> <p>Titel 427 01 Entgelte für Aushilfen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;">2013</td> <td style="width: 45%;"></td> <td style="width: 15%; text-align: right;">2012</td> <td style="width: 25%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>130 500 Euro</td> <td style="text-align: right;">130 500</td> <td>Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>1 900 000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>2 030 500 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Durch die befristete Verstärkung des Personals im Verbraucherschutz soll eine Effizienzsteigerung erreicht werden. Die Deckung soll aus Kapitel 10 400 Titel 633 63 erfolgen.</p>	2013		2012		von	130 500 Euro	130 500	Euro	um	1 900 000 Euro			auf	2 030 500 Euro			<p>angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	nein	GRÜNE	ja	FDP	nein	PIRATEN	Enth.
2013		2012																											
von	130 500 Euro	130 500	Euro																										
um	1 900 000 Euro																												
auf	2 030 500 Euro																												
SPD	ja																												
CDU	nein																												
GRÜNE	ja																												
FDP	nein																												
PIRATEN	Enth.																												

**Änderungsantrag zum Einzelplan 10
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
83	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 10 400 Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz</p> <p>Titel 633 63 Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbänden</p> <p>Verminderung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 10%;">2013</td> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%;"></td> <td style="width: 30%; text-align: right;">2012</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>2 000 000</td> <td>Euro</td> <td style="text-align: right;">2 000 000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>1 900 000</td> <td>Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>100 000</td> <td>Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Mittel sollen verlagert werden nach Kapitel 10 400 Titel 427 01. Das im Koalitionsvertrag formulierte Ziel „Erhöhung der Zahl der Lebensmittelkontrolleure und insbesondere des wissenschaftlichen Personals“ (S.82) erfordert die Verlagerung der Mittel. Damit soll der Verbraucherschutz weiter gestärkt werden.</p>	2013			2012	von	2 000 000	Euro	2 000 000 Euro	um	1 900 000	Euro		auf	100 000	Euro		<p>angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	nein	GRÜNE	ja	FDP	nein	PIRATEN	Enth.
2013			2012																										
von	2 000 000	Euro	2 000 000 Euro																										
um	1 900 000	Euro																											
auf	100 000	Euro																											
SPD	ja																												
CDU	nein																												
GRÜNE	ja																												
FDP	nein																												
PIRATEN	Enth.																												

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 11
im Haushalts- und Finanzausschuss
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Fraktion/ en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergeb- nis
85	SPD Grüne	<p>Kapitel 11 029 Arbeit und Qualifizierung</p> <p>Haushaltsvermerke zu den Ausgaben des Kapitels</p> <p>Die Vermerke Nr. 1, 3 bis 8 und 10 werden gelöscht.</p> <p>Titelgruppe 60 Förderung des Baus und der Ausstattung beruflicher Ausbildungsstätten</p> <p><u>Neue Haushaltsvermerke</u></p> <p>Nr.1 Die Ausgaben der Titelgruppe sind übertragbar.</p> <p>Nr. 2 Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.</p> <p>Nr. 3 Die bei Titel 893 60 veranschlagte Verpflichtungsermächtigung darf auch zugunsten der übrigen Titel der Titelgruppe in Anspruch genommen werden.</p> <p>Nr.4 Siehe Vermerk Nr.4 bei Kapitel 11 050 Titelgruppe 85.</p> <p><u>Begründung:</u> Folgeänderung wegen Verlagerung von Titeln und Titelgruppen von Kapitel 11 029 nach Kapitel 11 050 (neu).</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU nein GRÜNE ja FDP Enth. PIRATEN Enth.</p>

**Änderungsantrag zum Einzelplan 11
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																
86	FDP	<p>Kapitel 11 029 Arbeit und Qualifizierung Titel 686 10 Zuschuss an die Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung GmbH, Bottrop (G.I.B.)</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 25%;">2013</td> <td style="width: 25%;"></td> <td style="width: 25%; text-align: right;">2012</td> <td style="width: 25%;"></td> </tr> <tr> <td>von 1.149.000</td> <td>Euro</td> <td style="text-align: right;">1.149.000</td> <td>Euro</td> </tr> <tr> <td>um 100.000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 1.049.000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Aufgrund der schwierigen Haushaltslage ist es notwendig, die Mittel in diesem Aufgabenbereich zu reduzieren.</p>	2013		2012		von 1.149.000	Euro	1.149.000	Euro	um 100.000	Euro			auf 1.049.000	Euro			<p>abgelehnt</p> <p>SPD nein CDU ja GRÜNE nein FDP ja PIRATEN Enth.</p>
2013		2012																	
von 1.149.000	Euro	1.149.000	Euro																
um 100.000	Euro																		
auf 1.049.000	Euro																		

**Änderungsantrag zum Einzelplan 11
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																														
87	FDP	<p>Kapitel 11 029 Arbeit und Qualifizierung Titel 686 20 Zuschuss an die Technologieberatungsstelle beim Deutschen Gewerkschaftsbund – Landesbezirk Nordrhein-Westfalen-e.V. Dortmund (TBS)</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;">2013</td> <td style="width: 20%;"></td> <td style="width: 20%;"></td> <td style="width: 20%; text-align: right;">2012</td> <td style="width: 20%;"></td> </tr> <tr> <td>von 1.506.100</td> <td>Euro</td> <td></td> <td style="text-align: right;">1.506.100</td> <td>Euro</td> </tr> <tr> <td>um 800.000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 706.100</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Eine weitere Förderung der Technologieberatungsstelle ist aus Gründen der Haushaltskonsolidierung nicht möglich. Mit dem verbleibenden Ansatz soll die Abwicklung der TBS vorbereitet und umgesetzt werden.</p>	2013			2012		von 1.506.100	Euro		1.506.100	Euro	um 800.000	Euro				auf 706.100	Euro				<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	Enth.
2013			2012																														
von 1.506.100	Euro		1.506.100	Euro																													
um 800.000	Euro																																
auf 706.100	Euro																																
SPD	nein																																
CDU	Enth.																																
GRÜNE	nein																																
FDP	ja																																
PIRATEN	Enth.																																

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 11
im Haushalts- und Finanzausschuss
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Fraktion/ en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungs- ergebnis
88	SPD Grüne	<p>Kapitel 11 032 „Gemeinschaftlich mit der EU finanzierte Förderungen von Arbeits- und Qualifizierungsmaßnahmen“ TG 60: Zuwendungen aus Mitteln der EU aus dem Europäischen Sozialfonds der Förderphase 2007-2013 (EU-Anteil)</p> <p><u>Zusätzlicher Haushaltsvermerk</u> Nr. 8 Mindestens 600.000 € sind für ein Programm zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung einzusetzen. Das Programm ist von Dachverbänden gemeinnütziger Träger, die dem Subsidiaritätsprinzip verpflichtet sind, durchzuführen.</p> <p><u>Änderung der Erläuterungen zu TG 60 und 61</u> Die Erläuterungen zum Leitthema „Gestaltung von Übergängen in der Zielgruppenpolitik“ sind, wie folgt, zu ergänzen (<i>Ergänzungen sind in kursiver Schrift und Fettdruck</i>):</p> <p>„Das Leitthema "Gestaltung von Übergängen in der Zielgruppenpolitik" (Mittelvolumen: rd. 18,8 Mio. € EU-Anteil und rd. 6,2 Mio. € Landesanteil) umfasst insbesondere die folgenden Bereiche:</p> <ul style="list-style-type: none"> • <i>Bekämpfung von Armut</i> • Öffentlich geförderte Beschäftigung • Förderung der Integration benachteiligter Personen • Weiterentwicklung der Arbeitsmarktpolitik <p>Hierzu gehören insbesondere die Programme:</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU nein GRÜNE ja FDP nein PIRATEN Enth.</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
		<ul style="list-style-type: none"> • Programm zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung • Jugend in Arbeit plus • Modellprojekte Zielgruppen • Zusätzliche Ausbildungsplätze für behinderte Jugendliche • Förderung von Erwerbslosenberatungsstellen und Arbeitslosenzentren“ <p>Begründung: Der Bereich „Bekämpfung von Armut“ soll dazu dienen, sich zunehmend verfestigende Armutsstrukturen aufzubrechen.</p>	

**Änderungsantrag zum Einzelplan 11
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																																																												
89	FDP	<p>Kapitel 11 032 Gemeinschaftlich mit der EU finanzierte Förderungen von Arbeits- und Qualifizierungsmaßnahmen</p> <p>Titelgruppe 61 Zuwendungen aus Mitteln der EU aus dem Europäischen Sozialfonds der Förderphase 2007-2013 (Landesanteil)</p> <p>Titel 686 61 Zuschüsse an Sonstige für laufende Zwecke</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> </tr> <tr> <td></td> <td>2013</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td>2012</td> <td></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>22.200.000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td>25.000.000</td> <td>Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>2.000.000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>20.200.000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Arbeitslosenberatungsstellen und Arbeitslosenberatungszentren können aufgrund der dringend erforderlichen Haushaltskonsolidierung nicht mehr durch das Land gefördert werden. Dennoch können arbeitslose Menschen intensiver beraten und in den Arbeitsmarkt vermittelt werden, weil im Zuge der NRW-Joboffensive die Zahl der Vermittler zunächst in 13 der 35 Jobcenter in NRW von bisher 315 auf 553 erhöht wird.</p>												2013							2012		von	22.200.000	Euro						25.000.000	Euro	um	2.000.000	Euro								auf	20.200.000	Euro								<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	Enth.
	2013							2012																																																							
von	22.200.000	Euro						25.000.000	Euro																																																						
um	2.000.000	Euro																																																													
auf	20.200.000	Euro																																																													
SPD	nein																																																														
CDU	ja																																																														
GRÜNE	nein																																																														
FDP	ja																																																														
PIRATEN	Enth.																																																														

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 11
im Haushalts- und Finanzausschuss
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Fraktion/ en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungs- ergebnis																						
90	SPD Grüne	<p>Kapitel 11 032 „Gemeinschaftlich mit der EU finanzierte Förderungen von Arbeits- und Qualifizierungsmaßnahmen“</p> <p>Erläuterungen TG 60 und 61: Zuwendungen aus Mitteln der EU aus dem Europäischen Sozialfonds der Förderphase 2007-2013 (EU-Anteil / Landesanteil)</p> <p>Veränderung der Erläuterungstabelle zu TG 60 und 61 wie folgt: Verminderung des Betrages zum Leitthema „Unterstützung der Beschäftigungsfähigkeit“</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;">2013</td> <td style="text-align: center;">2012</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">45.900 000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">5.000 000 Euro</td> <td style="text-align: right;">45.900 000 Euro</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">40.900 000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><u>Begründung:</u> Siehe weitere Änderungsanträge zu den Erläuterungen bei Kapitel 11 032 TG 60.</p>		2013	2012	von	45.900 000 Euro		um	5.000 000 Euro	45.900 000 Euro	auf	40.900 000 Euro		<p>angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	nein	GRÜNE	ja	FDP	nein	PIRATEN	Enth.
	2013	2012																							
von	45.900 000 Euro																								
um	5.000 000 Euro	45.900 000 Euro																							
auf	40.900 000 Euro																								
SPD	ja																								
CDU	nein																								
GRÜNE	ja																								
FDP	nein																								
PIRATEN	Enth.																								

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 11
im Haushalts- und Finanzausschuss
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Fraktion/ en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungs- ergebnis																						
91	SPD Grüne	<p>Kapitel 11 032 „Gemeinschaftlich mit der EU finanzierte Förderungen von Arbeits- und Qualifizierungsmaßnahmen“</p> <p>Erläuterungen TG 60 und 61: Zuwendungen aus Mitteln der EU aus dem Europäischen Sozialfonds der Förderphase 2007-2013 (EU-Anteil / Landesanteil)</p> <p>Veränderung der Erläuterungstabelle zu TG 60 und 61 wie folgt: Erhöhung des Betrages zum Leitthema „Gestaltung von Übergängen in der Zielgruppenpolitik“</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;">2013</td> <td style="text-align: center;">2012</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">18.865000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">5.000 000 Euro</td> <td style="text-align: right;">18.865 000 Euro</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">23.865 000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><u>Begründung:</u> Siehe weitere Änderungsanträge zu den Erläuterungen bei Kapitel 11 032 TG 60.</p>		2013	2012	von	18.865000 Euro		um	5.000 000 Euro	18.865 000 Euro	auf	23.865 000 Euro		<p>angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: center;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: center;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: center;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: center;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: center;">Enth.</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	nein	GRÜNE	ja	FDP	nein	PIRATEN	Enth.
	2013	2012																							
von	18.865000 Euro																								
um	5.000 000 Euro	18.865 000 Euro																							
auf	23.865 000 Euro																								
SPD	ja																								
CDU	nein																								
GRÜNE	ja																								
FDP	nein																								
PIRATEN	Enth.																								

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 11
im Haushalts- und Finanzausschuss
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Fraktion/ en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungs- ergebnis																						
92	SPD Grüne	<p>Kapitel 11 032 Gemeinschaftlich mit der EU finanzierte Förderungen von Arbeits- und Qualifizierungsmaßnahmen“ TG 61: Zuwendungen aus Mitteln des Landes zur Kofinanzierung der gemeinschaftlich mit der EU aus dem Europäischen Sozialfonds geförderten Maßnahmen der Förderphase 2007-2013 (Landesanteil) Titel 686 61 Zuschüsse an Sonstige für laufende Zwecke</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;">2013</td> <td style="text-align: center;">2012</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">22.200.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">600 000 Euro</td> <td style="text-align: right;">25.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">22.800.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><u>Zusätzlicher Haushaltsvermerk</u> Nr.6 Satz 2 und 3 der Erläuterungen sind verbindlich.</p> <p><u>Ergänzung der Erläuterungen</u> Zwischen Satz 1 und 2 der Erläuterungen werden folgende neue Sätze 2 und 3 eingefügt:</p>		2013	2012	von	22.200.000 Euro		um	600 000 Euro	25.000.000 Euro	auf	22.800.000 Euro		<p>angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	nein	GRÜNE	ja	FDP	nein	PIRATEN	Enth.
	2013	2012																							
von	22.200.000 Euro																								
um	600 000 Euro	25.000.000 Euro																							
auf	22.800.000 Euro																								
SPD	ja																								
CDU	nein																								
GRÜNE	ja																								
FDP	nein																								
PIRATEN	Enth.																								

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
		<p>600.000 € dienen der Kofinanzierung eines Programms zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Das Programm ist von Dachverbänden gemeinnütziger Träger, die dem Subsidiaritätsprinzip verpflichtet sind, durchzuführen.</p> <p><u>Begründung:</u> Mehr zur verstärkten Förderung, Programm zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung.</p>	

**Änderungsantrag zum Einzelplan 11
zum Haushaltsgesetz 2013
Sachhaushalt**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																																						
93	FDP	<p>Kapitel 11 035 Landesinstitut für Arbeitsgestaltung des Landes Nordrhein-Westfalen (LIA)</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 20%;">2013</td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 20%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 20%; text-align: right;">2012</td> <td style="width: 10%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>11.797.000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> <td>11.208.900</td> <td>Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>588.100</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>11.208.900</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Ein wirksamer Arbeitsschutz ist ein fester Bestandteil der sozialen Marktwirtschaft. Dennoch ist es aufgrund der notwendigen Haushaltskonsolidierung nicht zu verantworten, zusätzliche Mittel einzustellen. Damit ist auch Mittelaufwuchs für den Arbeitsschutz im Einzelplan 03 (48 neuen Planstellen) gemeint. Stattdessen sollte überprüft werden, auf welche Weise die Organisation des Arbeitsschutzes noch effektiver und unbürokratischer gestaltet werden kann. In diesem Zusammenhang ist es zu begrüßen, dass die Landesregierung mit den Bezirksregierungen Ziele vereinbart hat, um die Effizienz des Arbeitsschutzes weiter zu steigern.</p>		2013				2012		von	11.797.000	Euro			11.208.900	Euro	um	588.100	Euro					auf	11.208.900	Euro					<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	Enth.
	2013				2012																																				
von	11.797.000	Euro			11.208.900	Euro																																			
um	588.100	Euro																																							
auf	11.208.900	Euro																																							
SPD	nein																																								
CDU	Enth.																																								
GRÜNE	nein																																								
FDP	ja																																								
PIRATEN	Enth.																																								

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 11
im Haushalts- und Finanzausschuss
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Fraktion/ en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungs- ergebnis																						
94	SPD Grüne	<p>Kapitel 11 041 Sozialpolitische Maßnahmen sowie Hilfen für Menschen mit Behinderungen Titel 684 11 Zuschüsse des Landes an die in der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege zusammengeschlossenen Organisationen</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;">2013</td> <td style="text-align: center;">2012</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">2.853.400 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">3.246.600 Euro</td> <td style="text-align: right;">7.853.400 Euro</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">6.100.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><u>Begründung:</u> Die Erhöhung des Ansatzes ist erforderlich, um die Grundstruktur der Freien Wohlfahrtspflege und ihr Funktionieren aufrecht zu erhalten.</p>		2013	2012	von	2.853.400 Euro		um	3.246.600 Euro	7.853.400 Euro	auf	6.100.000 Euro		<p>angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	nein	GRÜNE	ja	FDP	Enth.	PIRATEN	Enth.
	2013	2012																							
von	2.853.400 Euro																								
um	3.246.600 Euro	7.853.400 Euro																							
auf	6.100.000 Euro																								
SPD	ja																								
CDU	nein																								
GRÜNE	ja																								
FDP	Enth.																								
PIRATEN	Enth.																								

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 11
im Haushalts- und Finanzausschuss
zum Haushaltsgesetz 2013
Sachhaushalt**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																																						
95	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 11 041 Sozialpolitische Maßnahmen sowie Hilfen für Menschen mit Behinderungen</p> <p>Titelgruppe 80 Maßnahmen zur Schaffung der gesellschaftlichen Inklusion von Menschen mit Behinderungen</p> <p>Titel 686 80 Förderung von Querschnittsaufgaben nach § 1908 f BGB</p> <p>Ergänzung der Zweckbestimmung: Förderung von Querschnittsaufgaben nach § 1908 f BGB <u>sowie Maßnahmen zur Förderung der Inklusion</u></p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 20%;">2013</td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 20%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 20%; text-align: right;">2012</td> <td style="width: 10%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>1 500 000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> <td>1 500 000</td> <td>Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>350 000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>1 850 000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Erhöhung des Haushaltsansatzes für Maßnahmen zur Förderung der Inklusion.</p>		2013				2012		von	1 500 000	Euro			1 500 000	Euro	um	350 000	Euro					auf	1 850 000	Euro					<p>angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	nein	GRÜNE	ja	FDP	nein	PIRATEN	Enth.
	2013				2012																																				
von	1 500 000	Euro			1 500 000	Euro																																			
um	350 000	Euro																																							
auf	1 850 000	Euro																																							
SPD	ja																																								
CDU	nein																																								
GRÜNE	ja																																								
FDP	nein																																								
PIRATEN	Enth.																																								

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 11
im Haushalts- und Finanzausschuss
zum Haushaltsgesetz 2013
Sachhaushalt**

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Fraktion/ en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungs- ergebnis
96	SPD Grüne	<p>Kapitel 11 042 (neu) Bekämpfung von Armut</p> <p>Einrichtung einer neuen Titelgruppe: Titelgruppe 99 Bekämpfung von Armut, insbesondere Kinderarmut</p> <p>Einrichtung folgender neuer Titel, jeweils mit Strichansatz: Titel 547 99 Sächliche Verwaltungsausgaben Titel 633 99 Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände Titel 686 99 Zuweisungen an Sonstige für laufende Zwecke Titel 883 99 Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände Titel 893 99 Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland</p> <p>Einfügung der folgenden Haushaltsvermerke: 1. Ausgaben dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei Titelgruppe 95 und 96 geleistet werden. 2. Die in der Titelgruppe 95 und 96 veranschlagten Verpflichtungsermächtigungen dürfen auch zugunsten der Titel dieser Titelgruppe in Anspruch genommen werden.</p> <p><u>Begründung:</u> Stärkung der Bekämpfung der Armut.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU nein GRÜNE ja FDP nein PIRATEN Enth.</p>

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 11
im Haushalts- und Finanzausschuss
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Fraktion/ en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungs- ergebnis
97	SPD Grüne	<p>Einrichtung eines neuen Kapitels im Einzelplan 11 Kapitel 11 042 Bekämpfung von Armut</p> <p>In dieses neue Kapitel werden aus Kapitel 11 041 die Titelgruppen 95 und 96 mit folgenden Änderungen verlagert:</p> <p>Änderung der Zweckbestimmung der Titelgruppe 95 in „Mittagsverpflegung von Kindern“</p> <p>Haushaltsvermerk Nr. 3 der Titelgruppe 95 erhält folgende Fassung: Die Ausgaben der Titelgruppe dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei der Titelgruppe 96 überschritten werden.</p> <p>Zusätzlich erhält Titelgruppe 95 einen neuen Haushaltsvermerk Nr. 4: Siehe Vermerke Nr. 1 und 2 bei Titelgruppe 99.</p> <p>In den Erläuterungen zu Titelgruppe 95 ist der Spiegelstrich „- für präventive Strategien gegen Kinderarmut“ zu streichen.</p> <p>Titelgruppe 96 erhält einen neuen Haushaltsvermerk Nr. 5: Siehe Vermerke Nr. 1 und 2 bei Titelgruppe 99 und Vermerk Nr. 3 bei Titelgruppe 95.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU nein GRÜNE ja FDP nein PIRATEN Enth.</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
		<p>Begründung: Die Ziele der Inklusion und der Bekämpfung von Armut sollen in zwei Kapiteln behandelt werden, um deren jeweilige sozialpolitischen Bedeutung zu unterstreichen. Siehe zudem Änderungsantrag zu Kapitel 11 042 (neu) Titelgruppe 99 (neu).</p>	

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 11
im Haushalts- und Finanzausschuss
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Fraktion/ en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungs- ergebnis
98	SPD Grüne	<p>Einrichtung eines neuen Kapitels im Einzelplan 11 Kapitel 11 050 Inklusion</p> <p>In dieses Kapitel werden aus Kapitel 11 029 der Titel 231 10, die Einnahmetitelgruppen 70 und 85 sowie die Ausgabentitelgruppen 85, 86 und 99 und aus Kapitel 11 041 der Titel 686 40 und die Titelgruppe 80 mit folgenden Änderungen verlagert:</p> <p>Die Ausgabentitelgruppe 85 erhält folgende neue Haushaltsvermerke: Nr. 1 Die Ausgaben der Titelgruppe sind übertragbar. Nr. 2 Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig. Nr. 3 Die bei Titel 893 86 veranschlagte Verpflichtungsermächtigung darf auch zugunsten der übrigen Titel der Titelgruppe in Anspruch genommen werden. Nr. 4 Die Titelgruppen 85 und 86 und Kapitel 11 029 Titelgruppe 60 sind hinsichtlich der Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen gegenseitig deckungsfähig.</p> <p>Die Titelgruppe 86 erhält folgende neue Haushaltsvermerke: Nr. 1 Die Ausgaben der Titelgruppe sind übertragbar.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU nein GRÜNE ja FDP nein PIRATEN Enth.</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
		<p>Nr. 2 Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.</p> <p>Nr. 3 Die bei Titel 893 86 veranschlagte Verpflichtungsermächtigung darf auch zugunsten der übrigen Titel der Titelgruppe in Anspruch genommen werden.</p> <p>Nr. 4 Siehe Vermerk Nr. 4 bei Titelgruppe 85.</p> <p>Bei Titelgruppe 99 wird Haushaltsvermerk Nr. 4 gestrichen.</p> <p>Kapitel 11 041 erhält die Bezeichnung „Sozialpolitische Maßnahmen“</p> <p>Begründung: Alle Hilfen für Menschen mit Behinderung und Maßnahmen zur Umsetzung des Ziels der Inklusion sollen in einem Kapitel des Epl. 11 zusammengeführt werden.</p>	

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 11
im Haushalts- und Finanzausschuss
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Fraktion/ en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergeb- nis																						
99	SPD Grüne	<p>Kapitel 11 060 Gesellschaftliche Teilhabe und Integration Zugewanderter TG 68 Förderung der Integration Zugewanderter und des Zusammenlebens in Vielfalt Titel 686 68 Zuschüsse an Sonstige</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;">2013</td> <td style="text-align: center;">2012</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">22.729.300 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">846.600 Euro</td> <td style="text-align: right;">22.759.300 Euro</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">21.882.700 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><u>Begründung:</u> Deckung für den Aufstockungsantrag bei Kapitel 11 041 Titel 684 11.</p>		2013	2012	von	22.729.300 Euro		um	846.600 Euro	22.759.300 Euro	auf	21.882.700 Euro		<p>angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: center;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: center;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: center;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: center;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: center;">Enth.</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	nein	GRÜNE	ja	FDP	Enth.	PIRATEN	Enth.
	2013	2012																							
von	22.729.300 Euro																								
um	846.600 Euro	22.759.300 Euro																							
auf	21.882.700 Euro																								
SPD	ja																								
CDU	nein																								
GRÜNE	ja																								
FDP	Enth.																								
PIRATEN	Enth.																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 11
im Haushalts- und Finanzausschuss
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
100	SPD GRÜNE	<p>Kapitel 11 060 Gesellschaftliche Teilhabe und Integration Zugewanderter</p> <p>Titelgruppe 68 Förderung der Integration Zugewanderter und des Zusammenlebens in Vielfalt</p> <p>Neue Erläuterung zwischen Absatz 1 und 2 der Erläuterungen einzufügen: <i>„Die Mittel zur Unterstützung der strategischen Ausrichtung der Integrationsarbeit auf kommunaler Ebene (Untertitel 3) werden in einem Schwerpunkt gezielt in Städten eingesetzt, die in besonderem Maße, vor allem aus Armutsgründen, von neuer Zuwanderung aus Südosteuropa betroffen sind.</i></p> <p>Begründung: Mehrere Städte in Nordrhein-Westfalen sind Ziel einer neuen, vor allem aus Armutsgründen bewirkten Zuwanderung aus Staaten der Europäischen Union wie Rumänien und Bulgarien. Daraus resultieren vielfältige Problemlagen, die eine stärkere Unterstützung der entsprechenden Städte seitens des Landes für Integrationsmaßnahmen erforderlich machen.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU nein GRÜNE ja FDP nein PIRATEN Enth.</p>

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 11
im Haushalts- und Finanzausschuss
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Fraktion/ en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungs- ergebnis																						
101	SPD Grüne	<p>Kapitel 11 320 Gesetzliche Leistungen im sozialen Bereich TG 70 Beförderung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Nahverkehr Titel 682 70 Erstattung der Fahrgeldausfälle nach den Vorschriften über die unentgeltliche Beförderung Schwerbehinderter im öffentlichen Nahverkehr</p> <p>Reduzierung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td></td> <td style="text-align: center;">2013</td> <td style="text-align: center;">2012</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">106.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">2.400.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">105.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">103.600.00 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><u>Begründung:</u> Deckung für den Aufstockungsantrag bei Kapitel 11 041 Titel 684 11.</p>		2013	2012	von	106.000.000 Euro		um	2.400.000 Euro	105.000.000 Euro	auf	103.600.00 Euro		<p>angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	nein	GRÜNE	ja	FDP	Enth.	PIRATEN	Enth.
	2013	2012																							
von	106.000.000 Euro																								
um	2.400.000 Euro	105.000.000 Euro																							
auf	103.600.00 Euro																								
SPD	ja																								
CDU	nein																								
GRÜNE	ja																								
FDP	Enth.																								
PIRATEN	Enth.																								

**Änderungsanträge der Fraktionen zu allen Einzelplänen
im Haushalts- und Finanzausschuss
zum Haushaltsgesetz 2013**

Personalhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Fraktion/ en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungs- ergebnis
102	SPD GRÜNE PIRATEN	<p>Kapitel 12 700 Sondervermögen Bau- und Liegenschaftsbetrieb Nordrhein- Westfalen (BLB NRW) / Liegenschaftsvermögen</p> <p style="text-align: center;">Abbau der Arbeitnehmerüberlassung</p> <p>Streichung von 76 kw-Vermerken (kw zum 30.06.2016 – Wegfall Kontrahierungszwang Uni-Kliniken/Modellversuch Hochschulliegenschaften – Haushaltsvermerk Nr. 3 zu den Personalausgaben des Kapitels 12 700)</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Die Beschäftigung von Arbeitnehmerüberlassungskräften soll sukzessive auf rund 2% des in Kapitel 12 700 ausgewiesenen Stellensolls begrenzt werden. Damit eine adäquate Aufgabenerledigung durch BLB-eigenes Personal sichergestellt werden kann, sind 76 kw-Vermerke zu streichen. Die Maßnahme ist haushaltsneutral.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU nein GRÜNE ja FDP nein PIRATEN ja</p>

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 14
im Haushalts- und Finanzausschuss
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Fraktion/ en)	Antrag	Abstimmungs- ergebnis
103	SPD / Grüne	<p>Kapitel 14 010 Ministerium</p> <p>Haushaltsvermerk Nr. 9 (neu) zu Kapitel 14 010: Die Ausgaben der Hauptgruppe 5 i.H.v. 998.400 Euro, der Hauptgruppe 7 i.H.v. 1.950.000 Euro und der Hauptgruppe 8 i.H.v. 1.915.200 Euro sind gem. § 22 Satz 1 LHO gesperrt. Die Inanspruchnahme bedarf der Einwilligung des Finanzministeriums. Minderausgaben bei den entsperrten Ausgaben dürfen nicht zur Erwirtschaftung der einzelplanspezifischen Globalen Minderausgaben herangezogen werden.</p> <p><u>Begründung:</u> Die derzeitige Unterbringung des MWEIMH auf vier Standorte erfordert eine gemeinsame zentrale Unterbringung in einem Dienstgebäude.</p> <p>Seit der Ressortumbildung im Sommer des Jahres 2012 werden große Teile des Dienstgebäudes „Jürgenplatz 1“ vom MBWSV in Anspruch genommen. Ein Teil der Zentralabteilung des MWEIMH nutzt in diesem Gebäude noch Räumlichkeiten. Eine Unterbringung der Behördenleitung konnte mangels Raumkapazität nicht ermöglicht werden.</p> <p>Da auch im Dienstgebäude „Haroldstr. 4“, in dem die Fachabteilungen des Ministeriums bisher untergebracht sind, keine adäquaten Räumlichkeiten zur Verfügung stehen, ist die Behördenleitung vorübergehend (befristet bis Ende 2013) im MGEPA „Horionplatz 1“ untergebracht.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU nein GRÜNE ja FDP nein PIRATEN Enth.</p>

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag	Abstimmungsergebnis
		<p>Von den vier Referaten des Ministerbüros haben zwei Referate eine Unterbringung am „Horionplatz 10“ (auch MGEPA) gefunden; die beiden anderen Referate sind verteilt in der „Haroldstr. 4“ untergebracht.</p> <p>Die Möglichkeiten einer einheitlichen Unterbringung in Landtagsnähe sind begrenzt. Einzige kurzfristige Möglichkeit für eine gemeinsame Unterbringung bietet das „Vodafone-Hochhaus“. Dies erfordert eine zusätzliche Mittelbereitstellung im Entwurf des Haushalts 2013.</p> <p>Der einfache Sperrvermerk für die umzugsbedingten Ausgaben in den Hauptgruppen 5, 7 und 8 stellt sicher, dass die Mittel ausschließlich bedarfsgerecht und zweckentsprechend eingesetzt werden.</p>	

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 14
im Haushalts- und Finanzausschuss
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag	Abstimmungsergebnis
118	SPD CDU GRÜNE	<p>Kapitel 14 750 Bergbau und Energie Titel 683 20 Zuschüsse für den Absatz deutscher Steinkohle zur Verstromung und an die Stahlindustrie sowie zum Ausgleich von Belastungen infolge von Kapazitätsanpassungen</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <p>2013 von 358 400 000Euro um 19 887 000Euro auf 338 513 000Euro</p> <p>Begründung:</p> <p>Die vorläufige Abrechnung der Steinkohlebeihilfen für das Jahr 2012 lässt eine Absenkung der Steinkohlebeihilfen um 19.887.000 Euro auf 338.513.000 Euro zu.</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja GRÜNE ja FDP ja PIRATEN ja</p>

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 15
im Haushalts- und Finanzausschuss
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Fraktion/ en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungs- ergebnis																									
119	SPD Grüne	<p>Kapitel 15 010 Ministerium Titel 119 11 Erstattungen von Verwaltungskosten durch die Stiftung des Landes NRW für Wohlfahrtspflege</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;">2013</td> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;">Ansatz lt.</td> <td style="width: 30%;"></td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> <td style="text-align: center;">2012</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">514.000 Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">105.800 Euro</td> <td></td> <td style="text-align: right;">514.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">619.800 Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p><u>Begründung:</u> Deckung für den Aufstockungsantrag zu Kapitel 15 010 Titel 422 01. Die für Zwecke der Stiftung Wohlfahrtspflege neu beantragten Aushilfsmittel werden durch Einnahmen bei dieser Haushaltsstelle von der Stiftung Wohlfahrtspflege gegenfinanziert.</p>		2013		Ansatz lt.				2012			von	514.000 Euro				um	105.800 Euro		514.000 Euro		auf	619.800 Euro				<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja GRÜNE ja FDP nein PIRATEN Enth.</p>
	2013		Ansatz lt.																									
		2012																										
von	514.000 Euro																											
um	105.800 Euro		514.000 Euro																									
auf	619.800 Euro																											

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 15
im Haushalts- und Finanzausschuss
zum Haushaltsgesetz 2013**

Personalhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Fraktion/ en)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergeb- nis																										
120	SPD Grüne	<p>Kapitel 15 010 Ministerium Titel 427 01 Entgelte für Aushilfen</p> <p>Erhöhung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;">2013</td> <td style="text-align: center;">Ansatz lt.</td> <td style="text-align: center;">2012</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">219.300 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">105.800 Euro</td> <td></td> <td style="text-align: right;">219.300 Euro</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">325.100 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p><u>Begründung:</u> Der erhöhte Personalbedarf resultiert aus der gestiegenen Komplexität von Förderanträgen, die geprüft und bewilligt werden müssen sowie aus dem erhöhten Beratungsbedarf insbesondere bei innovativen Projekten. Die Kosten werden von der Stiftung Wohlfahrtspflege NRW bei Kapitel 15 010 Titel 119 11 erstattet (vgl. entsprechenden Änderungsantrag beim Einnahmetitel).</p>		2013	Ansatz lt.	2012	von	219.300 Euro			um	105.800 Euro		219.300 Euro	auf	325.100 Euro			<p>angenommen</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 70%;">SPD</td> <td style="text-align: center;">ja</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: center;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: center;">ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: center;">nein</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: center;">Enth.</td> </tr> </table>	SPD	ja	CDU	ja	GRÜNE	ja	FDP	nein	PIRATEN	Enth.
	2013	Ansatz lt.	2012																										
von	219.300 Euro																												
um	105.800 Euro		219.300 Euro																										
auf	325.100 Euro																												
SPD	ja																												
CDU	ja																												
GRÜNE	ja																												
FDP	nein																												
PIRATEN	Enth.																												

**Änderungsanträge zum Einzelplan 15
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Fraktion/ en)	Antrag	Abstimmungs- ergebnis																						
121	FDP	<p>Kapitel 15 035 Emanzipation Titelgruppe 62 Berufliche Gleichstellung, Potenzialentwicklung Titel 686 62 Zuschüsse für laufende Zwecke an Sonstige</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 30%;"></td> <td style="text-align: center;">2013</td> <td style="text-align: right;">Ansatz lt. HH 2012</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">5.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">7.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">3.500.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">1.500.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p><u>Begründung:</u> Die Einführung von 16 Regionalagenturen im Rahmen der „Landesinitiative Frau und Wirtschaft“ führt zum Wiederaufbau von Doppelstrukturen im Bereich der beruflichen Förderung von Frauen und greift darüber hinaus in privatwirtschaftlich bereits besetzte Unternehmensberatungsangebote ein. Auch aus Gründen der Haushaltskonsolidierung ist der Abbau von Doppelstrukturen sinnvoll und geboten. Der restliche Mittelansatz muss zur Rückabwicklung der bereits in Vollzug gesetzten Strukturen zunächst erhalten bleiben.</p>		2013	Ansatz lt. HH 2012	von	5.000.000 Euro	7.000.000 Euro	um	3.500.000 Euro		auf	1.500.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	Enth.
	2013	Ansatz lt. HH 2012																							
von	5.000.000 Euro	7.000.000 Euro																							
um	3.500.000 Euro																								
auf	1.500.000 Euro																								
SPD	nein																								
CDU	ja																								
GRÜNE	nein																								
FDP	ja																								
PIRATEN	Enth.																								

**Änderungsantrag zum Einzelplan 15
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
122	FDP	<p>Kapitel 15 044 Pflege, Alter, demografische Entwicklung Titelgruppe 61 Förderung der Ausbildung der nichtärztlichen Heilberufe Titel 686 61 Zuschüsse an Sonstige</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;">2013</td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 15%; text-align: right;">2012</td> <td style="width: 30%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>887.100 Euro</td> <td style="text-align: right;">1.387.100</td> <td>Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>500.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>1.387.100 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die PTA leisten innerhalb des Gesundheitswesens und insbesondere innerhalb der Arzneimittelversorgung eine wertvolle Arbeit. Das vorgesehene Auslaufen der Förderung durch das Land birgt das Risiko, dass in Zukunft die benötigte Zahl an PTA nicht mehr zur Verfügung steht und die PTA-Schulen in NRW schließen müssen. Stattdessen wird ein tragfähiges Konzept benötigt, mit dem die finanziellen und strukturellen Fragen langfristig beantwortet werden können.</p>	2013		2012		von	887.100 Euro	1.387.100	Euro	um	500.000 Euro			auf	1.387.100 Euro			<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>ja</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	ja
2013		2012																											
von	887.100 Euro	1.387.100	Euro																										
um	500.000 Euro																												
auf	1.387.100 Euro																												
SPD	nein																												
CDU	ja																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	ja																												

**Änderungsantrag zum Einzelplan 15
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																																										
123	FDP	<p>Kapitel 15 080 Maßnahmen für das Gesundheitswesen Titelgruppe 81 Gesundheitshilfe, Gesundheitsschutz Titel 684 81 Zuschüsse für freie Träger</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 10%;">2013</td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> <td style="width: 10%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>3.551.300</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td style="text-align: right;">2012</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>200.000</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td style="text-align: right;">3.551.300 Euro</td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>3.351.300</td> <td>Euro</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Die Mittel für ein „Kompetenzzentrum Frauen und Gesundheit“ sind aufgrund der schwierigen Haushaltslage nicht zu rechtfertigen.</p>	2013								von	3.551.300	Euro					2012	um	200.000	Euro					3.551.300 Euro	auf	3.351.300	Euro						<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	Enth.
2013																																													
von	3.551.300	Euro					2012																																						
um	200.000	Euro					3.551.300 Euro																																						
auf	3.351.300	Euro																																											
SPD	nein																																												
CDU	nein																																												
GRÜNE	nein																																												
FDP	ja																																												
PIRATEN	Enth.																																												

**Änderungsantrag zum Einzelplan 20
zum Haushaltsgesetz 2013**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
124	FDP	<p>Kapitel 20 010 Steuern Titel 371 00 Globale Mehreinnahme durch Wirtschaftswachstum wegen eines Entfesselungsimpuls</p> <p>Ausbringung eines neuen Ansatzes und eines Haushaltsvermerks.</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2013</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">2012</td> </tr> <tr> <td>Von 0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 25.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 25.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Die Landesregierung wird beauftragt, die entsprechenden Schritte zur Entlastung der Wirtschaft einzuleiten.</p> <p>Begründung: Nordrhein-Westfalen bleibt in seiner wirtschaftlichen Entwicklung hinter dem Bundesdurchschnitt zurück. Die wirtschaftliche Dynamik des Landes muss durch einen Entfesselungsimpuls gestärkt werden. Die Landesregierung bremst aber beispielsweise mit dem Klimaschutzgesetz oder dem Tariftreue-gesetz die Entwicklung ab. Die FDP will wachstumsfreundliche Rahmenbedingungen schaffen, um mit verbesserten Standortbedingungen die Lücke zum Bundestrend zu schließen. Das bedeutet 0,3%-Punkte zusätzliches Wirtschaftswachstum bis 2017.</p>	2013	2012	Von 0 Euro	0 Euro	um 25.000.000 Euro		auf 25.000.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	Enth.
2013	2012																				
Von 0 Euro	0 Euro																				
um 25.000.000 Euro																					
auf 25.000.000 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	Enth.																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	Enth.																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 20
zum Haushaltsgesetz 2013**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
125	FDP	<p>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen Titel 462 20 Minderausgaben für Personalausgaben in allen Einzelplänen</p> <p>Reduzierung des Baransatzes sowie Anpassung des Haushaltsvermerks</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2013</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">2012</td> </tr> <tr> <td>von 0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um - 30.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf - 30.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Der Einsparbeitrag ist in allen Einzelplänen zu erbringen. Ausgenommen sind die Kapitel 03 110, 03 130, 03 350, 04 210, 04 220, 04 230, 04 240, 04 250, 04 410, 04 510, 05 300 bis 490, 12 050 bis 400.</p> <p>Begründung: Jährlich sollen 2 Prozent der Ausgaben für Personal eingespart werden. Schule, Polizei, Justiz und Finanzverwaltung werden dabei ausgenommen. Die jährliche Produktivitätssteigerung der Mitarbeiter reicht aus, um die Qualität der Leistungserbringung konstant zu halten.</p>	2013	2012	von 0 Euro	0 Euro	um - 30.000.000 Euro		auf - 30.000.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	Enth.
2013	2012																				
von 0 Euro	0 Euro																				
um - 30.000.000 Euro																					
auf - 30.000.000 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	ja																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	Enth.																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 20
zum Haushaltsgesetz 2013**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
126	FDP	<p>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen Titel 462 40 Minderausgaben für Personalausgaben in allen Einzelplänen aufgrund von Standardbefreiungen</p> <p>Erstmalige Ausbringung eines Ansatzes und eines Haushaltsvermerks</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2013</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">2012</td> </tr> <tr> <td>von 0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um - 50.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf - 50.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Der Einsparbeitrag ist in allen Einzelplänen zu erbringen.</p> <p>Begründung: Zahlreiche Planstellen in allen Bereichen des Landeshaushalts werden wegen unnötig hoher Standards für unproduktive Zwecke gebunden. Beispielsweise durch ein zu umfangreiches Landespersonalvertretungsgesetz. Die Rückführung solcher Überstandards konsolidiert den Haushalt, ohne Qualitätsverluste in der Leistungserbringung zu verursachen.</p>	2013	2012	von 0 Euro	0 Euro	um - 50.000.000 Euro		auf - 50.000.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	Enth.
2013	2012																				
von 0 Euro	0 Euro																				
um - 50.000.000 Euro																					
auf - 50.000.000 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	nein																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	Enth.																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 20
zum Haushaltsgesetz 2013**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
127	FDP	<p>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen Titel 462 50 Minderausgaben für Personalausgaben in allen Einzelplänen aufgrund von flexiblen Altersgrenzen</p> <p>Erstmalige Ausbringung eines Ansatzes und eines Haushaltsvermerks</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2013</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">2012</td> </tr> <tr> <td>von 0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um - 3.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf - 3.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Der Einsparbeitrag ist in allen Einzelplänen zu erbringen.</p> <p>Begründung: Beamten ist es möglich, über die Regelaltersgrenze hinaus zu arbeiten. Dies erhöht die individuelle Freiheit der Lebensplanung der Beamten und verringert zudem Pensionskosten für das Land. Dieses Instrument wird ausgeweitet, um die positiven Effekte zu verstärken.</p>	2013	2012	von 0 Euro	0 Euro	um - 3.000.000 Euro		auf - 3.000.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	Enth.
2013	2012																				
von 0 Euro	0 Euro																				
um - 3.000.000 Euro																					
auf - 3.000.000 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	nein																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	Enth.																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 20
zum Haushaltsgesetz 2013**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
128	FDP	<p>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen Titel 462 60 Globale Minderausgaben in allen Einzelplänen durch Bereitstellung von Personal durch die Portigon AG</p> <p>Ausbringung eines neuen Ansatzes und eines Haushaltsvermerks.</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2013</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">2012</td> </tr> <tr> <td>Von 0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um - 20.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf - 20.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Die Erwirtschaftung des Einsparbeitrags hat bei allen Einzelplänen zu erfolgen. Die Landesregierung wird beauftragt, die entsprechenden Schritte einzuleiten.</p> <p>Begründung:</p> <p>Personal, für das unser Land aufgrund rechtlicher Verpflichtungen ohnehin noch längerfristig aufkommen muss, sollte auch einen sinnvollen Arbeitseinsatz für Landesaufgaben erfahren. Es ist nicht hinnehmbar, dass Hunderte von Landesbankbeamten bei der Portigon AG nach Wegfall ihrer bisherigen Aufgaben keiner produktiven Beschäftigung mehr nachgehen</p>	2013	2012	Von 0 Euro	0 Euro	um - 20.000.000 Euro		auf - 20.000.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	Enth.
2013	2012																				
Von 0 Euro	0 Euro																				
um - 20.000.000 Euro																					
auf - 20.000.000 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	Enth.																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	Enth.																				

**Änderungsantrag zum Einzelplan 20
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
129	FDP	<p>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen Titel 549 00 Einsparbeitrag sächliche Verwaltungsausgaben</p> <p>Erstmalige Ausbringung eines Ansatzes und eines Haushaltsvermerks</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;">2013</td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 20%; text-align: right;">2012</td> <td style="width: 20%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0</td> <td style="text-align: right;">Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">- 60.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">- 60.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Der Einsparbeitrag ist in allen Einzelplänen zu erwirtschaften.</p> <p>Begründung:</p> <p>Reduktion bei Gutachten, PR, Publikationen und Veranstaltungen. Zudem Reduktion der sächlichen Verwaltungsausgaben generell über alle Einzelpläne.</p>	2013		2012		von	0 Euro	0	Euro	um	- 60.000.000 Euro			auf	- 60.000.000 Euro			<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	ja	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	Enth.
2013		2012																											
von	0 Euro	0	Euro																										
um	- 60.000.000 Euro																												
auf	- 60.000.000 Euro																												
SPD	nein																												
CDU	ja																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	Enth.																												

**Änderungsantrag zum Einzelplan 20
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																										
130	FDP	<p>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen Titel 549 30 Reduktion der sächlichen Verwaltungsausgaben durch ein zentrales Bedarfs- und Einkaufsmanagement</p> <p>Erstmalige Ausbringung eines Ansatzes und eines Haushaltsvermerks</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;">2013</td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 20%; text-align: right;">2012</td> <td style="width: 20%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0</td> <td style="text-align: right;">Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">- 50.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">- 50.000.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Der Einsparbeitrag ist in allen Einzelplänen zu erwirtschaften.</p> <p>Begründung:</p> <p>Bisher gibt es keine übergeordnete Instanz, die den genauen Ablauf der Bedarfsfeststellung und den späteren Kauf plant und verbindlich Kostendeckelungen vorschreibt. Durch die Einführung eines zentralen Bedarfs- und Einkaufsmanagement wird ein erhebliches Optimierungspotential gehoben. Die einzelnen Ressorts werden bei einem solchen zentralen Bedarfsmanagement nicht in ihrer Entscheidungsfreiheit beschnitten, sondern bedienen sich dieses Instrumentariums, um passgenauere Leistung zu geringeren Kosten zu erhalten.</p>	2013		2012		von	0 Euro	0	Euro	um	- 50.000.000 Euro			auf	- 50.000.000 Euro			<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	Enth.
2013		2012																											
von	0 Euro	0	Euro																										
um	- 50.000.000 Euro																												
auf	- 50.000.000 Euro																												
SPD	nein																												
CDU	Enth.																												
GRÜNE	nein																												
FDP	ja																												
PIRATEN	Enth.																												

**Änderungsantrag zum Einzelplan 20
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
131	FDP	<p>Kapitel 20 020 Allgemeine Bewilligungen Titel 972 20 Globale Minderausgaben in allen Einzelplänen durch Optimierung der Landesbetriebe und Sondervermögen sowie einer Verwaltungsstrukturreform</p> <p>Ausbringung eines neuen Ansatzes und eines Haushaltsvermerks.</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2013</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">2012</td> </tr> <tr> <td>Von 0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um - 50.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf - 50.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Die Erwirtschaftung des Einsparbeitrags hat bei allen Einzelplänen, Landesbetrieben und Sondervermögen zu erfolgen. Die Landesregierung wird beauftragt, die entsprechenden Änderungen umzusetzen.</p> <p>Begründung:</p> <p>Das Land ist Eigentümer von Landesbetrieben mit einer Bilanzsumme von rund 10 Mrd. € und rund 10.000 Mitarbeitern. Die Resultate der Vergangenheit zeigen hier zum Teil gravierende Missstände auf. Mittelfristig kann hier eine Effizienzverbesserung von 1,5% der Bilanzsumme erreicht werden.</p>	2013	2012	Von 0 Euro	0 Euro	um - 50.000.000 Euro		auf - 50.000.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	Enth.	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	Enth.
2013	2012																				
Von 0 Euro	0 Euro																				
um - 50.000.000 Euro																					
auf - 50.000.000 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	Enth.																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	Enth.																				

		<p>Langfristig muss sich das Land auf Kernaufgaben konzentrieren und Aufgaben, die von Privaten wirtschaftlicher wahrgenommen werden, privatisieren. Das betrifft auch das Beteiligungsvermögen des Landes.</p> <p>FDP und CDU haben in ihrer Regierungszeit insgesamt 138 der vormals über 1.000 selbständigen Behörden und Einrichtungen des Landes aufgelöst und über 14.000 Stellen sozialverträglich abgebaut. Diese erfolgreichen Strukturreformen in der Verwaltung des Landes müssen konsequent fortgesetzt werden.</p>	
--	--	---	--

**Änderungsantrag zum Einzelplan 20
zum Haushaltsgesetz 2013**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
132	FDP	<p>Kapitel 20 030 Gemeindeanteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer sowie Finanzausgleich mit den Gemeinden und Gemeindeverbänden (Steuerverbund und sonstige Leistungen) Titel 883 20 Zukunftspauschale „Kinder, Köpfe, Kultur und Konjunktur in Kommunen“</p> <p>Ausbringung eines neuen Ansatzes und eines Haushaltsvermerks.</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2013</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">2012</td> </tr> <tr> <td>Von 0 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 100.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 100.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Im Rahmen des Gemeindefinanzierungsgesetzes (GFG) wird die Landesregierung mit der Einführung einer Zukunftspauschale für kommunale Investitionen in Kinder, Köpfe, Kultur und Konjunktur beauftragt. Dies soll im Dialog mit den Kommunalen Spitzenverbänden erfolgen. Es handelt sich um eine zusätzliche Aufstockung der GFG-Mittel außerhalb des Steuerverbunds.</p> <p>Begründung: Durch Einsparungen und Schwerpunktverschiebungen steht im Haushaltsjahr 2013 eine Summe von 100 Millionen Euro für kommunale Investitionen in Kinder, Köpfe, Kultur und Konjunktur zur Verfügung. Diese soll den Kommunen, auch solchen im Haushaltssicherungskonzept,</p>	2013	2012	Von 0 Euro	0 Euro	um 100.000.000 Euro		auf 100.000.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	Enth.
2013	2012																				
Von 0 Euro	0 Euro																				
um 100.000.000 Euro																					
auf 100.000.000 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	nein																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	Enth.																				

		unbürokratisch als Pauschalzuweisung im Rahmen des GFG zur Verfügung gestellt werden, um zusätzliche Vorhaben in den Zukunftsfeldern der Kinderbetreuung, der Schulpolitik, der örtlichen Kulturförderung oder der Instandhaltung kommunaler Infrastruktur finanzieren zu können.	
--	--	---	--

**Änderungsanträge der Fraktionen zum Einzelplan 20
im Haushalts- und Finanzausschuss
zum Haushaltsgesetz 2013**

Sachhaushalt

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Fraktion/ en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungs- ergebnis
133	SPD CDU GRÜNE FDP	<p>Kapitel 20 650 Schuldenverwaltung Titel 575 10 Zinsen für Kreditmarktmittel</p> <p>Reduzierung des Ansatzes</p> <p style="text-align: center;">2013</p> <p>von 4.000.000.000 Euro um 74.000.000 Euro auf 3.926.000.000 Euro</p> <p style="text-align: right;">Ansatz lt. HH 2012 4.150.000.000 Euro</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja GRÜNE ja FDP ja PIRATEN Enth.</p>

**Änderungsantrag zum Einzelplan 20
zum Haushaltsgesetz 2013**

Personalhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
134	FDP	<p>Kapitel 20 650 Schuldenverwaltung Titel 325 00 Schuldenaufnahmen auf dem sonstigen Kreditmarkt</p> <p>Reduzierung des Ansatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">2013</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">2012</td> </tr> <tr> <td>Von 3 637 000 000 Euro</td> <td style="text-align: right;">4 749 000 000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um -834.600.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 2.802.400.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Die Einsparmöglichkeiten im laufenden Haushalt lassen eine Reduzierung der Nettokreditaufnahme zu. Nur durch ausgeglichene Haushalte ist eine nachhaltige Politik möglich.</p>	2013	2012	Von 3 637 000 000 Euro	4 749 000 000 Euro	um -834.600.000 Euro		auf 2.802.400.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">SPD</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>CDU</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> <tr> <td>PIRATEN</td> <td style="text-align: right;">Enth.</td> </tr> </table>	SPD	nein	CDU	nein	GRÜNE	nein	FDP	ja	PIRATEN	Enth.
2013	2012																				
Von 3 637 000 000 Euro	4 749 000 000 Euro																				
um -834.600.000 Euro																					
auf 2.802.400.000 Euro																					
SPD	nein																				
CDU	nein																				
GRÜNE	nein																				
FDP	ja																				
PIRATEN	Enth.																				

**Änderungsanträge der Fraktionen
zum Haushaltsgesetz 2013**

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Fraktion/ en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungs- ergebnis
135	SPD GRÜNE	<p>Nach § 15 Absatz 2 Haushaltsgesetz wird folgender Absatz 3 angefügt:</p> <p>(3) Grundstücke Mit Zustimmung des Haushalts und Finanzausschusses dürfen Grundstücke</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. direkt und ohne öffentliches Ausschreibungsverfahren auf der Grundlage einer gutachterlichen Wertermittlung. <ol style="list-style-type: none"> a. an Gemeinden und Gemeindeverbände oder mehrheitlich kommunale Gesellschaften für die Erfüllung kommunaler Zwecke oder für die Errichtung von öffentlich gefördertem Wohnraum im Sinne des Wohnraumförderungsgesetzes (WoFG) oder b. an Studentenwerke (Anstalten öffentlichen Rechts) für deren gesetzlich festgelegte Zwecke, insbesondere für die Errichtung von studentischem Wohnraum oder 2. im öffentlichen Ausschreibungsverfahren <ol style="list-style-type: none"> a. unter Beschränkung auf Bieter, die sich vertraglich zur Realisierung städtebaulich oder wohnungspolitisch förderungswürdiger Vorhaben verpflichten oder b. mit der Auflage, dass in angemessenem Umfang öffentlich geförderter Wohnraum errichtet wird <p>veräußert werden.</p> <p>Begründung: Zur Sicherstellung der genannten Veräußerungszwecke sollen diese im Veräußerungsvertrag mit Wertbesserungsklauseln und Rückfallklauseln unterlegt werden.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU nein GRÜNE ja FDP nein PIRATEN Enth.</p>

**Änderungsanträge der Fraktionen
zum Haushaltsgesetz 2013**

Lfd. Nr. des Antrags	Antrag- steller (Fraktion/ en)	Antrag (eventuell Begründung)	Abstimmungs- ergebnis
136	SPD GRÜNE	<p>§ 28 Absatz 3 Satz 3 Halbsatz 1 wird wie folgt neu gefasst:</p> <p>Die Regelungen nach den Sätzen 1 und 2 gelten ausschließlich für Kommunen ohne ausgeglichenen Haushalt und ohne genehmigtes Haushaltssicherungskonzept (Nothaushaltskommunen einschließlich überschuldeter Kommunen), für Kommunen ohne ausgeglichenen Haushalt mit genehmigtem Haushaltssicherungskonzept und für Kommunen, die Konsolidierungshilfen nach dem Stärkungspaktgesetz erhalten, in den folgenden investiven Förderbereichen:</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Nach der bisherigen Fassung des § 28 Abs. 3 gilt diese Regelung ausschließlich für Kommunen ohne rechtswirksamen Haushalt. Die Änderung bezieht die am Stärkungspakt teilnehmenden Kommunen und die Kommunen mit genehmigtem Haushaltssicherungskonzept in den Anwendungsbereich der Vorschrift ein und stellt so sicher, dass die Besonderheiten des § 28 Absatz 3 für alle Kommunen in einer besonderen Haushaltsnotlage gelten.</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU nein GRÜNE ja FDP Enth. PIRATEN Enth.</p>

**Änderungsanträge der Fraktionen
im Ausschuss für Haushalt und Finanzen
zum Haushaltsgesetz 2013**

Lfd. Nr. des Antrags	Antragsteller (Fraktion/en)	Antrag	Abstimmungs- ergebnis
137	SPD CDU GRÜNE PIRATEN	<p>Hinter § 28 Absatz 3 Satz 3 Buchstabe (g) des Haushaltsgesetzes 2013 werden die Worte „(h) Breitbandversorgung“ angefügt.</p> <p><u>Begründung:</u></p> <p>Schnelle Internetverbindungen sind wichtig für die Bürgerinnen und Bürger als Teil der Lebensqualität in unserer Informations- und Wissensgesellschaft. Für Kommunen sind sie ein bedeutender Standortfaktor, da vor allem Wirtschaftsunternehmen täglich große Datenmengen bewegen müssen.</p> <p>Kommunen im Sinne des § 28 Absatz 3 Satz 3 Halbsatz 1 fällt die Bereitstellung des Eigenanteils bei Förderprogrammen schwer. Die Erweiterung des Ausnahmekataloges zum Erfordernis der Erbringung des kommunalen Eigenanteils um das Investitionsfeld „Breitbandversorgung“ dient vor allem der gezielten Förderung des flächendeckenden Breitbandausbaus. Mit der Schaffung der Ausnahme wird nun allen Kommunen die Möglichkeit gegeben, an Investitionsprogrammen zum Breitbandausbau teilnehmen zu können, aber auch die Durchführung von entsprechenden Machbarkeitsstudien ermöglicht. Nothaushaltskommunen haben bisher wenn private Geldgeber für diesen Eigenanteil einspringen wollten, diese „Spenden“ zwar annehmen dürfen, das Geld aber nicht zweckgebunden einsetzen, sondern sie zur Minderung des Defizits nutzen müssen. Damit wurde auch sinnvolles bürgerschaftliches Engagement vor Ort gehemmt bzw. verhindert. Nun soll ermöglicht werden, den kommunalen Eigenanteil aus Mitteln Dritter darstellen zu können.</p>	<p>einstimmig angenommen</p> <p>SPD ja CDU ja GRÜNE ja FDP Enth. PIRATEN ja</p>

Änderungsantrag zum Haushaltsgesetz 2013

Schlusssummenantrag (Einzelplan 20 und Haushaltsgesetzestext)

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
138	SPD GRÜNE	<p>Der Haushaltsgesetzentwurf wird in §§ 1 und 2 sowie in der Haushaltsübersicht und in Einzelplan 20 wie folgt geändert:</p> <p>Haushaltsvolumen, § 1 des Haushaltsgesetzentwurfs: von 60 026 575 000 Euro Reduzierung um 107 722 200 Euro auf 59 918 852 800 Euro</p> <p>Kreditermächtigung, § 2 Abs. 1 des Haushaltsgesetzentwurfs, Kapitel 20 650, Titel 325 00: von 3 637 000 000 Euro Reduzierung um 108 000 000 Euro auf 3 529 000 000 Euro</p> <p>Ausgleichstitel, Kapitel 20 020, Titel 371 10: von 376 700 Euro Erhöhung um 172 000 Euro auf 548 700 Euro</p> <p>Verpflichtungsermächtigungen, Haushaltsübersicht: von 3 826 233 300 Euro Erhöhung um 50 161 000 Euro auf 3 876 394 300 Euro</p>	<p>angenommen</p> <p>SPD ja CDU nein GRÜNE ja FDP nein PIRATEN Enth.</p>

Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 2013

Anlage 1: Änderungen bei den Haushaltsansätzen

Anlage 2: Änderungen in den Stellenplänen und Stellenübersichten

Einzelplan 02: Ministerpräsidentin
Anlage 1: Änderungen bei den Haushaltsansätzen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf (Stand: 2. Lesung) EUR	mehr/ weniger EUR	neuer Ansatz EUR
02 040 684 10	Internationale Angelegenheiten und Eine Welt Zuschüsse zur entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit	50.000	150.000	200.000
02 070 637 10	Landesplanung Zuweisungen an den Regionalverband Ruhr <u>Haushaltsvermerk neu:</u> <u>Minderausgaben in Höhe von bis zu 200.000 EUR dürfen nicht zur Erwirtschaftung der einzelplanspezifischen Globalen Minderausgaben herangezogen werden.</u>	559.500	200.000	759.500
02 200	Medien Förderung der Film- und Fernsehinfrastruktur Geschäftsbesorgungen durch die Film- und Medienstiftung NRW GmbH und die Internationale Film Schule Köln GmbH (IFS)	5.892.600	858.800	6.751.400
TG 61 546 61	Verpflichtungsermächtigung <u>bisher: 5.000.000 €</u> <u>Erhöhung: 560.000 €</u> <u>neu: 5.560.000 €</u>			
685 10	Zuschuss zur Durchführung des medienforum.nrw Verpflichtungsermächtigung <u>bisher: 1.500.000 €</u> <u>Absenkung: 1.500.000 €</u> <u>neu: 0 €</u>	858.800	-858.800	0
	<u>Abschluss Einzelplan 02:</u>			
	Einnahmen:	802.500	unverändert	802.500
	Ausgaben:	118.949.500	350.000	119.299.500
	Verpflichtungsermächtigungen:	23.200.000	-940.000	22.260.000

1/1

Einzelplan 03: Ministerium für Inneres und Kommunales
Anlage 1: Änderungen bei den Haushaltsansätzen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf (Stand: 2. Lesung) EUR	mehr/ weniger EUR	neuer Ansatz EUR
03 010	Ministerium			
427 01	Entgelte für Aushilfen	46.500	330.000	376.500
03 020	Allgemeine Bewilligungen			
428 01	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Neuer Haushaltsvermerk: <u>Minderausgaben i.H.v. bis zu 146.800 EUR dürfen nicht zur Erwirtschaftung der einzelplanspezifischen Globalen Minderausgaben herangezogen werden.</u> Änderung der Erläuterungen wie folgt: <u>- Die Zahl der Stellen des vergleichbar mittleren Dienstes wird von 40 um 3 auf 43 erhöht.</u> <u>- Die Stellen dienen der Einstellung von schwerbehinderten Menschen: 38, die von der Arbeitsverwaltung in einer Qualifizierungsmaßnahme zu Verwaltungsfachangestellten fortgebildet worden sind. 5, die an dem Programm "STAR" (Schule trifft Arbeitswelt) teilnehmen.</u> <u>- In der Laufbahn des vergleichbar mittleren Dienstes sind 16 (0) Stellen kw zum 31.12.2016</u>	1.812.600	146.800	1.959.400
452 10	Sonstige Zuweisungen an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesagentur für Arbeit	2.323.800	-476.800	1.846.200
03 030	Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge			
536 00	Rückführung	5.800.000	-400.000	5.400.000

1/2

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf (Stand: 2. Lesung) EUR	mehr/ weniger EUR	neuer Ansatz EUR
547 10	Ausgaben für die Betreuung von Bewohnern der Zentralen Unterbringungs- einrichtungen (ZUE) des Landes Neuer Haushaltsvermerk: <u>Minderausgaben i.H.v bis zu 11.000.000 Euro dürfen nicht zur Erwirtschaftung der einzelplanspezifischen Globalen Minderausgaben herangezogen werden.</u>	5.800.000	11.000.000	16.800.000
633 10	Erstattung der Kosten für die Zentralen Ausländerbehörden (ZAB) Neuer Haushaltsvermerk: <u>Minderausgaben i.H.v. bis zu 1.700.000 Euro dürfen nicht zur Erwirtschaftung der einzelplanspezifischen Globalen Minderausgaben herangezogen werden.</u>	11.500.000	1.700.000	13.200.000
633 22	Landeszuweisungen an Gemeinden zur anteiligen Erstattung der Mehrausgaben aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 18. Juli 2012. Neuer Haushaltsvermerk: <u>Minderausgaben dürfen nicht zur Erwirtschaftung der einzelplanspezifischen Globalen Minderausgaben herangezogen werden.</u>	0	14.400.000	14.400.000
633 30	Kostenerstattung an die Landschaftsverbände gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 1 FlüAG sowie die Träger der öffentlichen Jugendhilfe gemäß § 5 Abs. 2 FlüAG i.V.m. § 2 Nr. 1 FlüAG. Neuer Haushaltsvermerk: <u>2. Minderausgaben i.H.v. bis zu 731.000 Euro dürfen nicht zur Erwirtschaftung der einzelplanspezifischen Globalen Minderausgaben herangezogen werden.</u>	1.500.000	731.000	2.231.000
633 41	Kostenpauschale nach § 4 a Flüchtlingsaufnahmegesetz - FlüAG- und nach Artikel II Abs. 3 des Gesetzes zur Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes - FlüAG- vom 15.02.2005.	1.600.000	-1.100.000	500.000
633 50	Erstattung der Aufwendungen an die Gemeinden für die Unterhaltung der Unterbringungsplätze, die Betreuung sowie die Leistungen an ausländische Flüchtlinge bei den Zentralen Ausländerbehörden (ZAB). Neuer Haushaltsvermerk: <u>2. Minderausgaben i.H.v. bis zu 5.658.200 EUR dürfen nicht zur Erwirtschaftung der einzelplanspezifischen Globalen Minderausgaben herangezogen werden.</u>	8.341.800	5.658.200	14.000.000

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf (Stand: 2. Lesung) EUR	mehr/ weniger EUR	neuer Ansatz EUR
681 10	Aufwendungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz für Bewohner der Zentralen Unterbringungseinrichtungen (ZUE) des Landes. Neuer Haushaltsvermerk: <u>Minderausgaben i.H.v. bis zu 4.316.000 Euro dürfen nicht zur Erwirtschaftung der einzelplanspezifischen Globalen Minderausgaben herangezogen werden.</u>	2.900.000	4.316.000	7.216.000
681 20	Beförderungskosten Neuer Haushaltsvermerk: <u>Minderausgaben i.H.v. bis zu 199.300 Euro dürfen nicht zur Erwirtschaftung der einzelplanspezifischen Globalen Minderausgaben herangezogen werden.</u>	570.000	199.300	769.300
684 20	Soziale Beratung von Flüchtlingen	2.200.000	400.000	2.600.000
03 110	Polizei			
422 02	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst Einmalige Anpassung der beabsichtigten Einstellungen in den Erläuterungen (Tabelle): <u>Anzahl der beabsichtigten Einstellungen (A 9 g.D. Kommissaranwärter/-innen): gesamt (nach Entwurf bisher): 1400 mehr: 77 gesamt (neu): 1477</u> Zusätzlicher neuer Erläuterungstext: <u>Einstellungsermächtigungen, die die Zahl 1.400 übersteigen, dürfen nur in dem Umfang in Anspruch genommen werden, in dem die Anwärterinnen und Anwärter aus dem Ausbildungsjahrgang drei Jahre zuvor ohne bestandene Laufbahnprüfung ausgeschieden sind. Angesichts der Altersstruktur in der Polizei wird es in den nächsten Jahren zu steigenden Pensionierungszahlen kommen. Um einer Reduzierung der Polizeistärke entgegenzuwirken, ist diese einmalige Erhöhung der Einstellungsermächtigung notwendig. Darüber hinaus muss der innere wie der äußere Behördenaufbau auf Effizienzgewinne hin überprüft und der Prozess der Aufgabenkritik fortgesetzt werden.</u>	56.387.400	0	56.387.400

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf (Stand: 2. Lesung) EUR	mehr/ weniger EUR	neuer Ansatz EUR
03 310 TG 60 717 60	Fünf Bezirksregierungen Entmunitionierung Zerlegetechnik (Modernisierung MZB Hünxe - 3. Bauabschnitt)	12.821.000	-3.650.000	9.171.000
03 350	Fachhochschule für öffentliche Verwaltung NRW Neue Einnahmetitelgruppe 60: Masterstudiengang "Master of Public Management" Neue Haushaltsvermerke: <u>1. § 17 Abs. 3 LHO.</u> <u>2. Siehe Haushaltsvermerk Nr. 1 bei Titelgruppe 60 der Ausgaben.</u>			
111 60 (neu)	Gebühren und tarifliche Entgelte	0	0	0
119 60 (neu)	Vermischte Einnahmen	0	0	0
	Neue Ausgabentitelgruppe 60: Masterstudiengang "Master of Public Management" Neue Haushaltsvermerke: <u>1. Die Einnahmen in Titelgruppe 60 fließen den Ausgaben der Titelgruppe zu.</u> <u>2. Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.</u> <u>3. Ausgaben dürfen vor Eingang der bei Titelgruppe 60 aufkommenden Einnahmen geleistet werden, soweit ihr Zufluss im laufenden Haushaltsjahr gesichert ist.</u>			
427 60 (neu)	Entgelte für Aushilfen Neuer Haushaltsvermerk: <u>Zu Lasten dieser Ausgaben dürfen keine unbefristeten Arbeitsverhältnisse geschlossen werden.</u>	0	0	0
547 60 (neu)	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	0	0	0
812 60 (neu)	Erwerb von Geräten, Ausstattungsgegenständen, Maschinen und so. bewegl. Sachen	0	0	0

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf (Stand: 2. Lesung) EUR	mehr/ weniger EUR	neuer Ansatz EUR
03 710	Feuerschutz und Hilfeleistung			
511 01	Geschäftsbedarf u. Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungsgegenstände... Neuer Haushaltsvermerk: <u>Nach § 63 Abs. 3 und 4 LHO wird zugelassen, dass aus diesem Ansatz finanzierte Beschaffungen und Dienstleistungen den Kreisen und kreisfreien Städten unentgeltlich überlassen werden.</u>	0	380.000	380.000
	Ausbringung einer Verpflichtungsermächtigung (VE): Bislang: 0 Euro Erhöhung: 1.000.000 Euro neu: 1.000.000 Euro (fällig 2014 bis 2018 mit jeweils 200.000 Euro)			
684 00 (neu)	Beiträge an Vereine, Verbände u. dergleichen Neuer Erläuterungstext: <u>Das Land beteiligt sich an einer gemeinnützigen Einrichtung zugunsten in Not geratener Feuerwehrleute.</u>	0	1.000.000	1.000.000
883 10	Landeszuschüsse an Gemeinden zur Förderung des Feuerschutzes u. der Hilfeleistung	17.321.200	-1.380.000	15.941.200
03 810	Geldrenten nach dem Bundesentschädigungsgesetz und sonstige Wiedergutmachungsleistungen			
681 10	Härtefonds zur Unterstützung von NS-Opfern aus Billigkeitsgründen Haushaltsvermerk Entwurf bislang: Hieraus werden im Umfang von 220.000 EUR Beratungsangebote für NS-Verfolgte finanziert. Haushaltsvermerk neu: <u>Hieraus werden im Umfang von 220.000 EUR Beratungsangebote für NS-Verfolgte und ihre Nachkommen finanziert.</u>	1.700.000	0	1.700.000

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf (Stand: 2. Lesung) EUR	mehr/ weniger EUR	neuer Ansatz EUR
	<u>Abschluss Einzelplan 03:</u>			
	Einnahmen:	299.597.500	0	299.597.500
	Ausgaben:	4.811.573.100	33.254.500	4.844.827.600
	Verpflichtungsermächtigungen:	407.914.900	1.000.000	408.914.900

Einzelplan 04: Justizministerium**Anlage 1: Änderungen bei den Haushaltsansätzen**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf (Stand: 2. Lesung) EUR	mehr/ weniger EUR	neuer Ansatz EUR
04 210	Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften Sächliche Verwaltungsausgaben Haushaltsvermerk Nr. 8 (neu): <u>Siehe Deckungsvermerk bei Titel 684 51.</u>			
547 20 (neu)	<u>Kosten der Überführung von Daten nach § 9 Testamentsverzeichnis-Überführungsgesetz</u> <u>Verpflichtungsermächtigung</u> bisher: 0 EUR Erhöhung: 64.000 EUR neu: 64.000 EUR	0	0	0
684 51 (neu)	<u>Zuwendungen an Träger von Kindertageseinrichtungen für die Betreuung von Kindern von</u> <u>Justizbediensteten</u> Haushaltsvermerk: <u>Ausgaben dürfen bis zu 100.000 EUR der Einsparungen bei den Titeln der Hauptgruppe 5</u> <u>geleistet werden.</u>	0	0	0
	<u>Abschluss Einzelplan 04:</u>			
	Einnahmen:	1.056.590.900	-	1.056.590.900
	Ausgaben:	3.664.066.100	-	3.664.066.100
	Verpflichtungsermächtigungen:	39.955.900	+64.000	40.019.900

Einzelplan 05: Ministerium für Schule und Weiterbildung
Anlage 1: Änderungen bei den Haushaltsansätzen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf (Stand: 2. Lesung) EUR	mehr/ weniger EUR	neuer Ansatz EUR
05 300 /	Schulen gemeinsam			
527 30	Reisekostenvergütungen für Schulwanderungen und Schulfahrten	5.986.700	7.513.300	13.500.000
	<u>Verpflichtungsermächtigung:</u> bisher: 0 € Erhöhung: 6.750.000 € (Fälligkeit: 2014) neu: 6.750.000 €			
	<u>Neuer Haushaltsvermerk:</u> Minderausgaben dürfen bis zu einer Höhe von 7.513.300 € nicht zur Erwirtschaftung der einzelplanspezifischen Globalen Minderausgaben herangezogen werden.			
	<u>Abschluss Einzelplan 05:</u>			
	Einnahmen:	197.889.200	0	197.889.200
	Ausgaben:	15.118.462.000	+7.513.300	15.125.975.300
	Verpflichtungsermächtigungen:	238.469.100	+6.750.000	245.219.100

Einzelplan 06: Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung
Anlage 1: Änderungen bei den Haushaltsansätzen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf (Stand: 2. Lesung) EUR	mehr/ weniger EUR	neuer Ansatz EUR
06 026	Technologie- und Innovationsförderung des Landes Nordrhein-Westfalen			
TG 61	Förderung von Innovationen			
686 61	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	4.632.700	-1.800.000	2.832.700
06 040	Forschungsförderung			
686 40	Zuschuss an die Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH	1.990.800	1.800.000	3.790.800
	<u>Abschluss Einzelplan 06:</u>			
	Einnahmen:	1.024.510.100	0	1.024.510.100
	Ausgaben:	7.411.591.000	0	7.411.591.000
	Verpflichtungsermächtigungen:	329.902.000	0	329.902.000

1/10

Einzelplan 07: Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes NRW
Anlage 1: Änderungen bei den Haushaltsansätzen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf (Stand: 2. Lesung) EUR	mehr/ weniger EUR	neuer Ansatz EUR
07 040	Kinder- und Jugendhilfe			
633 10	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	163.720.400	-74.542.400	86.178.000
07 050	Kulturförderung			
TG 61	Filmförderung			
685 61	Zuschüsse zur Förderung des Films in Nordrhein-Westfalen	655.000	25.000	680.000
TG 64	Kunst und Kultur für Kinder und Jugendliche			
633 64	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden	7.400.000	500.000	7.900.000
TG 66	Interkulturelle Kulturarbeit			
686 66	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	455.000	145.000	600.000
TG 67	Zur Förderung des Bibliothekswesens sowie zur Förderung innovativer Entwicklungen der Kultur, der Kunst und der kulturellen Bildung			
883 67	Zuweisungen an Gemeinden für die Einrichtung von öffentlichen Bibliotheken	2.070.000	789.500	2.859.500

W/V

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf (Stand: 2. Lesung) EUR	mehr/ weniger EUR	neuer Ansatz EUR
TG 74	Kultur und Kreative Ökonomie/Wandel durch Kultur			
686 74	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	800.000	30.000	830.000
TG 80	Förderung literarischer Zwecke			
685 80	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	940.600	15.400	956.000
TG 90	Allgemeine Kulturförderung und internationaler Kulturaustausch			
633 90	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden (GV)	923.200	469.800	1.393.000
TG 97	Regionale Kulturförderung			
685 97	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	4.240.000	675.300	4.915.300
07 070	Landeszentrale für politische Bildung			
684 22	Beratung für Opfer rechtsextremistischer und rassistischer Gewalt	850.000	0	850.000
	<u>Änderung der Erläuterungen</u> <u>Die Erläuterungen werden durch folgende Formulierung ersetzt:</u> <u>Im Hinblick auf das integrierte Handlungskonzept sollen Beratungsleistungen sowie Aufklärungsarbeit gegen Rechtsextremismus verstärkt und die Mobilien Beratungsteams gegen Rechtsextremismus bereits im Haushaltsjahr 2013 unterstützt werden.</u>			
TG 80	Förderung von Projekten der Gedenkstättenarbeit und Aufarbeitung der deutschen Geschichte, Erinnerungskultur			

1/12

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf (Stand: 2. Lesung) EUR	mehr/ weniger EUR	neuer Ansatz EUR
684 80	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	793.200	190.000	983.200
	<u>Abschluss Einzelplan 07:</u>			
	Einnahmen:	163.552.000	0	163.552.000
	Ausgaben:	2.712.308.500	-71.702.400	2.640.606.100
	Verpflichtungsermächtigungen:	129.681.000	0	129.681.000

Einzelplan 09: Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr
Anlage 1: Änderungen bei den Haushaltsansätzen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf (Stand: 2. Lesung) EUR	mehr/ weniger EUR	neuer Ansatz EUR
09 150	Straßen- und Brückenbau (Landesbetrieb Straßen NRW)			
777 11	Erhaltungsinvestitionen an Landesstraßen	80.555.500	+4.500.000	85.055.500
777 14	Radwegebau an bestehenden Landesstraßen	8.000.000	+1.000.000	9.000.000
09 500	Angelegenheiten der Stadtentwicklung und Freizeit			
883 11	Zuweisungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände für die Förderung von Maßnahmen zur Stadterneuerung	101.947.000	+4.200.000	106.147.000
	Neuer Haushaltsvermerk: <u>9. Die Ausgaben sind gem. § 22 LHO Satz 2 i.H.v. 4.200.000 Euro gesperrt. Die Inanspruchnahme bedarf der Einwilligung des Haushalts- und Finanzausschusses.</u>			
	<u>Abschluss Einzelplan 09:</u>			
	Einnahmen:	1.886.787.300	-	1.886.787.300
	Ausgaben:	3.100.909.100	9.700.000	3.110.609.100
	Verpflichtungsermächtigungen:	1.223.355.000	-	1.223.355.000

1/14

Einzelplan 10: Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

Anlage 1: Änderungen bei den Haushaltsansätzen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf (Stand: 2. Lesung) EUR	mehr/ weniger EUR	neuer Ansatz EUR
10 010 518 01	Ministerium Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume <u>Verpflichtungsermächtigung</u> bisher: 0 € Erhöhung: 3.840.000 € neu: 3.840.000 €	3.980.000	0	3.980.000
10 020	Allgemeine Bewilligungen			
TG 62 685 62	Pferdezucht und Pferdesport Zuschüsse an Rennvereine	0	+900.000	900.000
TG 65 883 65 893 65	Kleingartenwesen Zuweisungen an Gemeinden Zuschüsse (an Sonstige)	0 100.000	+150.000 +80.000	150.000 180.000
10 400 427 01	Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Entgelte für Aushilfen	130.500	+1.900.000	2.030.500
TG 63 663 63	Verbesserung der Umweltüberwachung Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbänden	2.000.000	-1.900.000	100.000
	<u>Abschluss Einzelplan 10:</u>			
	Einnahmen:	271.946.000	0	271.946.000
	Ausgaben:	916.840.200	+1.130.000	917.970.200
	Verpflichtungsermächtigungen:	573.581.900	+3.840.000	577.421.900

1/15

Einzelplan 11: Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales
Anlage 1: Änderungen bei den Haushaltsansätzen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf (Stand: 2. Lesung) EUR	mehr/ weniger EUR	neuer Ansatz EUR
11 029	Arbeit und Qualifizierung Haushaltsvermerke zu den Ausgaben des Kapitels: <u>Die Vermerke Nr. 1, 3 bis 8 und 10 werden gelöscht.</u>			
TG 60	Förderung des Baus und der Ausstattung beruflicher Ausbildungsstätten Neue Haushaltsvermerke zur Titelgruppe: <u>Nr. 1: Die Ausgaben der Titelgruppe sind übertragbar.</u> <u>Nr. 2: Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.</u> <u>Nr. 3: Die bei Titel 893 60 veranschlagte Verpflichtungsermächtigung darf auch zugunsten der übrigen Titel der Titelgruppe in Anspruch genommen werden.</u> <u>Nr. 4: Siehe Vermerk Nr. 4 bei Kapitel 11 050 Titelgruppe 85.</u>			
11 032 TG 60	Gemeinschaftlich mit der EU finanzierte Förderungen von Arbeits- und Qualifizierungsmaßnahmen Zuwendungen aus Mitteln der EU aus dem Europäischen Sozialfonds der Förderphase 2007-2013 (EU-Anteil) Zusätzlicher Haushaltsvermerk zur Titelgruppe: <u>Nr. 8: Mindestens 600.000 € sind für ein Programm zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung einzusetzen. Das Programm ist von Dachverbänden gemeinnütziger Träger, die dem Subsidiaritätsprinzip verpflichtet sind, durchzuführen.</u> Erläuterungen zu den TG 60 und 61 ergänzen: <u>- zum Thema Armutsbekämpfung</u> <u>- Erläuterungstabelle: Verschiebung von 5 Mio. € vom Leitthema „Beschäftigungsfähigkeit“ zum Leitthema "Zielgruppenpolitik".</u>			

1/16

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf (Stand: 2. Lesung) EUR	mehr/ weniger EUR	neuer Ansatz EUR
TG 61	Zuwendungen aus Mitteln des Landes zur Kofinanzierung der gemeinschaftlich mit der EU aus dem Europäischen Sozialfonds geförderten Maßnahmen der Förderphase 2007-2013 (Landesanteil) Zusätzlicher Haushaltsvermerk zur Titelgruppe: <u>Nr. 6: Satz 2 und 3 der Erläuterungen sind verbindlich.</u> Ergänzung der Erläuterungen zur Titelgruppe (Zwischen Satz 1 und 2 neue Sätze 2 und 3): <u>600.000 € dienen der Kofinanzierung eines Programms zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Das Programm ist von Dachverbänden gemeinnütziger Träger, die dem Subsidiaritätsprinzip verpflichtet sind, durchzuführen.</u>			
686 61	Zuschüsse an Sonstige für laufende Zwecke	22.200.000	600.000	22.800.000
11 041	Sozialpolitische Maßnahmen sowie Hilfen für Menschen mit Behinderungen Änderung der Zweckbestimmung des Kapitels: <u>Streichung der Wörter: "sowie Hilfen für Menschen mit Behinderungen"</u>			
684 11	Zuschüsse des Landes an die in der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege zusammengeschlossenen Organisationen	2.853.400	3.246.600	6.100.000
TG 80	Maßnahmen zur Schaffung der gesellschaftlichen Inklusion von Menschen mit Behinderungen			
686 80	Förderung von Querschnittsaufgaben nach § 1908 f BGB Ergänzung der Zweckbestimmung des Titels: Förderung von Querschnittsaufgaben nach § 1908 f BGB <u>sowie Maßnahmen zur Förderung der Inklusion</u>	1.500.000	350.000	1.850.000
11 042 neu	Einrichtung eines neuen Kapitels 11 042: <u>Bekämpfung von Armut</u> In dieses neue Kapitel werden aus <u>Kapitel 11 041 die Titelgruppen 95 und 96</u> mit folgenden Änderungen <u>verlagert</u> :			
TG 95	Änderung der Zweckbestimmung der Titelgruppe 95 in <u>„Mittagsverpflegung von Kindern“</u>			

tv/v
1/17

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf (Stand: 2. Lesung) EUR	mehr/ weniger EUR	neuer Ansatz EUR
11 050 TG 85	Die Titelgruppe 85 erhält folgende neue Haushaltsvermerke: <u>Nr. 1: Die Ausgaben der Titelgruppe sind übertragbar.</u> <u>Nr. 2: Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.</u> <u>Nr. 3: Die bei Titel 893 85 veranschlagte Verpflichtungsermächtigung darf auch zugunsten der übrigen Titel der Titelgruppe in Anspruch genommen werden.</u> <u>Nr. 4: Die Titelgruppen 85 und 86 und Kapitel 11 029 Titelgruppe 60 sind hinsichtlich der Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen gegenseitig deckungsfähig.</u>			
TG 86	Die Titelgruppe 86 erhält folgende neue Haushaltsvermerke: <u>Nr. 1: Die Ausgaben der Titelgruppe sind übertragbar.</u> <u>Nr. 2: Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.</u> <u>Nr. 3: Die bei Titel 893 86 veranschlagte Verpflichtungsermächtigung darf auch zugunsten der übrigen Titel der Titelgruppe in Anspruch genommen werden.</u> <u>Nr. 4: Siehe Vermerk Nr. 4 bei Titelgruppe 85.</u>			
TG 99	Bei Titelgruppe 99 wird <u>Haushaltsvermerk Nr. 4 gestrichen.</u>			
11 060 TG 68	Gesellschaftliche Teilhabe und Integration Zugewanderter Förderung der Integration Zugewanderter und des Zusammenlebens in Vielfalt Neue Erläuterung zwischen Absatz 1 und 2 der Erläuterungen einfügen: <u>Die Mittel zur Unterstützung der strategischen Ausrichtung der Integrationsarbeit auf kommunaler Ebene (Titel 686 68 - UT 3) werden in einem Schwerpunkt gezielt in Städten eingesetzt, die in besonderem Maße, vor allem aus Armutsgründen, von neuer Zuwanderung aus Südosteuropa betroffen sind.</u>			
686 68	Zuschüsse an Sonstige	22.729.300	-846.600	21.882.700
11 320 TG 70	Gesetzliche Leistungen im sozialen Bereich Beförderung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Nahverkehr Erstattung der Fahrgeldausfälle nach den Vorschriften über die unentgeltliche Beförderung			
682 70	Schwerbehinderter im öffentlichen Nahverkehr	106.000.000	-2.400.000	103.600.000

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf (Stand: 2. Lesung) EUR	mehr/ weniger EUR	neuer Ansatz EUR
	<u>Abschluss Einzelplan 11:</u> Einnahmen: Ausgaben: Verpflichtungsermächtigungen:	 2.331.799.300 3.175.586.800 121.865.500	 unverändert 950.000 unverändert	 2.331.799.300 3.176.536.800 121.865.500

1/20

Einzelplan 14: Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk

Anlage 1: Änderungen bei den Haushaltsansätzen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf (Stand: 2. Lesung) EUR	mehr/ weniger EUR	neuer Ansatz EUR
14 010	Ministerium			
	Neuer Haushaltsvermerk zu Kapitel 14 010: <u>Nr. 9: Die Ausgaben der Hauptgruppe 5 i.H.v. 998.400 Euro, der Hauptgruppe 7 i.H.v. 1.950.000 Euro und der Hauptgruppe 8 i.H.v. 1.915.200 Euro sind gem. § 22 Satz 1 LHO gesperrt. Die Inanspruchnahme bedarf der Einwilligung des Finanzministeriums. Minderausgaben bei den entsperrten Ausgaben dürfen nicht zur Erwirtschaftung der einzelplanspezifischen Globalen Minderausgaben herangezogen werden.</u>			
517 04 (NEU)	<u>Bewirtschaftung der vom Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW angemieteten Grundstücke, Gebäude und Räume</u>	0	0	0
518 04 (NEU)	<u>Mieten und Pachten an den Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW</u> Verpflichtungsermächtigung 2013 (neu) bisher: 0 € Erhöhung: 39.447.000 € neu: 39.447.000 € (fällig in 2014 bis 2028 jeweils mit 2.629.800 €)	0	438.400	438.400
519 03 (NEU)	<u>Schönheitsreparaturen und Instandhaltung an angemieteten Grundstücken, Gebäuden und Räumen</u>	0	0	0
546 03	Ausgaben für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen	0	250.000	250.000
546 10	Facility Management	29.400	130.000	159.400

1/21

Einzelplan 14: Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk
Anlage 1: Änderungen bei den Haushaltsansätzen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf (Stand: 2. Lesung) EUR	mehr/ weniger EUR	neuer Ansatz EUR
711 01	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	0	1.950.000	1.950.000
812 10	Erwerb von Geräten, Ausstattungsgegenständen und Maschinen im Inland	40.000	910.000	950.000
<u>812 40</u> (NEU)	<u>Erwerb von Geräten, Ausstattungsgegenständen und Maschinen im Inland im Zusammenhang mit der Verlegung der Dienststelle</u>	0	400.000	400.000
TG 60	Angelegenheiten der Informationstechnik			
547 60	Aufwendungen für Leistungen des Landesbetriebs IT.NRW	20.000	180.000	200.000
812 60	Erwerb von IT-Geräten, Software und Lizenzen	194.800	605.200	800.000
14 730	Förderung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes			
TG 72	Mittelstandsförderungsgesetz Nordrhein-Westfalen			
547 72	Nicht aufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben	225.000	-225.000	0
<u>683 72</u> (NEU)	<u>Zuschüsse für laufende Zwecke an private Unternehmen</u>	0	225.000	225.000
14 750	Bergbau und Energie			

1/22

Einzelplan 14: Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk
Anlage 1: Änderungen bei den Haushaltsansätzen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf (Stand: 2. Lesung) EUR	mehr/ weniger EUR	neuer Ansatz EUR
683 20	Zuschüsse für den Absatz deutscher Steinkohle zur Verstromung und an die Stahlindustrie sowie zum Ausgleich von Belastungen infolge von Kapazitätsanpassungen	358.400.000	-19.887.000	338.513.000
	<u>Abschluss Einzelplan 14:</u>			
	Einnahmen:	292.580.500	-	292.580.500
	Ausgaben:	811.823.600	-15.023.400	796.800.200
	Verpflichtungsermächtigungen:	299.171.000	39.447.000	338.618.000

Einzelplan 15: Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter
Anlage 1: Änderungen bei den Haushaltsansätzen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf (Stand: 2. Lesung) EUR	mehr/ weniger EUR	neuer Ansatz EUR
15 010	Ministerium			
119 11	Erstattungen von Verwaltungskosten durch die Stiftung Wohlfahrtspflege NRW	514.000	105.800	619.800
427 01	Entgelte für Aushilfen	219.300	105.800	325.100
	<u>Abschluss Einzelplan 15:</u>			
	Einnahmen:	228.978.900	105.800	229.084.700
	Ausgaben:	973.169.100	105.800	973.274.900
	Verpflichtungsermächtigungen:	131.215.000	unverändert	131.215.000

1/24

Einzelplan 20: Allgemeine Finanzverwaltung**Anlage 1: Änderungen bei den Haushaltsansätzen**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf (Stand: 2. Lesung) EUR	mehr/ weniger EUR	neuer Ansatz EUR
20 020	Allgemeine Bewilligungen			
371 10	Globale Mehreinnahmen zum Ausgleich der Schlusssummen des Haushaltsplans	376.700	+172.000	548.700
20 650	Schuldenverwaltung			
325 00	Schuldenaufnahmen auf dem sonstigen Kreditmarkt <i>Die Erläuterungen werden entsprechend angepasst.</i>	3.637.000.000	-108.000.000	3.529.000.000
575 10	Zinsen für Kreditmarktmittel	4.000.000.000	-74.000.000	3.926.000.000
	<u>Abschluss Einzelplan 20:</u>			
	Einnahmen:	51.528.078.500	-107.828.000	51.420.250.500
	Ausgaben:	15.060.514.500	-74.000.000	14.986.514.500
	Verpflichtungsermächtigungen:	290.252.000	--	290.252.000

Einzelplan 03: Ministerium für Inneres und Kommunales
Anlage 2: Änderungen in den Stellenplänen und Stellenübersichten

BesGr. EG	Kapitel und Titel Bezeichnung der Stelle und Haushaltsvermerke (Änderungen sind unterstrichen)	Stellenzahl nach dem Entwurf (Stand: 2. Lesung)	mehr/ weniger	Stellenzahl neu
03 020 428 01	<p>Allgemeine Bewilligungen Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer</p> <p>Die Zahl der Stellen vergleichbar mittlerer Dienst wird von 40 um 3 auf 43 erhöht. Daneben Streichung von 2 kw-Vermerken zum 31.12.2016 in Erläuterungen: <u>Entwurf bislang:</u> In der Laufbahn des vglb. mittleren Dienstes sind 18 (0) Stellen kw zum 31.12.2016. <u>Neu:</u> In der Laufbahn des vglb. mittleren Dienstes sind 16 (0) Stellen kw zum 31.12.2016.</p>	40	3	43
03 110 422 02	<p>Polizei Bezüge u. Nebenleistungen für Beamtinnen u. Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst</p> <p>Einmalige Anpassung der beabsichtigten Einstellungen an Abbrecherquote in den Erläuterungen: Anzahl der beabsichtigten Einstellungen (A 9 g.D. Kommissaranwärter/-innen): gesamt (nach Entwurf bisher): 1400 mehr: 77 gesamt (neu): 1477</p> <p><u>Personalabschluss Einzelplan 03:</u></p>		unverändert	
	Planstellen:	44.848	0	44.848
	Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer:	10.525	3	10.528

Einzelplan 12: Finanzministerium

Anlage 2: Änderungen in den Stellenplänen und Stellenübersichten

BesGr. EG	Kapitel und Titel Bezeichnung der Stelle und Haushaltsvermerke (Änderungen sind unterstrichen)	Stellenzahl nach dem Entwurf (Stand: 2. Lesung)	mehr/ weniger	Stellenzahl neu
	<p>Kapitel 12 700 Sondervermögen Bau- und Liegenschaftsbetrieb Nordrhein-Westfalen (BLB NRW) / Liegenschaftsvermögen Haushaltsvermerk Nr. 3 zu den Personalausgaben: Streichung von 76 kw-Vermerken</p> <p>bisher: 104 (85) Planstellen/Stellen sind kw zum 30.06.2016 (Wegfall Kontrahierungszwang Uni-Kliniken/Modellversuch Hochschulliegenschaften)</p> <p>neu: <u>28 (85) Planstellen/Stellen sind kw zum 30.06.2016 (Wegfall Kontrahierungszwang Uni-Kliniken/Modellversuch Hochschulliegenschaften)</u></p> <p><u>Personalabschluss Einzelplan 12:</u></p>		unverändert	

2/2

Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 2013

Anlage 1: Änderungen bei den Haushaltsansätzen

Anlage 2: Änderungen in den Stellenplänen und Stellenübersichten

Die bisherigen Übersichten zu den Änderungen in den Einzelplänen 07 und 10 (Anlage zu Drucksache 16/2300) werden durch die beiliegenden Übersichten ersetzt.

Einzelplan 07: Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes NRW
Anlage 1: Änderungen bei den Haushaltsansätzen

15.03.2013

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf (Stand: 2. Lesung) EUR	mehr/ weniger EUR	neuer Ansatz EUR
07 040	Kinder- und Jugendhilfe			
633 10	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	163.720.400	-74.542.400	89.178.000
07 050	Kulturförderung			
TG 61	Filmförderung			
685 61	Zuschüsse zur Förderung des Films in Nordrhein-Westfalen	655.000	25.000	680.000
TG 64	Kunst und Kultur für Kinder und Jugendliche			
633 64	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	7.400.000	500.000	7.900.000
TG 66	Interkulturelle Kulturarbeit			
686 66	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	455.000	145.000	600.000
TG 67	Zur Förderung des Bibliothekswesens sowie zur Förderung innovativer Entwicklungen der Kultur, der Kunst und der kulturellen Bildung			
883 67	Zuweisungen an Gemeinden für die Einrichtung von öffentlichen Bibliotheken	2.070.000	789.500	2.859.500

TG 74	Kultur und Kreative Ökonomie/Wandel durch Kultur			
686 74	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	800.000	30.000	830.000
TG 80	Förderung literarischer Zwecke			
685 80	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	940.600	15.400	956.000
TG 90	Allgemeine Kulturförderung und internationaler Kulturaustausch			
633 90	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden	923.200	469.800	1.393.000
TG 97	Regionale Kulturförderung			
685 97	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	4.240.000	675.300	4.915.300
07 070	Landeszentrale für politische Bildung			
684 22	Beratung für Opfer rechtsextremistischer und rassistischer Gewalt	850.000	0	850.000
	<u>Änderung der Erläuterungen</u> <u>Die Erläuterungen werden durch folgende Formulierung ersetzt:</u> <u>Im Hinblick auf das integrierte Handlungskonzept sollen Beratungsleistungen sowie Aufklärungsarbeit gegen Rechtsextremismus verstärkt und die Mobilien Beratungsteams gegen Rechtsextremismus bereits im Haushaltsjahr 2013 unterstützt werden.</u>			
TG 80	Förderung von Projekten der Gedenkstättenarbeit und Aufarbeitung der deutschen Geschichte, Erinnerungskultur			
684 80	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	793.200	190.000	983.200

<u>Abschluss Einzelplan 07:</u>			
Einnahmen:	163.552.000	0	163.552.000
Ausgaben:	2.712.308.500	-71.702.400	2.640.606.100
Verpflichtungsermächtigungen:	129.681.000	0	129.681.000

Einzelplan 10: Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz
Anlage 1: Änderungen bei den Haushaltsansätzen

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf (Stand: 2. Lesung) EUR	mehr/ weniger EUR	neuer Ansatz EUR
10 010 518 01	Ministerium Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume <u>Verpflichtungsermächtigung</u> alt: 0 € neu: 3.840.000 € mehr: 3.840.000 €	3.980.000	0	3.980.000
10 020	Allgemeine Bewilligungen			
TG 62 685 62	Pferdezucht und Pferdesport Zuschüsse an Rennvereine	0	+900.000	900.000
TG 65	Kleingartenwesen <u>Neuer Vermerk Nr. 4</u> <u>"Die Erläuterung zu Titel 893 65 ist verbindlich."</u>			
883 65 893 65	Zuweisungen an Gemeinden Zuschüsse (an Sonstige) <u>Die Erläuterung zu Titel 893 65 wird wie folgt gefasst:</u> <u>"Aus diesem Titel werden einmalig 80.000 EUR als Zuweisung an die Landesverbände der Kleingärtner zur Schaffung eines Sozialfonds zum Erwerb von Kleingärten geleistet."</u>	0 100.000	+150.000 +80.000	150.000 180.000
10 400 427 01	Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Entgelte für Aushilfen	130.500	+1.900.000	2.030.500
TG 63 663 63	Verbesserung der Umweltüberwachung Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbänden	2.000.000	-1.900.000	100.000

<u>Abschluss Einzelplan 10:</u>			
Einnahmen:	271.946.000	0	271.946.000
Ausgaben:	916.840.200	+1.130.000	917.970.200
Verpflichtungsermächtigungen:	573.581.900	+3.840.000	577.421.900

Änderungen im Entwurf des Haushaltsplans 2013

Anlage 1: Änderungen bei den Haushaltsansätzen

Anlage 2: Änderungen in den Stellenplänen und Stellenübersichten

Die bisherigen Übersichten zu den Änderungen in den Einzelplänen 07 und 10 (Anlage zu Drucksache 16/2300) werden durch die beiliegenden Übersichten ersetzt.

Einzelplan 07: Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes NRW
Anlage 1: Änderungen bei den Haushaltsansätzen

15.03.2013

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf (Stand: 2. Lesung) EUR	mehr/ weniger EUR	neuer Ansatz EUR
07 040	Kinder- und Jugendhilfe			
633 10	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	163.720.400	-74.542.400	89.178.000
07 050	Kulturförderung			
TG 61	Filmförderung			
685 61	Zuschüsse zur Förderung des Films in Nordrhein-Westfalen	655.000	25.000	680.000
TG 64	Kunst und Kultur für Kinder und Jugendliche			
633 64	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	7.400.000	500.000	7.900.000
TG 66	Interkulturelle Kulturarbeit			
686 66	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	455.000	145.000	600.000
TG 67	Zur Förderung des Bibliothekswesens sowie zur Förderung innovativer Entwicklungen der Kultur, der Kunst und der kulturellen Bildung			
883 67	Zuweisungen an Gemeinden für die Einrichtung von öffentlichen Bibliotheken	2.070.000	789.500	2.859.500

TG 74	Kultur und Kreative Ökonomie/Wandel durch Kultur			
686 74	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	800.000	30.000	830.000
TG 80	Förderung literarischer Zwecke			
685 80	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	940.600	15.400	956.000
TG 90	Allgemeine Kulturförderung und internationaler Kulturaustausch			
633 90	Sonstige Zuweisungen an Gemeinden	923.200	469.800	1.393.000
TG 97	Regionale Kulturförderung			
685 97	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland	4.240.000	675.300	4.915.300
07 070	Landeszentrale für politische Bildung			
684 22	Beratung für Opfer rechtsextremistischer und rassistischer Gewalt	850.000	0	850.000
	<u>Änderung der Erläuterungen</u> <u>Die Erläuterungen werden durch folgende Formulierung ersetzt:</u> <u>Im Hinblick auf das integrierte Handlungskonzept sollen Beratungsleistungen sowie Aufklärungsarbeit gegen Rechtsextremismus verstärkt und die Mobilien Beratungsteams gegen Rechtsextremismus bereits im Haushaltsjahr 2013 unterstützt werden.</u>			
TG 80	Förderung von Projekten der Gedenkstättenarbeit und Aufarbeitung der deutschen Geschichte, Erinnerungskultur			
684 80	Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen	793.200	190.000	983.200

<u>Abschluss Einzelplan 07:</u>			
Einnahmen:	163.552.000	0	163.552.000
Ausgaben:	2.712.308.500	-71.702.400	2.640.606.100
Verpflichtungsermächtigungen:	129.681.000	0	129.681.000

Einzelplan 10: Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz**Anlage 1: Änderungen bei den Haushaltsansätzen**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung (Änderungen sind unterstrichen)	Ansatz nach dem Entwurf (Stand: 2. Lesung) EUR	mehr/ weniger EUR	neuer Ansatz EUR
10 010 518 01	Ministerium Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume <u>Verpflichtungsermächtigung</u> alt: 0 € neu: 3.840.000 € mehr: 3.840.000 €	3.980.000	0	3.980.000
10 020	Allgemeine Bewilligungen			
TG 62 685 62	Pferdezucht und Pferdesport Zuschüsse an Rennvereine	0	+900.000	900.000
TG 65	Kleingartenwesen <u>Neuer Vermerk Nr. 4</u> <u>"Die Erläuterung zu Titel 893 65 ist verbindlich."</u>			
883 65 893 65	Zuweisungen an Gemeinden Zuschüsse (an Sonstige) <u>Die Erläuterung zu Titel 893 65 wird wie folgt gefasst:</u> <u>"Aus diesem Titel werden einmalig 80.000 EUR als Zuweisung an die Landesverbände der Kleingärtner zur Schaffung eines Sozialfonds zum Erwerb von Kleingärten geleistet."</u>	0 100.000	+150.000 +80.000	150.000 180.000
10 400 427 01	Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Entgelte für Aushilfen	130.500	+1.900.000	2.030.500
TG 63 663 63	Verbesserung der Umweltüberwachung Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbänden	2.000.000	-1.900.000	100.000

<u>Abschluss Einzelplan 10:</u>			
Einnahmen:	271.946.000	0	271.946.000
Ausgaben:	916.840.200	+1.130.000	917.970.200
Verpflichtungsermächtigungen:	573.581.900	+3.840.000	577.421.900